

# NEUE ZEIT

MÄRZ 1980

13

**Abgeschrieben**  
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift des Leiters \_\_\_\_\_

## Der Preis des großen Knüppels

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
— Hauptbibliothek —  
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14  
Fernruf 24 305







## **SOWJETUNION** IM BILD

Blick auf Baku  
vom Kirow-Park

Sie fördern das  
„schwarze Gold“



Wie ein Adlerschnabel stößt die Halbinsel Apscheron (Aserbaidshanische SSR) ins Kaspische Meer. Dort lebt fast ein Drittel der Bevölkerung der Republik, befindet sich ihre Hauptstadt Baku.

Die Öllagerstätten von Apscheron sind allgemein bekannt. Bereits Anfang des 20. Jh. standen sie mit ihrer Ölförderung an erster Stelle in der Welt, doch erst die Sowjetmacht ließ Apscheron aufblühen. Die Ölindustrie wurde vollständig modernisiert, Petrochemie, Öl- und Chemiemaschinenbau, Energiewirtschaft, Elektrotechnik und andere Bereiche entwickelten sich stürmisch. Erzeugnisse aus Aserbaidshan werden heute in 65 Länder exportiert.

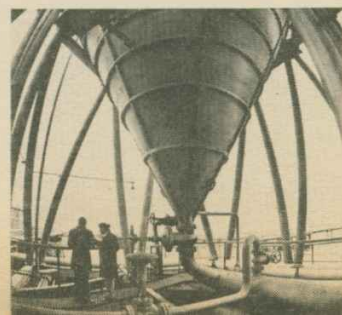
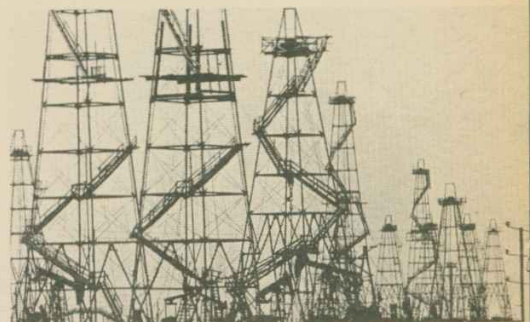
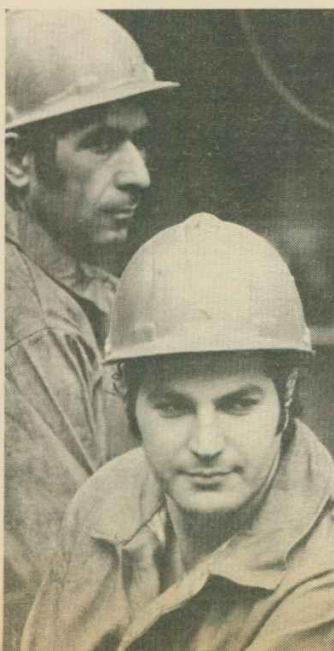
Das heutige Baku ist ein bedeutendes Industriezentrum. Hier geht man neue Wege der Ölförderung und der Petrochemie. Neftjanyje Kamni, die erste Stadt im offenen Meer — das sind mehr als 200 km Stahlwege und zahlreiche Bohrtürme — ist ein wahres Wunder. Hier haben die Arbeiter der sowjetischen Ölarbeiter, ihr Können sichtbare Form angenommen.



Ein Hubschrauber bringt die Schicht auf die Bohrisel „28. April“

Eine Ölraffinerie in Sumgait, einer Trabantenstadt von Baku

Bohrtürme von Apscheron



Der Bohrarbeiter Atuli Rsajew und Meistergehilfe Isabek Isabekow

Öllager in Neftjanyje Kamni

Fotos: A. Borisso  
A. Gustsch



# UHRENVERGLEICH

„Willst du Frieden, rüste zum Krieg“. Von allen Dogmen der heuchlerischen Politik unserer Zeit hat kein anderes soviel Schaden angerichtet wie dieses, schrieb Karl Marx schon vor mehr als 100 Jahren. Die Geschichte wiederholt sich. Unter der gleichen heuchlerischen Parole heizen Washington und seine NATO-Freunde heute das Wettrüsten an, wobei sie Unbeweisbares beweisen wollen: Die Aufstockung ihrer militärischen Macht diene der Erhaltung des Friedens und der Stabilität in der Welt.

Die eine Lüge führt zur anderen: Die Kehrtwende zur weiteren Militarisierung, zur Gegenattacke auf die Entspannung will man mit erschrecklichen Geschichten über die sowjetische Außenpolitik rechtfertigen. Immer aufdringlicher tönen die USA von ihren „vitalen Interessen“, die angeblich von der Sowjetunion bedroht sind. Und wie sich zeigt, hat Washington diese Interessen überall: in Westeuropa, im Nahen Osten, im Indischen Ozean, in allen Teilen Asiens...

Die Verschlechterung des internationalen Klimas beunruhigt Millionen Menschen in den verschiedensten Ländern, was durchaus verständlich ist. Dennoch liegt es uns fern, die jetzige, nicht einfache Situation in der Welt nur mit düsteren Farben zu malen. Die Entspannung hat im Bewußtsein der Völker Wurzeln geschlagen, zur friedlichen Koexistenz gibt es keine vernünftige Alternative. Wenn das auch nicht bedeutet, daß die Kompliziertheit der jetzigen Lage von selbst verschwindet, ist doch die Verteidigung der Entspannungserfolge eine durchaus reale Aufgabe.

Das Verhalten der sozialistischen Staaten spiegelt ihr Verantwortungsbewußtsein für die Menschheitsgeschichte. Sie setzen der „Doktrin“ der Kriegshysterie und des fieberhaften Wettübens ihr Bemühen für Frieden, Entspannung und gegenseitiges Verständnis entgegen. Die programmatische Wahlrede Leonid Breschnews hat das bestätigt. Betont wurde das in Ansprachen von Staatsmännern der Bruderländer, und auch bei den kürzlichen Verhandlungen zwischen Andrej Gromyko und den Außenministern mehrerer sozialistischer Staaten in Moskau ging es darum.

Wir waren und bleiben konsequente Verteidiger des Friedens. Unser Verteidigungsbündnis — die Warschauer Vertragsallianz — deren 25jähriges Bestehen in Kürze zu begehen sein wird, hat immer für die internationale Sicherheit auf Wacht gestanden. Gemeinsam mit allen Friedenskräften haben wir vieles geleistet, um die Beziehungen zwischen Ländern gegensätzlicher sozialer Systeme vom Gleise

des kalten Krieges in die Bahn der Koexistenz und der Zusammenarbeit zu lenken. Die Aggressivität des Imperialismus einzudämmen, alles in den 70er Jahren Erreichte zu erhalten und zu mehren, ist heute unsere Hauptsorge.

Bekanntlich befindet sich auf dem Tisch der NATO-Chefs und in den Händen der KSZE-Teilnehmer der Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten, nicht als erster gegeneinander sowohl nukleare als auch konventionelle Waffen einzusetzen, d. h. der Vorschlag eines Gewaltverzichts überhaupt. Nehme man allein diesen Vorschlag, äußerte Andrej Gromyko, würde seine Annahme die historische Möglichkeit eröffnen, die gesamte Struktur der internationalen Beziehungen im Nachkriegseuropa mit einem zuverlässigen Fundament für eine friedliche Entwicklung und eine ersprießliche Zusammenarbeit aller Staaten zu untermauern, die einen entsprechenden Vertrag unterzeichnen. Es ist nicht unsere Schuld, daß aus dieser Möglichkeit noch keine Realität wurde. Nicht die UdSSR und ihre Verbündeten tragen die Verantwortung dafür, daß der friedlichen Entwicklung Europas neue Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Doch lassen auch sie sich unserer Meinung nach überwinden. Es ist noch nicht zu spät, eine gemeinsame Sprache zu finden, sofern Washington und die NATO auf die Stimme der Vernunft hören. Die Länder unserer Gemeinschaft bekräftigen schließlich ihren guten Willen durch konkrete Taten. Überzeugender Beweis dafür ist auch unsere Initiative zur Einberufung einer Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa. Ferner wollen wir so viel wie möglich dazu tun, daß das bevorstehende Madrider Treffen der Teilnehmerstaaten von Helsinki ein Beitrag zum Frieden werde.

Der „Uhrenvergleich“ der Außenminister der UdSSR, Bulgariens, Polens, der DDR, Ungarns und der Tschechoslowakei in den letzten Wochen hat erneut die volle Übereinstimmung der Standpunkte der Bruderländer zu allen internationalen Schlüsselproblemen verdeutlicht. Die Teilnehmer der Begegnungen in Moskau haben auf die Versuche des Imperialismus, die Welt in die Zeit des kalten Krieges zurückzumanövrieren, die nötige Antwort gegeben und gleichzeitig bekräftigt, daß Friedenspolitik für uns nicht bedeutet, von der Reaktion gestellte Bedingungen anzunehmen. Die Solidarität mit den für nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völkern, mit den Ländern, die den Weg des Fortschritts gehen, war und wird nie ein Gegenstand zum Feilschen sein.

Unser fester Glaube an eine friedliche Zukunft stützt sich auf die Stärke des realen Sozialismus, auf die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft. Mit der ständigen Koordinierung ihrer außenpolitischen Linie nehmen die Bruderländer einen günstigen Einfluß auf die Weltlage.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 13 MÄRZ 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Uhrenvergleich	1
J. Gudkow — USA. Politische Manöver im wirtschaftlichen Sumpf	5
A. Baryschew — UdSSR—Nikaragua. Für festere Zusammenarbeit	6
W. Pawlow — Großbritannien. Gesunder Menschenverstand gegen Kriegspsychose	8
P. Mesenzew — Bekannte Handschrift	9
K. Karagesian — BRD. „Arbeitsteilung“: Die Bonner Variante	10
A. Usatow — „Für Frieden und Sicherheit in Asien“	11
L. Makarewitsch — Krisenreigen	11
V. Sheltuchin, W. Rosen — Ozean und Öl	12
N. Hawatmeh, Y. Rabbou — Die Verschwörung wird durchkreuzt	14
B. Krawez — Brüderlich verbunden	14
J. Dimow — Zielscheibe: Südostasien	15
Notizen ♦ Glossen	16
J. Krassin — Geistige Waffe der Arbeiterklasse	18
V. Istrin — Von Chinatown zur Lobby!	20
Biographisches: Prem Tinsulanonda	22
L. Medwedko — Zwei Wege des Islams	23
J. Spakow — An der Datungrenze	26
W. Boikow — Die Bombe für Pakistan (Background Story)	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die US-Wirtschaft wird von ungeheuren Militärausgaben belastet. Die militaristische Linie des Weißen Hauses, die Versuche, die Politik des großen Knüttels wiederaufleben zu lassen, führen zu Preisauftrieb, sinkendem Lebensstandard und hohen Inflationsraten, denen auch das bereits vierte Antiinflationprogramm der Carter-Administration nicht beikommen kann.

*Titelmontage: A. Garanin*

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Amerikanische Ärzte — Teilnehmer eines Wissenschaftlersymposiums in Cambridge (US-Staat Massachusetts) über Nuklearkriegsfolgen — veröffentlichten in der „New York Times“ eine Erklärung mit dem Titel: „Gefahr: Atomkrieg“, die sich an Jimmy Carter und Leonid Breshnew richtet. Darin warnen sie, daß selbst bei einem begrenzten Nuklearkrieg eine so beispiellose Anzahl von Menschen umkommt, verwundet wird oder erkrankt, wie das noch nie in der Menschheitsgeschichte zu beobachten war. Die Wissenschaftler rufen dazu auf, die gegenwärtigen Spannungen in den Beziehungen zwischen unseren Ländern zu mindern; den Einsatz aller Arten von Kernwaffen zu verbieten, die allein durch die riesigen Kernwaffenarsenale der beiden Länder vorhandenen Gefahren zu erkennen und mit ihrer Beseitigung zu beginnen. In einem Antwortschreiben versicherte Leonid Breshnew den amerikanischen Wissenschaftlern, er teile ihre Besorgnis voll und ganz, und die Sowjetunion trete konsequent für das Verbot dieser und aller anderen Arten von Massenzerstörungs- und Massenvernichtungswaffen ein.

Am 24. März begann in Budapest der XII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Das ZK der KPdSU richtete an die Parteitagsdelegierten eine Grußadresse, in der es ihnen neue Erfolge in der Aufbauarbeit für den Triumph der Ideen des Kommunismus, in der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf ungarischem Boden wünscht. Am Parteitag nimmt eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Andrej Kirilenko teil.

Am 22. März wurde ein offizieller Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der Republik Nikaragua in der Sowjetunion beendet (siehe S. 6).

Vom 19.—24. März hielt sich das Mitglied des ZK der KPTsch, Außenminister der CSSR Bohuslav Chňoupek, in der Sowjetunion auf. Dabei kam es zu Gesprächen mit Andrej Gromyko.

Vom 16.—19. März befand sich eine Delegation der Nationalen Volkspartei Jamaikas (PNP) unter ihrem Generalsekretär Duncan in der Sowjetunion. Die Delegation traf mit Boris Ponomarew und dem Mitglied der Zentralen Revisionskommission und stellvertretendem Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Tschernajew zusammen. Besprochen wurden Fragen der Bezie-





Das Präsidium des XII. Parteitags der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei  
Foto: TASS

hungen Sowjetunion—Jamaika, der Kontakte zwischen der KPdSU und der PNP sowie verschiedene aktuelle internationale Probleme.

■ Leonid Breschnew richtete an den Generalsekretär der Arabischen Liga Klibi anlässlich des 35. Gründungstages der Liga eine Grußadresse, in der er den arabischen Ländern und Völkern in ihrem Kampf gegen die fortgesetzte Aggression Israels und die es unterstützenden imperialistischen Kräfte Erfolge wünscht.

■ Das ZK der KPdSU richtete an das ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei eine Botschaft mit herzlichen Glückwünschen zum 25. Jahrestag der Partei.

■ Das Sowjetische Friedenskomitee veröffentlichte eine Erklärung zu den aggressiven Aktivitäten regierender Kreise der USA im Raum des Persischen Golfs, die unter Berufung auf eine angebliche sowjetische Bedrohung vollzogen werden. In der Erklärung heißt es, mit der Heraussetzung ihrer militärischen Präsenz in diesem Raum wollen die USA die berüchtigte Kanonenboot-Diplomatie wiederaufleben lassen und militärischen Druck auf den revolutionären Iran und die arabischen Staaten ausüben. Die Bürger der Sowjetunion fordern, diese grobe Erpressung einzustellen und die US-Flotte aus der Zone des Persischen Golfs abzuziehen.

■ Am 25. März gab in Moskau eine in der UdSSR eingetroffene Gewerkschaftsdelegation Afghanistans unter Abdul Razak eine Pressekonferenz. Die Delegationsmitglieder maßen der brüderlichen

Hilfe der Sowjetunion, die sie der Republik in allen Lebensbereichen gewährt, hohen Wert bei und sagten, die Werktätigen Afghanistans seien entschlossen, gegen die Anschläge von Imperialismus und Reaktion bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen.

■ Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Kampuchea schlossen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Er wurde von Erich Honecker und dem zu einem Besuch in Berlin befindlichen Vorsitzenden des ZK der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampuchéas und Vorsitzenden des Revolutionären Volksrats Heng Samrin unterzeichnet.

■ Der Vorsitzende der MPLA-Partei der Arbeit und Präsident der Volksrepublik Angola Jose Eduardo dos Santos weilte zu einem offiziellen Besuch auf Kuba.

■ Das Außenministerium der SRV verbreitete ein Memorandum, in dem es heißt, die vietnamesisch-chinesischen Verhandlungen seien von Peking zu einer Tribüne propagandistischer Ausfälle gegen die SRV gemacht worden, um die eigene und die Weltöffentlichkeit zu betrügen. Die anhaltenden bewaffneten Provokationen der chinesischen Machthaber erhöhen die Spannungen an der Grenze.

■ Der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Vorsitzende des Revolutionsrats und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistans Babrak Karmal wandte sich über das Fernsehen anlässlich des islamischen Neujahrsfestes an

das Volk. Karmal erklärte, das begrenzte sowjetische Truppenkontingent werde solange in der DRA bleiben, bis die bewaffnete Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans durch die USA, die Pekinger Hegemonisten, Israel, Ägypten, Pakistan und andere Kräfte des Imperialismus und der Reaktion eingestellt werde (siehe S. 23).

■ Vom 23. bis 25. März wurde in Delhi eine auf Initiative des Weltfriedensrats und der Indischen Friedens- und Solidaritätsorganisation einberufene Weltkonferenz für Frieden und Sicherheit in Asien abgehalten (siehe S. 11).

■ In Brüssel schloß die Tagung des Internationalen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an der Öffentlichkeitsvertreter von 21 Ländern und 10 internationalen Organisationen teilgenommen hatten. Die Tagung faßte das Abschlußdokument: „Für Fortsetzung von Entspannung und Zusammenarbeit in Europa“.

■ Am 18. März kam es in Genf zu einem Treffen von Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens bei den Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests.

■ Vom 11.—19. März lief in Genf die jüngste Verhandlungsrunde zwischen der UdSSR und den USA, auf der ein koordinierter gemeinsamer Vorschlag einer Konvention über ein Verbot der Entwicklung, Erzeugung und Hortung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxine sowie über ihre Vernichtung ausgearbeitet werden soll, der dann dem Abrüstungsausschuß vorzulegen ist.

■ Vom 5. Februar bis zum 19. März fand auf dem Gebiet der VR China die 22. Sitzung der gemischten sowjetisch-chinesischen Schifffahrtskommission auf Grenzflußabschnitten statt. Gemäß einem Abkommen aus dem Jahre 1951 koordinierten die Seiten einige praktische Maßnahmen zur Gewährleistung der Schifffahrt und unterzeichneten dazu ein Protokoll.

■ Am 21. März beging die Weltöffentlichkeit den Internationalen Kampftag gegen die Rassendiskriminierung. In vielen Ländern fanden Kundgebungen, Demonstrationen und Versammlungen statt.

■ Am 18. März endete in Genf eine von Washington einberufene Konferenz, die den Olympia-Boykott bestätigen und Gegenspiele organisieren sollte. Von den vielen nach Genf eingeladenen Staaten waren dort außer der US-Dele-



gation nur 7 Länder vertreten. Nach zweitägigen fruchtlosen Debatten mußten sie eingestehen, daß sie nicht in der Lage sind, irgendeine Alternative zur Moskauer Olympiade anzubieten.

In der Volksrepublik Kampuchea wird der Geldumlauf eingeführt, der seinerzeit von der Pol-Pot-Clique abgeschafft worden war. Der Revolutionäre Volksrat bestätigte als Währung den Riel.



In Jerusalem kam es zu Protestdemonstrationen israelischer Bauern gegen die Kürzung von staatlicher Landwirtschaftskrediten durch die Regierung Begin. Mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern löste die Polizei den Demonstrationszug auf.

Foto: AP/TASS

Am 24. März wurde der iranische Ex-Schah mit einem US-Flugzeug von Panama nach Ägypten gebracht, wo ihn Präsident Sadat auf dem Flugplatz empfing. Das auf USA-Betreiben veranstaltete Ausfliegen des Ex-Schahs aus Panama geschah einen Tag, bevor Iran ein offizielles Verlangen zur Auslieferung des Verbrechers an die Behörden Panamas stellte (siehe S. 14).

Am 20. März trat die italienische Regierung unter Francesco Cossiga zurück. Der Präsident beauftragte Cossiga mit der Bildung einer neuen Regierung (siehe S. 11).

Am 20. März schloß in Genf die 11. Sondersitzung der UNCTAD, die einberufen worden war, um einen UNCTAD-Beitrag zur Ausarbeitung einer neuen internationalen Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre zu erörtern. Die Haltung der westlichen Mächte verhinderte gemeinsame Vorschläge.

Am 18. März wurde in Bangkok die 36. Tagung der UNO-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifikraum eröffnet. Daran beteiligten sich Repräsentanten von rund 40 Mitgliedsländern dieses Ausschusses, darunter der UdSSR, sowie Beobachter von verschiedenen internationalen Organisationen. Auf der Tagesordnung stehen aktuelle Probleme der wirtschaftlichen

und der sozialen Entwicklung dieser Region.

Am 19. März beendete der Außenminister der VR China Huang Hua eine Reise durch die ASEAN-Länder Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand (siehe S. 15).

Am 20. und 21. März führte Japans Außenminister Okita Verhandlungen in den USA, wobei er mit Außenminister Vance, Verteidigungsminister Brown, Sicherheitsberater Brzezinski zusammentraf und von Präsident Carter empfangen wurde.

Am 23. März traf zu einem offiziellen Besuch in Peking der britische Verteidigungsminister Francis Pym ein.

Die reaktionären Kreise El Salvadors haben einen wahren Krieg gegen Organisationen der Werktätigen angezettelt, die für Freiheit und Demokratie kämpfen. Allein in der Vorwoche wurden mehr als 150 Patrioten von Militär, Polizei und faschistischen Elementen getötet. In den Vororten der Hauptstadt kommt es zu heftigen Kämpfen der Arbeiter gegen Armee und Polizei.

Die Regierung der Philippinen sagte einen geplanten Besuch des chilenischen Juntachefs Pinochet ab, weil es im Lande zu einer Protestwelle gegen die Ankunft des Diktators gekommen war.



1800 US-Marineinfanteristen mit Panzern wurden in den Persischen Golf transportiert und der starken US-Marinegruppierung integriert, die die Sicherheit der Länder dieser Region bedroht. Unser Bild: Einschiffen des Verbands auf dem US-Marinestützpunkt Subic Bay (Philippinen).

Foto: UPI/TASS

Verschiedene spanische Zeitungen wollen die Vereinigten Staaten in Schutz nehmen und die UdSSR der Intervention in Afghanistan bezichtigen. Das ist doch aber Heuchelei. Wir wissen, daß die Sowjetunion niemals andere Völker ausgebeutet hat oder ausbeuten wird. Sie hilft ihnen vielmehr uneigennützig. Die USA dagegen haben, soweit mir bekannt ist, in den letzten 30 Jahren mehr als 200mal Gewalt angedroht oder gegen Länder gebraucht, die sich von der imperialistischen Unterdrückung befreien und echte Unabhängigkeit erreichen wollten. Dazu schweigt unsere Presse jedoch lieber. Sie schreibt auch nicht, daß es dem konsequenten Kampf für Frieden Ihres Landes zu verdanken ist, wenn die Völker Europas schon ein paar Jahrzehnte keine militärischen Konflikte mehr kennen.

A. ALBALADEJO  
Sotondio. Spanien

Mit ihren jetzigen entspannungsfeindlichen Aktionen zeigen die USA, daß sie den hohen Titel eines Mitglieds des Sicherheitsrats nicht verdienen. Sie machen sich die Tatsache, daß sich der UNO-Sitz auf ihrem Territorium befindet, zunutze und sorgen nicht für eine ausreichende Sicherheit der UNO-Mitarbeiter. In der Presse finden sich ständig Meldungen, daß auf die eine oder andere Mission Überfälle verübt wurden. Die Schuldigen werden gewöhnlich nicht gefunden. Meiner Ansicht nach ist es Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, das UNO-Hauptquartier aus den USA in einen neutralen europäischen Staat zu verlegen.

E. MKRTYSCHEW  
Aserbaidschanische SSR

Das kanadische Fernsehen brachte kürzlich eine Sendung über A. Sacharow. Aus dieser Sendung wurde mir vollkommen klar, daß er schon jahrelang offen antisowjetische Tätigkeit betreibt und sicher seinem Staat nicht wenig Schaden zugefügt hat. Was mich jedoch wundert: Die ganze Strafe, die ihm von den sowjetischen Behörden auferlegt wurde, beschränkte sich auf die Übersiedlung in eine andere Stadt. Ist man da nicht zu milde mit ihm verfahren?

J. HARDY  
Granby, Kanada



# POLITISCHE MANÖVER IM WIRTSCHAFTLICHEN SUMPF

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

„Carter hofft, mit seiner starren Außenpolitik die Wirtschaftsprobleme zu überspielen, die die Aussichten auf eine Wiederwahl bedrohen.“ Dieses treffende Urteil über die Wahlstrategie des Präsidenten stammt aus der „Baltimore Sun“ von Mitte Februar; in der Tat benutzte der Präsident und Präsidentschaftsanwärter die Entwicklung in Iran und Afghanistan, um seine Landsleute von den zahlreichen wunden Punkten in der Innenpolitik abzulenken. Doch auf die Dauer ging das nicht. Gemäß einer von der Zeitschrift „Newsweek“ durchgeführten öffentlichen Umfrage „sind die Innenprobleme, insbesondere die Inflation, als die größte Sorge anstelle der Außenpolitik getreten“. Selbst Wirtschaftsexperten erlaubten sich den Scherz, der Präsident wolle als oberster Befehlshaber wiedergewählt werden. Doch wie anziehend diese Rolle für Carter auch sein mag, muß er sie wechseln.

... Es war eine schlechte Nachricht, und der Präsident zeigte die entsprechende Reserve und düstere Entschlossenheit. Er nannte die Situation „gefährlich und kritisch“, er sagte auch warnend: „Gegen die Inflation gibt es keine fertigen Rezepte. Noch wichtiger ist, daß keine solcher Lösungen schmerzlos sein kann.“ Der Aufruf zu Opfern und zur Disziplin (letzteres Wort wurde 9mal wiederholt) war das Leitmotiv der Erklärung über die Lage in der Wirtschaft, die der Präsident Mitte März abgab.

Die Mitarbeiter des Präsidenten mußten ihren ursprünglichen Plan aufgeben, die Erklärung als eine Botschaft an den Kongreß zu unterbreiten. Die Kongreßmitglieder wollen die Verantwortung nicht teilen und gaben zu verstehen, sie seien diesmal nicht bereit, das Oberhaupt der Exekutivgewalt auf dem Kapitol zu empfangen. Das Weiße Haus seinerseits wollte die Sache nicht an die große Glocke hängen, und der Präsident sprach in Funk und Fernsehen nicht zu der üblichen Abendzeit vor dem maximalen Auditorium, sondern um 16.30 Uhr am Freitag, als die meisten Amerikaner noch unterwegs von ihrem Office waren. Überdies schließen um diese Zeit alle großen Börsen an der Ostküste. Die

Situation auf der Börse hätte eine sofortige (und unerwünschte) Reaktion auf die vom Weißen Haus vorgeschlagenen Maßnahmen sein können.

Diese Vorsicht ist begreiflich, sie wurde von Erfahrungen eingegeben. Ende 1977 erklärte Charles Schultze, der wirtschaftliche Hauptberater des Präsidenten, daß die kleinen Krediteinschränkungen, die das Bundesreserveamt vorgeschlagen hatte, das Wirtschaftswachstum hemmen könnten. Diese Warnung rief eine Verwirrung in den Finanzkreisen hervor. Dabei betrug der Zins auf Bankanleihen vor drei Jahren 7,75%, und heute erreicht er die beispiellose Höhe von 18,5%. Der Produktionsrückgang wurde unvermeidlich. Die Börse meldete sich sofort. Schon am Montag stürzten die Dow-Jones-Indexe, die die wichtigsten Aufschlüsse über die Wirtschaft erlauben. Am Ende der Woche hatten sie das tiefste Niveau der letzten zwei Jahre erreicht. Ein weiteres Steigen der Diskontsätze bei Bankanleihen und eine weitere Krediteinschränkung können die Drosselung der Produktion in den kommenden Monaten nur beschleunigen.

Auf dem Effektenmarkt befinden sich heute Pfandbriefe, Wechsel und andere Verpflichtungen für insgesamt 750 Md. Dollar. Bei einer Krediteinschränkung könnten Tausende Firmen und Millionen Personen ihren Verpflichtungen vielleicht nicht mehr nachkommen. Was dann? Am 24. Oktober v. J. jährte sich der große Zusammenbruch von 1929 zum 50. Male, mit dem die tiefste Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt begonnen hatte. Zum Jahrestag wurden in unzähligen Artikeln und Beiträgen ausführlich die Ursachen und Folgen des damaligen Börsenkrachs analysiert. Man will seine Lehren hier durchaus beherzigen. Und doch schließt die „New York Times“ folgende Entwicklung nicht aus: „Der Kredit versiegt, das Geschäft sieht sich zu einer Hungerration verurteilt, einige Betriebe machen Bankrott, die Arbeitslosigkeit steigt, der Lebensstandard sinkt auf einen Stand, wie es ihn seit den 30er Jahren in den USA nicht gab. Gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Niedergang nimmt die soziale Gärung

zu. Die Gesellschaft ist in Zerfall begriffen.“ Ist das nicht ein Bild der Wirklichkeit von vor 50 Jahren in all ihren Einzelheiten?

Die Zeitung hat nichts hinzugedacht, nur die Stimmungen und die Angst widergespiegelt, die jetzt weit verbreitet sind, so weit, daß sie bereits an Panik grenzen. Ebendeshalb gab der Präsident seine Erklärung ab. Ein zweifellos erzwungener Schritt, aber... Am 29. Januar wurde eine Botschaft des Präsidenten zu Wirtschaftsfragen veröffentlicht, die keine Vorschläge über ein ausbalanciertes Budget oder über Maßnahmen gegen die Inflation enthielt. Unfähigkeit, das Offensichtliche zu sehen? Wohl kaum. Kurz vor den erbitterten Wahlkämpfen war die Regierung gewillt, die Wirtschaftsschwierigkeiten nicht noch zu akzentuieren, und tat, als gäbe es nichts Außergewöhnliches. Doch als die Inflationsrate im Februar 18% übertrafen und damit alle Rekorde geschlagen hatte, mußte diese Taktik aufgegeben werden. Die Panik auf dem Effektenmarkt deutete auf die Möglichkeit einer Katastrophe hin. Nach zehntägigen ununterbrochenen Beratungen der Wirtschaftsexperten der Regierung mit den entsprechenden Kongreßkommissionen erzielte man im Prinzip die Übereinkunft, den Ausgabeteil des bereits bekanntgegebenen Haushalts für das Finanzjahr 1981, das am 1. Oktober beginnt, zu kürzen. Daraufhin verlas der Präsident seine Erklärung.

Darin wird das Einfachste auseinandergesetzt, als wäre das Problem, wie man so sagt, plötzlich und unerwartet aufgetreten. Dabei ist es das vierte Anti-Inflations-Programm der heutigen Regierung. Die ersten drei sind total vergessen worden, die Inflation ist mittlerweile auf mehr als das 2,5fache gestiegen. Schon das allein stimmt skeptisch gegenüber dem vierten „Feldzug gegen den Preisanstieg“, und die Maßnahmen, die der Präsident vorschlägt, sind nicht dazu angetan, die Skepsis zu zerstreuen.

Bei all der Gegenteiligkeit der Meinungen über die Ursachen der Inflation sind sich alle darüber einig, daß sie Mitte der 60er Jahre ausgelöst wurde, als die Regierung Johnson die Ausga-



ben für den Vietnamkrieg heraufschraubte und zugleich das Programm einer „großen Gesellschaft“ verkündete. Dieses Versprechen, sowohl Kanonen als auch Butter zu geben, entfesselte die Inflation. Seitdem ziehen die Preise ununterbrochen an.

Wie die neue Geschichte der USA bezeugt, ist die starke Erweiterung des unproduktiven Sektors in der Wirtschaft einer der Hauptgründe der Inflation. Aber das vom Präsidenten bekanntgegebene Programm zur Kürzung der Ausgaben betrifft nicht die Militärausgaben. Dieses Programm, das unter dem Motto „Nicht über die Verhältnisse leben“ angenommen wurde, sieht vor: eine Ausbilanzierung des Haushalts durch Kürzung der Ausgaben für die Sozialfürsorge, die Hilfe für die Städte aus dem Bundeshaushalt, für die medizinische Betreuung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Schulunterricht und die Entwicklung des öffentlichen Verkehrswesens insgesamt um 13 Md. Dollar. Ferner eine Steuer für das importierte Erdöl, die das Benzin schon im Mai um 10 Cent je Gallone verteuern wird;

Krediteinschränkung sowohl für Geschäftsfleute als auch für Privatpersonen;

Abbau der Angestellten in den Bundesämtern um 20 000 Personen;

eine 8,5prozentige Grenze für die durchschnittliche Erhöhung von Löhnen und Gehältern.

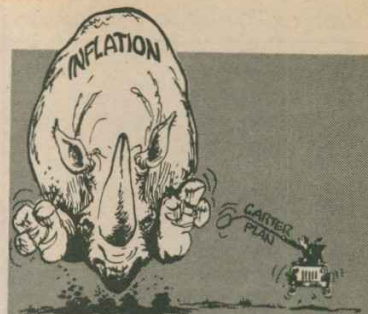
An und für sich wirkt das Motto „Nicht über die Verhältnisse leben“ vernünftig und spricht den einfachen Amerikaner an. Allerdings wird es nicht durch praktische Schritte untermauert. Eine Kürzung des Haushalts von mehr als 600 Md. Dollar um 13 Md. Dollar im Ausgabeteil wird sich kaum bemerkbar machen. Die Wochenschrift „New Republic“ schreibt: „Am wahrscheinlichsten will niemand in der Regierung und im Kongreß den Haushalt im Ernst abbauen. Sonst müßte ihnen bei der Suche nach unverfügbaren Ausgaben das Budget des Pentagon auffallen.“ Ein Hauptgrund für die Inflation ist also nicht angetastet worden.

Die Krediteinschränkung schiebt eine alte, gefährliche Krankheit ins Feld. Sie läßt sich wohl kaum ausheilen, auf jeden Fall nicht durch die bekanntgegebenen Maßnahmen. Die USA sind ein auf Raten lebendes Land. Vor kurzem noch betrugen die Gesamtschulden der Regierung, der Gesellschaften und Privatpersonen über 3,5 Billionen Dollar, d. h. 16 000 Dollar pro Einwohner inklusive Kinder. Diese Verschuldung nimmt mit jedem Tag zu. Allein für ihre Wohnungen schulden die Amerikaner über eine Billion Dollar, für die Ratenkäufe weitere mehr als 0,5 Billionen. Von jedem erarbeiteten Dollar gehen 23 Cent für die Schulden drauf. Zweifelloos wird die Krediteinschränkung hauptsächlich ein Schlag

gegen die unermögenden Bevölkerungsschichten sein, die zudem am meisten unter der Inflation leiden. Und genauso werden sie es sein, die die Reduzierung der Sozialprogramme am empfindlichsten treffen wird.

Richard Kazis, Ko-Direktor der „Bewegung für wirtschaftliche Gerechtigkeit“, sagte mir bei einem Telefongespräch: „In schweren Zeiten wäre es natürlich zu erwarten, daß die Regierung vor allem den Minderbemittelten unter die Arme greift. Das Gegenteil ist der Fall. Alle Hilfsmittel werden beschränkt bzw. gestrichen. Wir haben es hier mit der Absicht zu tun, den Armen die Errungenschaften streitig zu machen, die sie früher erzielen konnten. Am zynischsten ist, daß das unterbreitete Programm mit einem wirklichen Kampf gegen die Inflation nichts gemein hat.“

In einer anderen Washingtoner Organisation, der Nationalen Konsumentenliga, sagte man mir etwas Ähnliches: Das Programm visiere falsche Ziele an und werde mehr schaden als nutzen.



Aus: „U. S. News & World Report“

Die Gefahr eines Produktionsrückganges infolge der Kreditbegrenzung und des Abbaus der Ausgaben wird einen solchen Schaden verzehnfachen, vor allem für diejenigen, die auf ihre Löhne und Gehälter angewiesen sind. Die Monopole dagegen brauchen keine Opfer zu bringen, mehr noch, die Inflation ist für sie nach wie vor eine Quelle der Extraprofite.

## UDSSR—NIKARAGUA

# FÜR FESTERE ZUSAMMENARBEIT

Im Januar 1927 verurteilte die UdSSR, die eben erst ihre Verbindungen zu den lateinamerikanischen Republiken aufnahm, entschieden die imperialistische Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des weit von ihnen entfernten Nikaragua. Der inzwischen legendenumwobene Held des nikaraguanischen Volkes Augusto César Sandino, der damals den Befreiungskrieg gegen die Yankee-Okkupanten leitete, sagte: „Nikaragua bleibt frei, solange es Söhne hat, die es lieben.“

Seitdem ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen. Doch wie schwer diese Zeit auch war, wie sehr die USA-gestützte Tyrannei der Somoza-Familie auch wütete — es kam der 19. Juli 1979, an dem die prophetischen Worte des „Generals der freien Menschen“ in Erfüllung gingen: Die Söhne, die ihre Heimat lieben, stürzten den blutigen Diktator und trugen den Sieg davon.

Die Sowjetbürger freuen sich aufrichtig über die Erfolge der nikaraguanischen Patrioten. Davon zeugt auch ein Grußschreiben Leonid Breschnews, der die demokratische Provisorische Regierung der Nationalen Erneuerung und das heldenhafte Volk zu dem Sieg über die innere Reaktion und die Imperialisten beglückwünschte, wel-

cher mit dem Sturz der verhaßten Diktatur und mit dem Machtantritt der patriotischen, demokratischen Kräfte im Lande gekrönt wurde.

Im März d. J. war eine Regierungs- und Parteidelegation aus Sandinos Heimat zum erstenmal zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR. Die Delegationsleiter waren Moisés Hassan, Mitglied des Regierungsrates der Nationalen Erneuerung, sowie die Mitglieder der Führung der Sandinistischen Front der nationalen Befreiung Tomás Borge Martínez, Henry Ruiz Hernández und Umberto Ortega Saavedra.

Der Besuch der nikaraguanischen Delegation in der UdSSR und ihre Verhandlungen mit sowjetischen Führern leiteten ein neues Kapitel in den sowjetisch-nikaraguanischen Beziehungen ein. Die Treffen und Gespräche verliefen in einer Atmosphäre von Herzlichkeit und gegenseitiger Verständigung. Die Leiter der Partei- und Regierungsdelegation von Nikaragua nannten die Besuchsergebnisse „höchst positiv“.

In Moskau wurden mehrere sowjetisch-nikaraguanische Dokumente unterzeichnet: ein Handelsabkommen, Protokolle über die gegenseitige Einrichtung von Handelsvertretungen sowie



Sowohl der Präsident in seiner Erklärung als auch die Presse äußern sich dahingehend, daß der Preisanstieg auf dem internationalen Erdölmarkt die Hauptursache der Inflation sei. Auf den ersten Blick leuchtet das ein. Aber eben nur auf den ersten Blick. Im vorigen Jahr erreichte das Inflations-tempo 13,3%, die Erhöhung der Erdölpreise durch die OPEC-Länder aber ließ die Preise um nur 2,2% steigen. Wie die Korporation Data Resources errechnete, kann diese Rate im laufenden Jahr auf 3% anwachsen. Carters Beschluß, die Preiskontrolle beim Erdöl aufzuheben, gibt den Monopolen die volle Handlungsfreiheit. Die Preiskontrolle bei Heizölen wurde 1976 aufgehoben. Im September 1978 kostete 1 Gallone Heizöl im Durchschnitt 36 Cent und brachte 1,6 Cent Gewinn. Ein Jahr später stieg der Preis einer Gallone auf 69 Cent und der Gewinn auf 14 Cent an. Heute kostet eine Gallone Heizöl im Durchschnitt 1 Dollar, und dieser Preis steigt weiter. Daraus erklären sich die Rie-

senprofite der Erdölkonzerne in den letzten Jahren. Ihr „Beitrag“ zur hemmungslosen Inflation ist ebenfalls groß.

Das vierte „Anti-Inflations-Paket“ der Carter-Administration werden nicht die Amerikaner allein ausbaden müssen. In einem redaktionellen Artikel, betitelt „Wenn Amerika niest“, schreibt die „Financial Times“ (London) besorgt, daß sich die Anti-Inflationsmaßnahmen Washingtons auf die Konjunktur anderer westlicher Länder auswirken. Die Kreditverteuerung in den USA habe schon einen „Diskontsatz-Krieg“ ausgelöst. Nach den Amerikanern werde man diesseits des Atlantik die Kredite ebenfalls verteuern, was unvermeidlich „die Krisentendenzen verstärkt, die einen jähen Rückgang in Industrie und Handel nach sich ziehen werden“. Aber noch schwerer werden es, meint das City-Blatt, die erdölarmen Entwicklungsländer haben. Sie müßten nicht nur höhere Zinsen auf Bankanleihen zahlen; sie würden auch einen beträchtlichen Teil ihrer Exportgewin-

ne verlieren, weil der Rückgang die Rohstoffpreise drücke.

Beobachter halten das neue Programm einmütig für einen Schachzug im Rahmen der Wahlkampagne. Nach ihrer Ansicht können die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Hilflosigkeit der Regierung eine Wende im Wahlkampf herbeiführen, da die inneren Probleme in den Mittelpunkt rücken. Bisher versuchte die Administration, ihre Bedeutung zu mindern und „Krisen“ weit außerhalb der USA aufzubauen. Der „Christian Science Monitor“ erinnert an das horrende Rüstungsprogramm und schreibt: „Wenn Amerika seine Wirtschaft nicht aus dem Sumpf der Inflation ziehen kann, ... welche Fähigkeit wird es haben, eine prominente Rolle in der Welt zu spielen? Und vor allem: Welche Gefahren bringt das hemmungslose Wettrennen für die globale nukleare Stabilität?“ All diese Fragen erheben sich heute vor den USA-Wählern.

New York



In Leningrad legte die nikaraguanische Delegation einen Kranz auf dem Piskarjow-Friedhof nieder.

Foto: TASS

über Warenlieferungen, Abkommen über wirtschaftliche und technische, über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, über die Zusammenarbeit in der Planungstätigkeit sowie eine Konsularkonvention. Ferner wurde ein Plan für Kontakte zwischen der KPdSU und der Sandinistischen Front beschlossen.

Diese Dokumente schaffen eine gute vertragsrechtliche Grundlage für den Ausbau der beiderseitigen Beziehungen und bestimmen die Richtung der Zusammenarbeit. Gemäß den Abkommen wird die UdSSR Nicaragua bei der Realisierung seiner Programme für den nationalen Wiederaufbau helfen. Es

handelt sich vor allem um so wichtige volkswirtschaftliche Zweige wie den Bau von Wasserkraftwerken (Nicaragua ist sehr reich an Wasserenergie) und um geologische Prospektierungen (das Land hat auch bedeutende Vorkommen verschiedener Bodenschätze).

Die Herstellung und Entwicklung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Nicaragua, dessen Regierung jetzt die schwierige Aufgabe hat, das verheerte

Land wiederaufzurichten, werden der Republik helfen, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen.

Die Verhandlungsteilnehmer konstatierten mit Genugtuung die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die wichtigsten Weltfragen. Sie bekundeten ihre Besorgnis über die neuerliche Zuspitzung der internationalen Spannungen durch die aggressiven Kräfte von Imperialismus und Reaktion und bekräftigten ihren Willen, für die Festigung des Friedens und der Völkersicherheit, für die weitere Entwicklung der Entspannung und ihre Ausdehnung auf alle Regionen der Welt zu kämpfen. Im gemeinsamen Kom-

munique heißt es: „Die UdSSR und Nicaragua vertreten die Auffassung, daß die wichtigste Richtung im Kampf für die Festigung von Frieden und Weltsicherheit darin besteht, alle Praktiken des Hegemonismus aus den internationalen Beziehungen auszuschließen. Sie verurteilen die Versuche der einen Staaten, die anderen zu beherrschen, und zwar durch willkürliche Verkündung ganzer Regionen zu einer Sphäre ihrer „Lebensinteressen“, durch direkten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Druck.“

In Managua wurden die Ergebnisse des UdSSR-Besuches mit großer Genugtuung aufgenommen. Die „Barricada“, das Organ der Sandinistischen Front, verweist auf die große Bedeutung der in Moskau unterzeichneten Dokumente für Nicaragua und betont, daß sie beredt vom guten Willen des Sowjetvolkes und von seiner Bereitschaft zeugen, zum beiderseitigen Nutzen gleichberechtigt auf der Basis der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung zusammenzuarbeiten.

Zweifelloos werden die guten Ergebnisse des ersten offiziellen Besuches einer Regierungs- und Parteidelegation der Republik Nicaragua in der UdSSR zur Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit unserer beiden Länder sowie zur Festigung des Weltfriedens beitragen.

A. BARYSCHEW



# GESUNDER MENSCHENVERSTAND GEGEN KRIEGSPSYCHOSE

Von unserem ständigen Berichterstatter Wladimir PAWLOW

„Der dritte Weltkrieg wird wahrscheinlich in den kommenden 18 Monaten beginnen“, erklärte am 16. März kategorisch ein „Sowjetologe“ in der Rundfunksendung „Ziel — das Vereinigte Königreich“. Hohe britische Beamte, militärische und zivile Experten rechneten skrupellos die Verluste an Menschen und die Zerstörungen aus, die eine atomare Bombardierung der Britischen Inseln verursachen würde. Sie behaupteten, die sowjetischen Raketen seien auf 80 Ziele, darunter auf London, Nottingham, Portsmouth gerichtet. Bomben von 200 Mt würden abgeworfen. Um jegliche Unklarheiten auszuräumen, wurde erläutert, daß 1 Megatonne einer Million Tonnen Sprengstoff entspricht.

Die Initiatoren dieser provokatorischen Sendung wollten, nachdem sie ihrem Auditorium zunächst einen Schock versetzt hatten, es dann wieder ein wenig „beruhigen“. Erstens würden die Russen, erklärten sie, wenn die Engländer über eigene hinreichend starke Atomwaffen verfügen, aus Angst vor einem Gegenschlag möglicherweise Großbritannien nicht angreifen. Mit diesem Argument soll bedeutet werden, daß die Briten, wenn sie in einem Atominferno nicht umkommen wollen, Geld für neue Raketen, Bomber und U-Boote herausrücken sollen. Die Experten suchten dem Spießbürger weiszumachen, daß die Regierung und die Sicherheitskräfte von einem Spezialbunker aus auch nach einem Atomwaffenangriff für Recht und Ordnung im Lande sorgen könnten. Um Mobilien und Im-

mobilien brauche man sich also nicht zu sorgen. Doch für wen und gegen wen sollen sie geschützt werden? Der Staatsminister für Zivilschutz, Lord Belstead, erklärte munter, bei einem Krieg könnten ca. 15 der 56 Millionen Briten überleben...

Bei der Kampagne zur Schürung der Kriegspychose sucht man einerseits mit den plumpsten Erfindungen über eine „Aggressivität“ der Sowjetunion den Briten zu suggerieren, ein dritter Weltkrieg könne nicht verhindert werden, wobei man auf die Entwicklung in Afghanistan, dem Iran und anderen Ländern verweist. Andererseits sucht man den Briten weiszumachen, sie könnten in einem Atomkrieg überleben, wenn nur die erforderlichen Vorbereitungen getroffen würden.

Wie das zu geschehen habe, davon war in einem Programm des BBC-Fernsehens unter dem Titel „Wenn die Bombe fällt...“ die Rede. Es begann mit einem im Westen wohlbekannten Stereotyp: „Am zweiten Tag nach ihrem Angriff auf die NATO-Länder haben die sowjetischen Truppen den Rhein überquert. Mit Unterstützung der Warschauer-Pakt-Streitkräfte rücken sie tief nach Westeuropa vor.“ Dieser Text wird — um das Ganze „glaubwürdiger“ zu machen — mit Wochen-

Demonstranten in der altherwürdigen Universitätsstadt Cambridge protestieren gegen die in der Umgebung geplante Stationierung von Cruise Missiles

Foto: A. Fedjaschin (TASS)



schaufnahmen über Manöver der Sowjetarmee unterlegt. Dann beginnt nach dem von der BBC verfaßten Drehbuch der atomare Schlagabtausch.

„Vor dem zweiten Weltkrieg hieß es, die Bomber hätten totale Zerstörungskraft. Wir glaubten, wir würden nicht überleben, doch wir haben überlebt. Man kann sich auch vor der Atombombe schützen.“ Auf dem Bildschirm werden Aufnahmen aus einem vom Verteidigungsministerium produzierten Film mit Empfehlungen gezeigt, wie man sich bei und nach einer atomaren Bombardierung verhalten solle. Vor allem wird empfohlen, einen Lebensmittelvorrat für zwei Wochen anzulegen und dann mit dem Bau eines Familienbunkers zu beginnen. Hierfür müsse man drei Türen aus den Angeln heben, sie an die Wand lehnen und sich dann mit hundert Erdsäcken verbarrikadieren. Die Säcke würden kostenlos ausgegeben werden.

Nach diesen Empfehlungen des Verteidigungsministeriums stellten sich die TV-Zuschauer leicht verwirrt die Frage, wo sie in einer Großstadt eigentlich die Erde hernehmen sollten. Es dürfte gar nicht so einfach sein, 1 t Erde (so viel wird für den Bunker empfohlen) zusammenzubekommen. In der Sendung hieß es allerdings, man habe nur einige Szenen aus einem nicht gerade leicht beschafften Film demonstriert. Der Film sei geheim und solle erst drei Tage vor einem Atomangriff vollständig gezeigt werden. In den Teilen des Films, die dem Publikum einstweilen „vorenthalten“ wurden, sollen die Londoner offenbar aufgefordert werden, Bezugskarten für ihre Tonne Erde aus dem Hyde Park in Empfang zu nehmen...

Die Kriegshysterie wird jetzt geschürt — und treibende Kraft dabei ist zweifelsohne die Toryregierung. Besagte Sendungen wurden von der BBC produziert, und diese ist ein Sprachrohr der Regierung. Kein Mitglied ihres Verwaltungsrates kann ohne Zustimmung der Regierung ernannt werden. Ein Sprecher der BBC erklärte auf die Frage, wie er denn diese für geheim erklärten Aufnahmen und die Empfehlungen für den Fall eines Atomangriffs erhalten habe, unumwunden: „Wir haben sie von jemandem bekommen, der legitimen Zugang hierzu hat. Natürlich sind sie nicht von einem LKW heruntergefallen.“

Mit der militaristischen Kampagne, die alle ihre Vorläufer überbietet, will die Regierung Thatcher ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen „rechtfertigen“. So haben die Tories im Finanzjahr 1979/80 ca. 10 Md.



Pfund Sterling für militärische Zwecke ausgegeben.

Kürzlich wurde in London beschlossen, im September d. J. die größte Truppenübung seit Ende des zweiten Weltkrieges abzuhalten. In einer offiziellen Erklärung des Verteidigungsministeriums heißt es, bei dem Manöver solle die Bereitschaft der Streitkräfte demonstriert werden, unter Gefechtsbedingungen zu operieren. Bei diesem Manöver unter der Codebezeichnung „Crusader“ werden viele Tausende britische Soldaten aus Großbritannien in die BRD verlegt werden. Hierfür ist geplant, Zivilflugzeuge und Schiffe zu chartern. Auch Tausende von Reservisten werden teilnehmen. Premierminister Thatcher übermittelte den Unternehmern eine persönliche Botschaft, in der sie diese aufforderte, Reservisten und

Freiwilligen jegliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Das militaristische Treiben an der Themse ruft große Besorgnis bei der britischen Öffentlichkeit hervor. In ungezählten Leserbriefen wird der gefährliche Kurs der Toryregierung verurteilt. Mitte März fanden in Oxford und Cambridge Massendemonstrationen von Studenten und Einwohnern gegen die Pläne für die Stationierung neuer US-Raketen in der Umgebung dieser alten Universitätsstädte statt. Die Demonstranten verlangten, unverzüglich alle US-Stützpunkte in Großbritannien aufzulösen und die amerikanischen Atom-U-Bote von der britischen Küste zu entfernen.

Der linke Labour-Abgeordnete Cryer brachte eine Gesetzesvorlage für ein Referendum in den Landesparlamenten ein, wo Cruise Missiles stationiert werden sollen.

Cryer ist der Meinung, das werde den Engländern ermöglichen, „ein für allemal die Taktik der Massenvernichtung abzulehnen“ und „die Möglichkeit verringern, daß Großbritannien zu einem Haufen radioaktiver Asche wird“.

Von großer Bedeutung im Kampf der Werktätigen gegen den militaristischen Kurs des Torykabinetts wird der Kongreß der „Bewegung für weltweite Abrüstung“ am 12. April sein. Diese kürzlich gebildete Antikriegsorganisation wird von mehr als 100 Parlamentsabgeordneten, von vielen namhaften Politikern, geistlichen Würdenträgern und Gewerkschaftsfunktionären, von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Schauspielern und Sportlern unterstützt.

London

## BEKANNTE HANDSCHRIFT

In der ersten Märzhälfte kam es in Syrien zu Unruhen der einheimischen Reaktion gegen die Regierung.

Die Unruhen wurden in Aleppo, Hama und Homs von Mitgliedern der vom Ausland großzügig finanzierten konservativen Organisation der „Moslebrüder“ inszeniert. Sie demolierten staatliche Institutionen, zündeten Geschäfte und Autos an und verübten andere Gewaltakte. Am 8. März, als das Volk Syriens den 17. Jahrestag des Machtantritts der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt (Baath) beging, versuchte die Reaktion, Unruhen in Damaskus selbst zu provozieren.

Die Ausmaße und die offenbar erfolgreiche Abstimmung lassen keinen Zweifel daran, daß diese Aktionen der „Moslebrüder“ von einem einheitlichen Zentrum aus dem Ausland gelenkt wurden. Wie es in einer Erklärung der Sektion Aleppo der Progressiven Nationalen Front Syriens (PNF) heißt, die von allen ihr angehörenden Parteien, darunter der KP, unterzeichnet wurde, führen die Fäden der Verschwörung zu amerikanischen und israelischen Geheimdiensten, die in der einheimischen Reaktion einen Verbündeten gefunden haben.

Die Provokationen der „Moslebrüder“ sollen die Lage im Lande destabilisieren sowie Religionsgemeinschaften und Volksgruppen gegeneinander aufhetzen — wie im

benachbarten Libanon. Eine bekannte Handschrift! So wollten antiarabische Kräfte Syrien, das sich standhaft dem von den USA aufgezungenen Handel von Camp David widersetzt und für die vollständige Befreiung der von Israel besetzten arabischen Gebiete kämpft, einen Schlag beibringen.

Bereits 1975 hatten die USA gehofft, ihnen werde es gelingen, Syrien in die nach ihrem Drehbuch angelegten Nahostverhandlungen hineinzuziehen. Doch Damaskus steht nach wie vor fest zu seiner prinzipiellen Haltung.

Die algerische Zeitung „Al Moudjahid“ enthüllt den Hintergrund der derzeitigen antisyrischen Umtriebe, wenn sie schreibt, daß Ägypten und Israel ihr Bündnis solange nicht als wirkungsvoll betrachten, bis Syrien die Verteidigung arabischer Interessen aufgibt. Ebendeshalb scheuen sie vor nichts zurück, um die SAR in die Knie zu zwingen.

Die erbitterten Attacken von Imperialismus, Zionismus und Reaktion gegen Syrien erklären sich offenbar unmittelbar auch durch die neue Welle diplomatischer Aktivitäten Washingtons, Tel Avivs und Kairos. Diese Welle soll, wie immer deutlicher wird, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Sackgasse ablenken, in die die Verhandlungen über eine „Palästinenserautonomie“ jetzt gelangt sind. Zu eben diesem Zweck ist im April ein weiteres Gipfeltreffen der Partner von Camp David geplant.

Natürlich sind die „Moslebrüder“ weitgehend vom Ausland gesteuert. Wie der syrische Premierminister Abdel Rauf Kasm in einem Interview für die libanesische Zeitung „Al-Nahar al-Arabi wad-Douvali“ erklärte, sind die Aktivitäten der „Moslebrüder“ nicht das Hauptproblem Syriens. Der Regierungschef betonte, daß die Schwierigkeiten des Landes vor allem durch die Politik der USA und Israels bedingt sind, die seine progressive Entwicklung verhindern und es von der konsequenten Position abbringen wollen, die Syrien zu einer Nahostregelung einnimmt.

Einige Organe der imperialistischen Propaganda hatten es offenbar eilig, die Nachricht zu verbreiten, die „Moslebrüder“ hätten einen „Sieg“ errungen. Die Sadat-Presse verstieg sich sogar dazu, die Provokationen der imperialistischen und zionistischen Agenten in Syrien als „unbezwingbare revolutionäre Bewegung“ zu bezeichnen.

Der imperialistischen Politik der Provokationen tritt das syrische Volk entgegen, fest entschlossen, die progressiven Errungenschaften zu verteidigen. Auf den Aufruf der PNF hin werden Milizen der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz und der Jugend zur Verteidigung der Republik aufgestellt. Das Volk ist wachsam. SAR-Präsident Hafis al-Assad betonte, daß die Umtriebe der äußeren Feinde und der einheimischen Reaktion Syrien nicht daran hindern können, den von ihm gewählten Kurs zu gehen, und die Agenten des US-Imperialismus und Israels eine vernichtende Niederlage erleiden werden.

P. MESENZEW



# „ARBEITSTEILUNG“: DIE BONNER VARIANTE

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

Es war die dritte außenpolitische Debatte, die der Bundestag in den letzten Wochen führte — nachdem Bundeskanzler Helmut Schmidt am 20. März den Bericht zur Lage der Nation abgegeben hatte.

Zur jetzigen Weltlage erklärte Helmut Schmidt, daß alles, was in den Beziehungen zum Osten erreicht wurde, bewahrt werden muß. „So wie es ohne Gleichgewicht keine Zusammenarbeit gibt, so gibt es ohne Kommunikation keine Krisenbeherrschung...“, sagte der Kanzler. „Meinen Briefwechsel mit dem Generalsekretär der KPdSU, Breshnew, verstehe ich als Beitrag zur Kommunikation zwischen Ost und West, die gerade in angespannten Zeiten nicht abreißen darf. Zwischen Ost und West gibt es in Europa keine Alternative zu einer Politik des Gleichgewichts und der Entspannung.“

Ein Großteil der Erklärung des Kanzlers war den „deutsch-deutschen“ Beziehungen gewidmet. Er verwies darauf, daß „sich die Bundesregierung der Fülle weiterer Aufgaben zwischen den beiden deutschen Staaten bewußt ist und unermüdlich an ihrer Bewältigung arbeiten wird“. Er betonte sein Interesse an einem Treffen in nächster Zeit mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker.

Zugleich hat die außenpolitische Debatte gezeigt, daß die Politik Bonns in der Entspannung widerspruchsvoll ist. Vor allem sucht man die Verantwortung für die Zuspitzung der Lage anderen zuzuschreiben. Unter Hinweis auf die Entwicklung in Afghanistan bezieht Bonn die UdSSR, „das Kräftegleichgewicht zu verletzen“. Mit diesem Rummel will es alle seine früheren Sünden vertuschen — z. B. die Antreiberei bei der Verabschiedung des Pentagon-Programms für die Stationierung neuer US-Raketen in Europa — sowie zugleich jetzige und künftige Aktionen, die der Entspannungspolitik zuwiderlaufen, „rechtfertigen“.

Während man noch kürzlich Distanz gegenüber dem abenteuerlichen Kurs der Carter-Administration auf eine Rückkehr zum kalten Krieg halten wollte, sucht man jetzt demonstrativ die Nähe. In den Bundestagswandelhallen werden die Handlungen des US-Präsidenten nicht ohne Ironie als „unvor-

hersagbar“ bezeichnet und seine Drohungen, die Sowjetunion zu „bestrafen“, als fruchtlos und unseriös. Doch in Wirklichkeit ist man dabei, selbst auf ebendiese Positionen abzugleiten.

In der Bundestagsdebatte ließ man es nicht bei rhetorischen Attacken auf die Sowjetunion und Afghanistan, bei einer Treuebekundung zu den jüngsten NATO-Beschlüssen bewenden. „Wir sind zu der notwendigen Erhöhung unserer militärischen Aufwendungen bereit — in gleichem Maße, wie wir das ja auch in den letzten zehn Jahren getan haben“, erklärte Helmut Schmidt.

Eine Metamorphose vollzieht sich ebenfalls in der Frage eines Boykotts der Olympischen Spiele. Als Carter an alle westlichen Länder appellierte, die USA dabei zu unterstützen wurde diese Aktion am Rhein als absurd und ineffektiv abgetan. Ganz zu schweigen davon, daß es der US-Präsident, der selbsternannte „Führer der freien Welt“, nicht für nötig hielt, sich mit seinen Verbündeten zu konsultieren.

Doch bald schon hatte sich der Wind auch hier gedreht. Außenminister Genscher brachte die „diplomatische“ Formel in Umlauf: Wenn die amerikanischen Sportler nicht nach Moskau fahren, könne man sich nicht vorstellen, daß bundesdeutsche Athleten an der Olympiade teilnehmen.

Der Bundeskanzler nahm auf seine USA-Reise eine Gruppe namhafter Industrieller mit, die den amerikanischen Politikern klarmachen sollten, wie sinnlos die Versuche sind, die UdSSR wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Nach ihrer Rückkehr aus den USA beginnt die Bonner Führung Positionen offenbar auch in dieser Frage aufzugeben. In dem Bericht zur Lage der Nation findet sich ein Hinweis auf die gemeinsame amerikanisch-bundesdeutsche Erklärung, in der behauptet wird, die Entwicklung in Afghanistan hätte „die wirtschaftlichen Beziehungen des Westens mit der Sowjetunion ernsthaft beeinträchtigt“.

In letzter Zeit findet in Bonn die Forderung nach einer „Arbeitsteilung“ zwischen den NATO-Partnern verstärkte Verbreitung, wenn es um eine „gemeinsame Konzeption des Westens“ und die „Reaktion auf die Vorgänge

in Afghanistan“ geht. Anfangs galt diese Forderung vor allem für militärische Pläne. Regierungskreise gaben zu verstehen, daß die Bundeswehr, falls die Amerikaner bei „Strafoperationen“ irgendwo am Persischen Golf zeitweilig einen Teil der in Westeuropa stationierten 300 000 Mann starken US-Armee verlegten, gern die sich dann auftuende Lücke schließen würde. „Wir werden auch in Zukunft das tun“, was verteidigungspolitisch notwendig ist, ... auch Bündnispartner entlasten, wenn sie andere zusätzliche Aufgaben zu übernehmen haben“, betonte der Kanzler. Doch ist hier nur an Hilfsfunktionen gedacht? Vielleicht verbirgt sich dahinter auch der Wunsch, ohne besonderes Risiko ein Süsschen auf Spannungsherden zu kochen.

In Bonn wird offenbar die Tatsache unterschätzt, daß eine „Arbeitsteilung“ auch eine Verantwortungsteilung voraussetzt. Wird doch die Bundeswehr dann notgedrungenermaßen zum Komplizen. Vielleicht schrecken solche Aussichten Bonn schon nicht mehr? Oder fühlt es sich von der Möglichkeit angezogen, so die militärische Führungsrolle in Westeuropa zu spielen?

Eine weitere Besonderheit der Taktik der „Arbeitsteilung“: In Bonn ist man sich dessen bewußt, daß die militäristischen Aktivitäten am Rhein in den Nachbarländern Erinnerungen an böse Zeiten wecken. Ebendeshalb ist man in der BRD bisweilen bemüht, „nur nicht aufzufallen“.

Bisweilen nimmt die Bonner Variante der „Arbeitsteilung“ üble Formen an. Nachdem Washington im Iran ein „günstiges“ Spionagezentrum gegen die UdSSR verloren hatte, richtete es seine besondere Aufmerksamkeit auf die Türkei und rief die NATO-Partner zu Militär- und Wirtschafts„hilfe“ auf. Bonn hat nicht nur als erster auf den Appell von jenseits des Atlantik reagiert und die Federführung bei der Bildung eines Hilfsfonds übernommen. Die von Bonn offerierte „Hilfe“ war, wie sich erweisen sollte, um ein Drittel größer als die amerikanische. Infolgedessen hat Washington — das es vorgezogen hätte, wenn die Partner die Ausgaben übernommen hätten —, jetzt unter dem Druck der BRD seine „Hilfe“ für die Türkei angehoben.

In dem Bericht zur Lage der Nation wird nicht wenig über die Bedeutung der Entspannung für die Bundesrepublik gesagt. Doch die Aktivitäten Bonns, von denen in dem Bericht die Rede war, sind mit den verbalen Bekenntnissen zur Entspannung unvereinbar.

„Viele Gemeinsamkeiten Koalition—Opposition“ — so charakterisierte der Bonner „General-Anzeiger“ treffend die jetzige politische Lage am Rhein.

Bonn, den 21. März



# „FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT IN ASIEN“

Unter diesem Motto verlief vom 23. bis zum 25. März in der indischen Hauptstadt eine große internationale Konferenz, die Menschen verschiedenster ideologischer Standpunkte und Glaubensrichtungen im Wissenschaftspalast von Neu-Delhi in der Sorge um den Frieden zusammengeführt hatte.

Eine verständliche Sorge, denn Imperialismus und internationale Reaktion haben mit ihren aggressiven Aktionen und Plänen eine ernsthafte Gefahr für Entspannung, für Frieden und Völkersicherheit geschaffen. Sie haben heute weite Regionen Süd- und Südasiens, des Indischen Ozeans und in erster Linie den Raum des Persischen Golfs zu einem höchst gefährlichen Spannungsherd gemacht.

Der Friede ist unteilbar. Vom Frieden in jedem einzelnen Weltteil hängt der Friede in der ganzen Welt ab. Deshalb eben waren zu der Konferenz, die dem Schutz von Frieden und Sicherheit in Asien galt, Delegierte aller Kontinente, aus mehr als 65 Ländern und Vertreter von 10 internationalen Organisationen gekommen.

Jeder Konferenzteilnehmer führte vor allem ihm besonders naheliegende Beispiele an, die in erster Linie das von ihm vertretene Land oder die Region betrafen. Von den eindeutig subversiven Aktionen gegen die revolutionären Errungenschaften des afghanischen Volkes berichtete das ZK-Mitglied der Demokratischen Volkspartei Afghanistans Nizamuddin Tahzib. Sie werden von Tausenden Söldnern vollführt, die in Lagern in Pakistan und in China unter Anleitung des amerikanischen Geheimdienstes zum Einsatz in Afghanistan ausgebildet werden.

Kurz vor der Konferenz erschien in Delhi eine Broschüre des indischen Publizisten Sadhan Mukherjee: „Die Achse USA—China—Pakistan. Eine Bedrohung Indiens“. Sie enthält überzeugende Fakten hinsichtlich der feindlichen Umzingelung Indiens zu Lande und zu Wasser.

Der Delegierte der SRV, der Schriftsteller Nguyen Thi Khieu, sprach von dem totalen Angriff gegen die Völker Südasiens, der von China mit US-Unterstützung entfesselt wurde, von der Drohung Pekings, erneut eine militärische Aggression gegen das sozialistische Vietnam zu starten, um ihm „eine weitere Lehre zu erteilen“.

Das Mitglied des Exekutivkomitees des US-Friedensrats, Karen Talbot, äußerte, der amerikanische Militär-Industrie-Komplex habe die Ereignisse in Iran und Afghanistan als Vorwand dazu benutzt, die US-Marine im Indischen Ozean zu verstärken, eine neue Phase des Wettrüstens einzuleiten und sich Milliar-

dengewinne zu sichern. Millionen einfacher Amerikaner, betonte Mrs. Talbot, betrachten es als ihre Aufgabe, den Umtrieben der militaristischen Kreise der USA in Asien und in der ganzen Welt ein Ende zu setzen und den Verzicht auf die Politik des Wettrüstens zu erreichen.

Auf der Konferenz wurde die bewußte Lüge Washingtons, Pekings und anderer von einer „sowjetischen Bedrohung“ zurückgewiesen. Der sowjetische Delegationschef, der stellvertretende Vorsitzende des Sowjetischen Friedenskomitees, der Schriftsteller A. Ananjew, versicherte den Delegierten, die sowjetischen Menschen, das ganze sowjetische Volk sei gemeinsam mit den anderen freiheits- und friedensliebenden Völkern entschlossen, die Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz, der Hilfe für den Unabhängigkeitskampf der Entwicklungsländer fortzusetzen.

Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, die die Teilnehmer der Konferenz empfing, betonte: „Die dringlichste Aufgabe besteht heute darin, daß Menschen unterschiedlichster Überzeugungen eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Plattform im Kampf für die Festigung des Friedens und die Minderung der internationalen Spannungen finden. Indien verfolgt nach wie vor eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung.“

Der Präsident des Weltfriedensrats Romesh Chandra hob hervor, nur die gemeinsamen Anstrengungen und der Wille der Völker könne die gefährliche Verschwörung des amerikanischen Imperialismus und seiner Pekinger Helfershelfer gegen den Frieden durchkreuzen.

Es ist schwer, die Rolle zu überschätzen, die die friedliebende Öffentlichkeit, die Öffentlichkeitsbewegung gespielt haben, um der amerikanischen Aggression in Indochina ein Ende zu machen und um das Eis des kalten Krieges seinerzeit zum Schmelzen zu bringen. Auch heute, da sich wieder dunkle Wolken über der Welt zusammenziehen, können die gesellschaftlichen Kräfte zweifellos vieles dazu tun, die Rückkehr der Menschheit in die Schützengräben des kalten Krieges zu verhindern und keinen Weltbrand zuzulassen.

Die Konferenz für Frieden und Sicherheit in Asien entwickelte ein konkretes Aktionsprogramm der Friedenskräfte zur Mobilisierung der Völker im Kampf gegen den US-Imperialismus und den chinesischen Hegemonismus, gegen ihre aggressiven Pläne, für die Verteidigung des Friedens, die Verteidigung des Lebens auf der Erde.

A. USWATOW

# NZ

KOMMENTAR

## KRISENREIGEN

Italien hat wieder einmal seine Regierungskrise. Das Drei-Parteienkabinett unter Francesco Cossiga [DC, Sozialdemokraten und Liberale] ist zurückgetreten. In den letzten 35 Jahren gaben sich bereits 38 Regierungen die Klinke in die Hand.

Formell wird der Rücktritt mit einer mangelnden Unterstützung durch Sozialisten und Republikaner begründet. Tatsächlich steckt jedoch sehr viel mehr dahinter.

Wie die früheren erklärt sich auch die jetzige Krise aus der Unfähigkeit der DC, die alle Nachkriegsregierungen bildete, brennende politische und sozialökonomische Probleme des Landes, Preisauftrieb, Inflation, Arbeitslosigkeit, Wohnraum- und Brennstoffmangel, Terrorismus, zu bewältigen.

Diese Probleme sind ohne radikale Veränderungen in der Führung, ohne eine Regierung der „nationalen Solidarität“ unter Beteiligung aller demokratischen Kräfte, auch der Kommunisten, dem Gewicht und Einfluß nach die zweitstärkste Partei, unlösbar. Eine solche Aussicht aber widerspricht den regierenden Kreisen, die ihre Privilegien, ihr Machtmonopol nicht aufgeben wollen.

In erster Linie gilt das für die DC. Zwar haben sich über 40% der DC-Mitglieder für eine so oder anders gelagerte Regierungsbeteiligung der Kommunisten ausgesprochen, doch ist es auf dem letzten Parteitag den rechten, konservativen Fraktionen gelungen, der Partei ihre Linie des Verzehrs auf eine Zusammenarbeit mit der IKP aufzuzwingen.

Gegenüber früheren Zeiten verlassen sie sich nicht mehr auf die eigene Stärke und hoffen immer mehr auf eine Einmischung von außen, seitens der USA. In Washington stellt man die eigenen geopolitischen Interessen nach wie vor über die nationalen Interessen Italiens. Hinsichtlich einer IKP-Regierungsbeteiligung bleibt die US-Haltung deshalb unverändert: ein kategorisches Nein.

Die DC möchte ihre eigene Variante des Auswegs aus der Krise an den Mann bringen und bemüht sich, Sozialisten und Republikaner zur Bildung einer Regierung der „Linken Mitte“ zu veranlassen. Nicht ausgeschlossen ist eine vorfristige Auflösung der Kammern und die Ansetzung von außerturnusmäßigen Neuwahlen. Welchen Dreh die regierenden Kreise jedoch auch anwenden, sie werden sich vor den herangereiften Veränderungen nicht drücken können.

L. MAKAREWITSCH



# OZEAN UND ÖL

Viktor SHELTOUCHIN, Wladimir ROSEN

Die Umweltverschmutzung ist ein globales Problem, das der Menschheit immer größere Sorgen bereitet. Ebenso der Zustand des Weltmeers. Wie von gewisser Seite errechnet worden ist, wird dieses alljährlich mit mehr als 6 Mio t Erdöl und seinen Abfällen verschmutzt, wovon 2,1 Mio aus Tankern und über 100 000 t von Bohrschiffen herkommen, und entfallen auf einen Quadratmeter Oberfläche des Pazifik durchschnittlich 4–5 mg Öl und Ölbestandteile. Bedeutend schlimmer steht es im Mittelmeer, und im Persischen Golf ist alles Leben dem Untergang geweiht.

In der San-Francisco-Bucht gingen nach einer Tankerkatastrophe mit einem Schiffe 70% der Wasservögel zugrunde, und bei einer Katastrophe des Tankers „Metula“ in der Magellan-Straße überschwemmten 50 000 t Öl die Küste des Feuerlands und vernichteten über 40 000 Pinguine. Jeder dieser Fälle verursachte kolossale Verluste. So wurde der Verlust durch einen Ölteppich im Golf von Biskaya unweit der spanischen Stadt La Coruña, u. zw. durch die Vergiftung von Austern, Hummern und Fischen, auf etwa 15 Mio Dollar geschätzt.

Außerst gefährlich sind Katastrophen von Supertankern. Eine trübe Prognose hat der amerikanische Experte Noel Mostert gestellt: „Würden zehn Supertanker gleichzeitig auseinanderbrechen und völlig auslaufen, dann würden die Weltmeere absterben. Der Sauerstoffaustausch zwischen Ozean und Atmosphäre würde unterbrochen.“ Oft warnt in der Presse auch der bekannte Tiefseeforscher Jacques Cousteau.

Die größte bisherige Katastrophe war der Zusammenstoß der griechischen Supertanker „Atlantic Empress“ (292 000 t Wasserverdrängung) und „Aegean Captain“ (210 000 t) am 20. Juli 1979 bei der Karibikinsel Tobago. Dabei fanden 26 Matrosen den Tod. Alles wurde versucht, die „Atlantic Empress“ zu retten, aber sie explodierte in der Nacht auf den 3. August und ging unter. In ihrem Rumpf befanden sich 288 000 t Rohöl. Es floß aus und bildete einen

Ölteppich von 130 km<sup>2</sup>. Die „Aegean Captain“ wurde nur unwesentlich beschädigt und konnte abgeschleppt werden. Aber auch von ihrer Ölfracht floß ein Teil ins Meer.

## Hyänen der Meere

Wegen der häufigen Schiffskatastrophen wurden Bergungsgesellschaften gegründet, die starke Hochseeschlepper besitzen. Die beiden größten sind die Hamburger Bugier-Reederei und die holländische



So hat Öl von der Bohrsinsel Ixtoc 1(x) die amerikanische Küste verschmutzt

Smit International. Sie haben je 15 Bugierschiffe mit einer Wasserverdrängung von je 2000 t und mehr. Leider gilt auf See noch immer die alte Piratenregel, daß jeder, der ein Schiff und seine Fracht aus Seenot rettet, sein Mitbesitzer wird und daß unter die Mannschaft des Rettungsschiffs eine Art Prämie verteilt wird, die manchmal recht ansehnlich ist. So ist das Unglück der einen ein Glück für die anderen. Nicht von ungefähr werden die auf den Meeren kreuzenden und auf ein SOS lauernden Fahrzeuge Hyänen der Meere genannt. Jede sucht der Konkurrenz vorzuzukommen, um die Beute nicht teilen zu müssen. Das hat manchmal traurige Folgen. Als an der Küste Englands der Tanker „Torrey Canyon“ auf ein Riff auf lief, ließ der Kapitän des herbeigeeilten Bugierschiffs andere nicht heran. Der Supertanker brach auseinander, und 120 000 t Öl verschmutzten weite Strecken der Küste. Zugrunde gingen Hunderttausende Seevögel, rund 40 000 t Fische und

Hunderttausende Tonnen Wasserpflanzen.

Die Zahl der Katastrophen nimmt andauernd zu. Im Jahre 1978 gingen 261 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 1,4 Mio t unter, um 23,8% mehr als durchschnittlich in den vorangegangenen fünf Jahren.

## Billige Flaggen

Eine Hauptursache der Tankerkatastrophen ist der Mißbrauch, der mit den billigen Flaggen getrieben wird. Die Bezeichnung stimmt genau. Die meisten Staaten erheben bei den Reedereien hohe Abgaben, sie lassen den Zustand der Fahrzeuge und die Eignung der Besatzungen prüfen, und die Gewerkschaften wahren deren Rechte gegen die Ausbeutung der Reeder. Einige Länder aber lassen für entsprechendes Entgelt bereitwillig ganz beliebige Schiffe bei sich eintragen, ohne sich zu interessieren, wem sie wirklich gehören. Im weiteren kümmern sich diese Länder, zu denen Liberia, die Dominikanische Republik, Panama, Singapur, Hongkong, Zypern und Somalia zählen, überhaupt nicht um die unter ihrer Flagge segelnden Schiffe. Die Flagge Liberias führen Fahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 81,53 Mio t, d. h. 20% der Welt Handelsflotte; Panamas Flagge Fahrzeuge mit 22,32 Mio t Deadweight. Sehr nachsichtig zu ihren Reedern sind die griechischen Behörden. Die Tonnage der griechischen Handelsflotte reicht an 37,35 Mio t heran. Dem Niederländischen Marine-Institut zufolge entsprechen 175 von den 320 griechischen Tankern nicht dem Weltstandard. Von den 1978 gesunkenen 261 Fahrzeugen waren 74 griechisch.

In Eleusis bei Piräus befindet sich ein großer Schiffsfriedhof. Dort liegen über 200 ausrangierte Tanker und Frachter. Normalerweise hat ein Schiff 15–20 Jahre zu fahren. Von den dort vertäuten sind aber manche über 40 Jahre alt. Einige liegen schon 10 Jahre vor Eleusis, ja noch länger, ohne daß sich jemand um sie kümmert. Gerissene Makler verkaufen diese schwimmenden Särge trotzdem an Schieberfirmen oder auch einander. So eine Schiffsrunde wird irgendwie geflickt, frisch angestrichen und dann unter einer billigen Flagge eingetragen. Wie der Liverpooler Versicherungsverband angibt, entfallen 60% von der Tonnage der untergegangenen Schiffe auf solche unter billigen Flaggen.

## Risikante Bohrschiffe

Sind an den Tankerkatastrophen größtenteils nicht die Elemente, sondern die Raffgier von Geschäftemachern oder die Fahrlässigkeit von



Besatzungen schuld, so lassen sich die Ursachen der Brände und Explosionen auf Bohrinseln oft nicht so leicht feststellen. Ein Schiff kann gewöhnlich Schutz vor einem Sturm suchen, was den Bohrinseln nicht möglich ist. Nach Öl wird aber immer weiter fort von den Küsten und in immer größeren Tiefen gebohrt. Auch nimmt die Zahl der Öleviere zur See mit jedem Monat zu.

Dabei haben Katastrophen auf den Bohrinseln oft verheerende Folgen, denen nicht leicht beizukommen ist. Man denke z. B. an den Brand von 1977 auf der norwegischen Bohrinself Ekofisk in der Nordsee. Heute wirkt sie wie das reinste Kinderspiel, verglichen mit der Katastrophe vom 3. Juni 1979 im Golf von Mexiko, unweit der Halbinsel Yucatán, auf der Bohrinself Ixtoc 1. Dort lagert das Öl 3700 m tief, und der Meeresgrund besteht aus sehr hartem, granitähnlichem Gestein.

Dort soll zehnmal soviel Öl wie auf der Ekofisk ausgeflossen sein: 30 000 Barrel täglich. Es bildete einen Teppich von 52 km<sup>2</sup> und bewegte sich mit einer Stundengeschwindigkeit von 0,8 Knoten fort, wobei im Wasser alles Leben ausgelöscht wurde. Nahe an die Katastrophenstelle konnte man nicht heran, denn aus dem Wasser schlug eine riesige Feuersäule aus brennendem Öl und Gas. Es war ungeheuer schwierig und langwierig, die Sonde unter Kontrolle zu bringen.

Mitte August wurden zahlreiche kleine Blei- und große Stahlkugeln zusammen mit einer klebrigen Mischung aus Baryt und Gelatine in die Sonde gespritzt. Das verringerte nur die Menge des ausfließenden Öls. Im September stieg das „Unternehmen Sombbrero“: Eine riesige

Stahlglocke, die 310 t wog, wurde mit einem mächtigen Schwimmkran an die Katastrophenstelle bugsiert, und man versuchte, sie über die Sonde zu stülpen. Beim ersten Mal gelang es nicht, das Meer stürmte, und der Kran funktionierte deshalb nicht recht. Der „Sombbrero“ mußte zur Überholung nach Texas abgeschleppt werden. Erst Mitte Oktober wurde das schwierige Unternehmen zu Ende geführt. Zugleich wurden zwei Parallelsonden gebohrt. Sie schwächten den Druck in der Hauptsonde ab, aber auch danach gingen täglich noch 2000 Barrel Öl verloren.

Nicht nur die Bekämpfung solcher Katastrophen, sondern auch die Behebung ihrer Folgen ist schwierig und kostspielig. Die Dispergenzien, chemische Stoffe, die zur Auflösung der Ölteppiche dienen, sind auch nicht harmlos. Man wendet besser mechanische und mikrobiologische Stoffe an, nur sind die bisher vorhandenen nicht sehr wirksam.

### IMCO auf der Wacht

Es ist ganz klar, daß der Kampf gegen die Verschmutzung der Meere und für die Gewährleistung der Sicherheit auf hoher See in reger internationaler Zusammenarbeit geführt werden muß.

Tonangebend ist dabei die UNO-Spezialorganisation IMCO, die Internationale Beratende Seeschiffahrtsorganisation, der 112 Staaten, seit 20 Jahren auch die UdSSR, angehören.

Die IMCO hat 30 Konventionen, Abkommen und Protokolle abgefaßt. Leider sind nicht alle Konventionen in Kraft getreten, offenbar weil viele Staaten glauben, ihr Beitritt erlege ihnen schwer erfüllbare Verpflichtungen auf.

Vom 5. bis zum 16. November 1979 fand in London die 11. Vollversammlung der IMCO statt. Dazu hatten 98 Staaten bevollmächtigte Vertreter und 4 Länder, die der IMCO nicht angehören, Beobachter entsandt. Auch Beobachter von etwa 30 Weltorganisationen, darunter der UNO und dem RGW, haben der Tagung beigewohnt. Dort wurde eingehend darüber diskutiert, wie man alle internationalen Konventionen und Akte möglichst schnell in die Tat umsetzen und für ihre vollinhaltliche Befolgung sorgen soll. Eine Resolution sowie 50 andere, für die internationale Schifffahrt wichtige Beschlüsse wurden angenommen.

Fast gleichzeitig mit dieser Tagung fand im englischen Seebad Brighton die 4. Konferenz der Internationalen Schifffahrtskammer statt. An ihr beteiligten sich Vertreter der Reeder vieler Länder, staatliche Ämter sowie Weltorganisationen.

Die Zunahme der Katastrophen veranlaßte die Delegierten der Konferenz in Brighton zu besorgten Stellungnahmen.

In den Referaten hieß es, daß die unzureichende Eignung der Schiffsbesatzungen zu einem ersten Schiffsfahrtsproblem wird. Viele Reedereien heuern billige Kräfte aus den Entwicklungsländern, größtenteils aus Südostasien, an. Gewöhnlich sind das Leute mit geringen Vorkenntnissen, die nicht einmal die im Verkehr von Seeleuten übliche Sprache, das Englische, ausreichend verstehen.

Verschlimmert wird die Sache dadurch, daß in vielen Ländern seit einigen Jahren die technische Ausrüstung der Schiffe bedeutend komplizierter geworden ist. Das verlangt von den Besatzungen eine größere Eignung. Leider wollen die meisten Reeder dieser dringenden Notwendigkeit nicht Rechnung tragen.

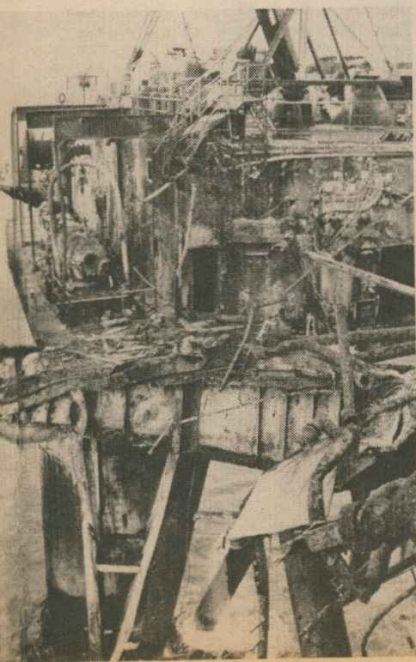
Die IMCO ist sehr besorgt über die unzureichende Berufsschulung der Matrosen. Zu einem Erfahrungsaustausch und zur Verbesserung dieser Ausbildung veranstaltet sie internationale Kolloquien.

Sehr nützlich war das im vorigen Sommer auf Initiative der IMCO, des Seeflottenministeriums und des Staatlichen Komitees des Ministerrats der UdSSR für Auswärtige ökonomische Beziehungen in Odessa abgehaltene Kolloquium zum Thema „Die maritime Schulung in der UdSSR“. Dazu kamen Vertreter von 30 Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Als Tagungsort wurde nicht von ungefähr die UdSSR gewählt. Viele internationale Organisationen haben wiederholt anerkannt, daß sie im Heranschulen von Kräften für die Seefahrt viel geleistet hat.

Aber damit hat die Sorge der KPdSU und des Sowjetstaates für Schifffahrt, Weltmeer und Reinhaltung des Meerwassers nicht ihr Bewenden. Die Regierung hat Beschlüsse gefaßt, die die Verantwortung für das Befolgen der Landes- und der internationalen Bestimmungen und Regeln erhöhen, deren Zweck es ist, eine Verschmutzung des Weltmeers zu verhüten.

Die hohe See kennt keine Gnade. Man muß auf alles gefaßt sein. Kein Staat, auch die UdSSR nicht, ist vor Schiffs-katastrophen sicher, die das Weltmeer mit Öl verschmutzen können. Mit sowjetischen Schiffen geschieht aber so etwas viel seltener als mit Schiffen unter anderen, namentlich billigen Flaggen. Das liegt eindeutig an der verantwortungsvollen Einstellung unseres Landes zu den Problemen der Schifffahrt und des Umweltschutzes.

Die durch eine Explosion zerstörte Bohrinself Ixtoc 1





# DIE VERSCHWÖRUNG WIRD DURCHKREUZT

In der ersten Märzhälfte weilte eine Delegation der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) unter ihrem Generalsekretär Nayef Hawatmeh in der UdSSR. Der Delegation gehörte auch sein Stellvertreter Yasser Abd-Rabbou, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, an. Unser Korrespondent Andrej Stepanow interviewte die beiden Politiker.



**NAYEF  
HAWATMEH**

Washington glaubte, durch die Abkommen von Camp David und den ägyptisch-israelischen Separatvertrag das Palästina-Problem aus der Welt zu schaffen, d. h. die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, vor allem das Recht auf einen eigenen unabhängigen Staat und das Recht der Flüchtlinge auf die Heimkehr, vergessen zu machen. Es wurde damit gerechnet, die arabischen Länder zur Kapitulation zu zwingen und den Nahen Osten in ein einziges USA-Ölrevier unter Aufsicht israel-

lischer und ägyptischer Soldaten, die aus saudischem Geld bezahlt werden, zu verwandeln.

Das palästinensische Volk lehnte einmütig das Camp-David-Abkommen und die „Verwaltungsautonomie“ ab. Die Amerikaner konnten sie auch den anderen arabischen Staaten nicht aufzwingen.

Die Teilnehmer der Nationalen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation (Syrien, Algerien, Libyen, VDR Jemen und die PLO) haben es erreicht, daß auch die konservativen arabischen Regimes die erwähnten Abkommen ablehnen und das verräterische Sadat-Regime boykottieren. Gegenwärtig setzt sich die palästinensische Bewegung dafür ein, daß alle arabischen Staaten den USA-Imperialismus, der die Abmachung angeregt hatte, politisch und wirtschaftlich boykottieren sollen, zumal die USA-Imperialisten ihren antiarabischen, antipalästinensischen Kurs aktivieren, und mögen sie das mit noch so schönen Formeln verbrämen. Sie spitzen die Lage in Libanon zu, setzen auf die Wühlätigkeit der Banden der „Moslembrüder“ in Sy-

rien und leisten Israel bei der weiteren Kolonisierung der okkupierten arabischen Territorien faktisch Vor-schub. Bekanntlich distanzierte Carter sich vor kurzem öffentlich vom USA-Vertreter im Sicherheitsrat, der für die Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik auf den okkupierten Territorien gestimmt hatte. Da war es schon völlig klar, wie sehr das Weiße Haus den israelischen Expansionismus unterstützt.

In letzter Zeit wird darauf gedrängt, die Achse Kairo-Tel Aviv zu ergänzen. Pläne werden geschmiedet, einen proimperialistischen Block im Nahen Osten zu errichten. Die USA wollen die Völker unserer Region vom Kampf gegen den Imperialismus und die Separatabmachung ablenken, sie gegen den treuen Freund der Araber, die UdSSR, gegen die gesamte kommunistische Bewegung aufhetzen. Washington gibt sich als „Verteidiger des Islam“, um die arabische Reaktion sowie die konservativen Moslemstaaten gegen die afghanische Revolution aufzuwiegeln. Aber die arabischen Völker, darunter das palästinensische Volk, enthüllen das wahre Wesen des imperialistischen Propagandarummels. Aus ihren langjährigen Erfahrungen wissen sie, daß ihre Feinde USA-Imperialismus, Zionismus und einheimische Reaktion heißen. Dadurch, daß Washington die zionistische Expansion unterstützt, hat es die Natur seiner Politik, die den Moslems feindselig

## DAS POLITISCHE BUCH

### BRÜDERLICH VERBUNDEN



Der zweite Weltkrieg schlug viele tiefe Wunden. Die Zusammenarbeit des Sowjetvolkes mit dem Volk des ersten sozialistischen deutschen Staates trug in vieler Hinsicht dazu bei, sie zu heilen und die sozialistische Gemeinschaft zu stärken.

Diese Prozesse werden in einer gemeinsamen Publikation der Akademie für Diplomatie des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und des Instituts für Internationale Bezie-

hungen der DDR\* analysiert. Die Vorsitzenden des zweiseitigen Redaktionskollegiums Prof. Dr. Doernberg und Prof. Dr. Popow schreiben in ihrem Vorwort zu dem Buch:

\* „DDR—UdSSR. Zusammenarbeit und Annäherung (Zum 30. Jahrestag der DDR)“. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979; Verlag „Internationale Beziehungen“, Moskau, 1979.

„Die enge Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR erlaubt die verschiedensten Gebiete des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Man kann ohne Einschränkung sagen, daß es jetzt kein Gebiet mehr gibt, auf dem sie sich nicht in immer größerem Umfang zeigt.“

Die KPdSU und die SED sind die Baumeister der neuen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Bei den Zusammenkünften Leonid Breschnew mit Erich Honecker werden die Wege der weiteren Entwicklung der Verbindungen zwischen der UdSSR und der DDR abgestimmt.

Im Jahre 1954 begannen beide Staaten damit, ihre nationalen Volkswirtschaftspläne zu koordinieren. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde die Spezialisierung und Kooperation in Produktion und Forschung eingeleitet. Seit den 70er Jahren werden die Fünfjahrpläne schon beim Entwerfen der nationalen Volkswirtschaftspläne koordiniert.



gegenübersteht, längst bloßgestellt.

Wir sind dafür, unter Führung der PLO die Einheit der Palästinensischen Widerstandsbewegung (PR) auf antiimperialistischer, antizionistischer Grundlage zu wahren sowie das Bündnis der PR mit Syrien und den nationalpatriotischen Kräften Libanons zu festigen. Wir unterstützen die Einberufung der IV. Konferenz der Nationalen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation auf höchster Ebene sowie den Vorschlag, dort konkrete Maßnahmen gegen die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Imperialismus (darunter im Erdölbereich) festzulegen.

## YASSER ABD- RABBOU



Es gelingt den Teilnehmern der Abkommen von Camp David nicht, die „Verwaltungsautonomie“ für die Palästinenser auf den israelisch okkupierten Territorien zu realisieren. Sie möchten einige halbwegs angese-

hene palästinensische Politiker für ihre Verhandlungen gewinnen und zum Paktieren bewegen — ebenfalls erfolglos. Im Kampf gegen die Separatabmachung haben die fortschrittlichen, patriotischen Kräfte ihren Einfluß auf die Massen erheblich verstärkt und sind an die Spitze der Bewegung gegen die Okkupanten getreten, die mehrfach zurückstecken mußten. Die Bewegung am Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen gewinnt an Organisation und erfaßt allmählich das ganze Volk.

Weder bis zum 26. Mai 1980 (der voraussichtliche Abschluß der Verhandlungen über die „Verwaltungsautonomie“) noch auch danach wird es jemandem gelingen, dem palästinensischen Volk die falsche „Selbstverwaltung“ aufzuzwingen. Gewiß, die Inspiratoren von Camp David denken nicht daran, ihre politischen Manöver zur Schwächung des Widerstandes gegen das Separatbkommen einzustellen. Nach dem Mai könnten sie diese Versuche noch aktivieren. Schon jetzt bringt man die Idee an eine internationale Konferenz in Umlauf, die die Anzahl der Teilnehmer des Abkommens von Camp David erweitern und diesem einen anziehenderen Anstrich geben würde.

Die PR ist gegen die Einberufung einer solchen Konferenz, denn sie würde — und sei es nur de facto — auf diesen für uns unannehmbaren Abkommen basieren. ■

Dank der immer tieferen Arbeitsteilung und Kooperation soll der gegenseitige Warenumsatz 1976 bis 1980 um ca. 40% anwachsen.

Von großer Bedeutung für den Ausbau unserer Integrationsbeziehungen sind die gemeinsamen Neubau- bzw. Modernisierungsobjekte. Im Jahre 1977 lieferten Kraftwerke der DDR, die mit technischem Beistand der Sowjetunion gebaut waren, 30% der gesamten im Lande erzeugten Strommenge.

Schon nach Erscheinen dieses Buches, während des 30jährigen Jubiläums der DDR, unterzeichneten die UdSSR und die DDR in Berlin ein Programm für die Spezialisierung und Kooperation der Produktion bis 1990. Leonid Breschnew charakterisierte dieses Dokument wie folgt: „Überall, wo es möglich und nützlich ist, legen wir unsere Ressourcen und Produktionspotenzen zusammen, um komplizierteste

Probleme der ökonomischen Entwicklung erfolgreicher lösen zu können.“

Gegenwärtig, da sich die Weltlage merklich kompliziert hat, gewinnt die Aktionseinheit der sozialistischen Länder noch mehr an Bedeutung. Das vorliegende Buch berichtet auch über die Koordinierung der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR und der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrages und auf bilateraler Grundlage, über das Zusammenwirken im Kampf für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Autoren schreiben: „Wie die historischen Erfahrungen beweisen, trägt die ständige Festigung des Zusammenwirkens der DDR und der UdSSR auf internationaler Ebene zu positiven Veränderungen bei und bietet die Möglichkeit, dem Kampf für Frieden und internationale Sicherheit neue Impulse und Dimensionen zu verleihen.“

B. KRAWEZ

# NZ

KOMMENTAR

## ZIELSCHEIBE: SÜDOSTASIEN

Hochgestellte Militärs und Politiker aus Peking sind jetzt in vielen Ländern auf Tour. Außenminister Huang Hua besuchte Manila, Kuala Lumpur, Singapur und Bangkok, die Hauptstädte von vier der fünf ASEAN-Ländern (Assoziation der Staaten Südostasiens).

Diesen strategisch wichtigen und an Bodenschätzen reichen Raum in Südostasien wollte noch Mao Zedong unbedingt an sich bringen. Seine Nachfolger legen sich ins Zeug. Warum jetzt? Offenbar deshalb, weil die USA-Administration sie dazu ermuntert, eine Art militärpolitisches Bündnis von Ländern des Fernen Ostens und Südostasiens aufzuziehen, um in diesem Teil der Welt „den Kommunismus zu bremsen“. Peking läßt sich gern darauf ein, um die ASEAN-Länder in seinen Bannkreis einzubeziehen. Huang Hua plapperte eifrig die USA-Lügen über die Lage in Afghanistan nach und teilte „gläubwürdige Informationen“ über die angeblichen Pläne der UdSSR mit, die Straße von Malakka, das Südchinesische Meer und den Indischen Ozean unter Kontrolle zu nehmen.

Es sei gleich gesagt, daß die Äußerungen des Ministers ohne Begeisterung entgegengenommen wurden. Im Unterschied zu den Washingtoner Projektmachern sehen diese Gesprächspartner die Politik Chinas nüchtern. In Manila betrachtete man es wohl kaum als einen Zufall, daß am Tag vor Huang Huas Ankunft Mitglieder einer pekinghörigen extremistischen Gruppe zusammen mit Separatisten aus dem Morostamm Ausschreitungen veranstalteten, bei denen über 150 Personen getötet bzw. verwundet wurden. In Kuala Lumpur mußte Huang Hua sich drehen und wenden, als er gefragt wurde, wie es um die andauernde chinesische Unterstützung für die bewaffneten regierungsfeindlichen Kräfte in Malaysia stehe. Das Problem des „ökonomischen Hegemonismus“ Chinas wurde in Singapur in die Diskussion geworfen. Die Amtskollegen Huang Huas in den ASEAN-Ländern unterstützten auch dessen Erklärung nicht, daß „der Krieg in Kampuchea für die Länder Südostasiens von Nutzen ist“.

Wieder einmal kehrte ein Abgesandter Pekings unverrichteter Dinge aus Südostasien zurück. Wird man diese Lehre beherzigen? Wohl kaum. In Peking denkt man nicht daran, die hegemonistischen Gebote des „großen Steuermanns“ aufzugeben.

J. DIMOW



## ZUR „BEFRIEDUNG“ AFRIKAS

Die amerikanische „International Herald Tribune“ (IHT) beklagte sich unlängst, die afrikanischen Länder würden zu oft und zu hart die US-Politik in Afrika kritisieren. Wie David Lamb schrieb, würden es die Völker des Kontinents, wenn sie einige Aktionen Washingtons verurteilen, vorziehen, ihre eigenen Fehler zu übersehen. Lamb zufolge sollten die Afrikaner der US-Expansionspolitik Beifall zollen oder doch zumindest schweigen, sonst müsse Washington Gegenmaßnahmen ergreifen.

Und so sieht dem Artikel in der IHT zufolge die Afrika-Politik der USA aus.

Wenn sich Tansania gegen die amerikanische Militärpräsenz im Indischen Ozean wendet, ist die US-Flotte dort zu verstärken.

Wenn in Mosambik die Wirtschaftsbeziehungen der USA zur Republik Südafrika kritisiert werden, ist das Waffenembargo gegen Pretoria aufzuheben.

Wenn die Regierung Äthiopiens Camp David verurteilt, müssen die USA Marinestütz-

punkte in Somalia und in Kenia bekommen.

Wenn die meisten Länder Afrikas den Boykott der Moskauer Olympiade nicht unterstützen wollen und Mohammad Ali als Abgesandten des Weißen Hauses mit Mißfallenskundgebungen empfangen, ist noch jemand dorthin zu schicken — und zwar nicht unbedingt ein Boxer. Wie wäre es mit Frank Sinatra?

B. MAKAROW

## Achse

### China — Südafrika

Viele Jahre hämmern verschiedene Generationen nationalistischer Machthaber den Chinesen ein, sie seien anderen Völkern überlegen. Kein Wunder, daß Shanghai Studenten im letzten Sommer afrikanische Kommilitonen verprügelten. Sie beschimpften sie als „schwarze Teufel“ und riefen ihnen zu, sie sollten doch nach Afrika zurück-

gehen. Die Miliz sah unfähig zu.

Die Verachtung für Afrikaner, wenn auch mit Phrasen von „kämpferischer Solidarität“ und „engem Zusammenschluß“ getarnt, zieht sich auch durch die Außenpolitik Chinas. Das zeigen die sich ausweitenden Kontakte Peking—Pretoria, besonders der Handel. Während 1978 sein Volumen noch 10 Mio Dollar betrug, hat es in den ersten sieben Monaten v. J. bereits 170 Mio Dollar erreicht. Angaben der „Rand Daily Mail“ (RSA) zufolge kauft China Chrom, Nickel, Zinn, Kupfer und andere strategische Rohstoffe in der Republik Südafrika. Und es exportiert nicht nur Bambusspitzen in Dosen, tiefgefrorene Pekingenten und andere Delikatessen. Die RSA-Rassisten erhalten diverse Waffen, Stoffe für Armee- und Polizeiuniformen sowie Handschellen und Zellschlösser.

„Die immer engeren Verbindungen Peking—Pretoria sind die logische Folge des Verrats Chinas am Freiheitskampf“, schrieb Alfred Nzo, Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika. Und ein solcher Verrat ist wohl die logische Folge der Verachtung gegenüber den „schwarzen Teufeln“.

F. JURJEW

A. KOSSENKO

## IN UNGN GEFALLEN



Die USA haben beschlossen, Briefmarken, Postkarten und

Sonderumschläge, rikanische Postmarken Moskauer Olympiade gebracht hat, schleunigst den Verkehr zu zerschlagen. Sowjetische Souvenire jetzt als gefährlich, und fast als anstößig, da sie nicht zur Boy-

## HOFFEN UND

Vor 65 Jahren wurde in einem entsetzlichen Erdbeben bauliche Bauten und Zelte auf vorübergehende Erschütterungen hin Regierungen haben einander Kleinstadt unweit von Rondonia Wohnstätten aus Blöcken halbzerstörten Häusern. Die Bewohner dieser Elendsbecken, das „Domizil“, in dem es sich der Decke, die jeden Augenblick Wänden stopfen wir mit Papier scheint.“

Mit ihrem schweren Laster nicht allein. In Valle del Bello schweres Erdbeben. Bis heute haushungen ohne fließend Wasser.



## Die Schlacht

Fünf Centurion-Panzer zusammen durch die Straßen von Amsterdam. Unter ihrem Schutz eine Polizeikolonie vor. In der Mitte ein Hubschrauber.

Diese größte „Kampfoperation“ dem Weltkrieg folgte, umstand der Obdachlosen, die die Gebäude besetzt halten, zu den Spekulationen der Hubschrauber und die steigenden Mieten geführt, daß in Amsterdam Quadratmeter Wohnraum Die Stadtverwaltung aber 52 000 Wohnungsanträge nicht beschiedenen.

Die Behörden von Amsterdam zügelte die besetzten Häuser doch diesmal waren die Pan-

## HINHALTE MAN ÖVER

An der Brandstelle fünf Minuten vorher zu sein — das ist die traditionelle Devise der Zeitungsreporter. Die Fernsehgesellschaften des Westens haben diese Devise für sich korrigiert: Sie müssen mindestens eine halbe Stunde eher da sein, um ihre TV-Kameras rechtzeitig aufzubauen. Überall die ersten zu sein — so wollen es die Fernsehleute.

Doch nicht immer hat es das Fernsehen eilig — wie das Beispiel der bundesdeutschen Anstalten zeigt. Bereits 1978 war Roman Karmens großartige Dokumentarfilmreihe über den Sieg der Sowjetarmee im letzten Krieg in vielen Ländern angelaufen. Dutzende Länder erwarben sehr bald die Vorführungsrechte für die 20 Folgen dieses Streifens. Doch die bundesdeutschen TV-Bosse zögerten... Dann begannen die TV-Anstalten eine nach der anderen ihre Uninteressiertheit an einem Ankauf des Films zu zeigen. Doch die bundesdeutsche Öffentlichkeit, die zu Recht den TV-Bossen politische Voreingenommenheit vorwarf, war empört.

Die Unzufriedenheit konnte nicht mehr ignoriert werden. Man erklärte, der Film werde gezeigt werden — allerdings nur im dritten (Regional-)Programm. Doch wann?

Kürzlich verlautete, das Filmwerk werde erst 1981, zudem in gekürzter Fassung, laufen. Überdies solle jede Folge kommentiert werden, damit die bundesdeutsche „Geschichtssicht“ nicht „zu kurz kommt“. Kein Wunder: Um diesem Dokumentarstreifen etwas „entgegenzustellen“, braucht man fürwahr viel Zeit — und wenig Gewissen.



Weißes Haus gegen die Olympischen Sommerspiele passen. Alle Olympia-Editionen sollen vernichtet werden. Hier sehen Sie eine in Ungnade gefallene Marke.

Die Sondermarken zur Moskauer Olympiade waren normalerweise Ausdruck einer Politik der Normalisierung. Daß sie nun aus dem Verkehr gezogen und vernichtet werden, ist Ergebnis einer Politik der Unvernunft.

M. NADJESH DIN

## HARREN...

Die Kleinstadt Pescina dei Marsi von gesuchten. Ihre Einwohner, die sich Baracken dachten damals, das alles sei eine Sache hat es zwei Kriege gegeben, viele öst. Doch die meisten Einwohner der Stadt nach wie vor in feuchtkalten provisorischen Sperrholz, in baufälligen Baracken und der Wochenzeitung „Oggi“ zitierte einen Mann, Lorenzo Monacelli. So beschreibt er sein Leben zugebracht hat: „Es tropft von den Wänden, und die Löcher in den Wänden. Es ist warm, nur wenn die Sonne

die Einwohner von Pescina dei Marsi zitierte sich vor 12 Jahren ebenfalls ein 20 000 Menschen in provisorischen Baracken, ohne elementare kommunale Leistungen. Doch die Unternehmer ignorieren bei der Vergabe von Baukontrakten die Tragödie der Obdachlosen. Lieber stecken sie ihr Geld in den Bau oft sinnloser, doch einträglicher Objekte. Und so entstehen eine teure Autostrada, die zu noch nicht bestehenden Ortschaften führt, ein ständig leerstehendes Stadion mit 40 000 Plätzen... Die Obdachlosen aber, meinen die Baumagnaten, sollen sich nach wie vor in Geduld fassen.

V. IWANOWSKI

## n Amsterdam



bedurften die 6000 Obdachlosen auf, unverfügbaren. Barrikaden wurden errichtet —

G. BORISSOWA

Fotos aus „Oggi“ (Italien) und „International Herald Tribune“ (USA)

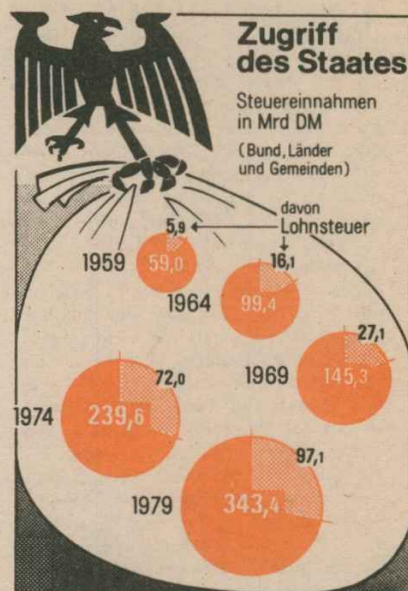
## STEUERN UND RÜSTUNG

1979 bezahlten die Bundesbürger 343,4 Md. DM Steuern — 6mal soviel wie vor 20 Jahren. Die Einkommensteuern sind in diesem Zeitraum um das 16fache gestiegen und haben 97,1 Md. DM erreicht — wie das Schaubild aus „Unsere Zeit“ verdeutlicht.

1980 werden wegen der Anhebung der „Verteidigungsausgaben“ auch die Steuern steigen.

Die Gewerkschaften appellierten an die Bevölkerung, nicht mehr zuzulassen, daß Unsummen für die Aufrüstung verschwendet werden. Sie errechneten, daß der Bau allein eines Kriegsschiffes so teuer kommt wie 16 000 neue Wohnungen und man statt der Anschaffung von 250 modernen Panzern Arbeitsplätze für alle erwerbslosen Schulabgänger schaffen könnte. Unterdes hat Bonn beschlossen, 1. Md. DM zusätzlich für die Bundeswehr bereitzustellen.

L. SMIRNOWA



## KRIEGSSPIELE

Früher spielte man Roulette oder Monopoly. Jetzt werden den Amerikanern andere Spiele offeriert. So wird im Nachrichtenmagazin „Newsweek“ die Werbetrommel gerührt für „Den nächsten Krieg“, für den „China-Krieg“, den „Öl-Krieg“ und andere Kriegsspiele. „Der nächste Krieg“ ermöglicht es, Land-, Luft- und Seeschlachten in Europa nachzustellen, waghalsige Operationen zur Abwehr eines „Angriffs der Ostblockländer auf westeuropäische Staaten“ zu planen. Der Spielsatz besteht u. a. aus fünf detaillierten Karten und zwei Anweisungen von 72 Seiten. Es gibt natürlich auch weniger „aktuelle“ Spiele. So kann man an der Schlacht bei Waterloo teilnehmen,



dabei Napoleon spielen und sogar die Schlacht gewinnen (1).

Erfinder dieses ganz Amerika packenden „Hobbys“ ist James F. Dunnigan, Gründer und Besitzer der Simulations Publications Inc., deren Profite 1970—1979 von 40 000 Dollar auf 2,5 Mio Dollar gestiegen sind. Seine Firma bringt alljährlich mehr als 30 Spiele auf den Markt.

Dunnigans Erzeugnisse sind selbst beim Pentagon sehr gefragt, das einige

„Konfliktsituationen“ in das Ausbildungsprogramm für Offiziere aufgenommen hat. Den Militärs gefällt besonders, daß die meisten Spiele Dunnigans von der gleichen Voraussetzung ausgehen — von der „Aggressivität“ der UdSSR und ihrer Verbündeten, die, da sie die „Schwäche und mangelnde Vorbereitung“ der NATO-Länder spüren, Westeuropa angreifen. Doch es finden sich auch realistischere Szenarios: Die USA besetzen bei der Verteidigung ihrer „lebenswichtigen Interessen“ im Nahen Osten arabische Ölfelder.

Wie steht Dunnigan nun selbst zu seinen Spielen? Er ist da ganz Geschäftsmann. Die Spannungen in der Welt, meint er, lassen sich in eine sprudelnde Profitquelle verwandeln.

G. SIDOROWA



# GEISTIGE WAFFE DER ARBEITERKLASSE

Dr. phil. habil. Juri KRASSIN

Die Geschichte des sozialen Denkens kennt nicht wenig politische und philosophische Lehren, die zu Lebenszeiten ihrer Urheber heftig umstritten waren, dann aber total vergessen wurden, und nur noch Fachleute wissen etwas davon. Um den Leninismus steht es anders. Jahre vergehen, aber über seine historische Bedeutung wird noch immer leidenschaftlich diskutiert.

Woher rührt dieses Interesse? Vor allem daher, daß, wie es im Beschluß des ZK der KPdSU „Über den 110. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins“ heißt, diese Lehre „treffend und genau die Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen, die Bedürfnisse des weltweiten sozialen Fortschritts zum Ausdruck bringt, richtige Antworten auf die akutesten, lebenswichtigen Gegenwartsfragen ermöglicht, herangereifte Probleme kühn, schöpferisch lösen lehrt und mit der wissenschaftlichen Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven wappnet“.

## Der Marxismus der Gegenwart

Es ist nur natürlich, daß die Lehre, die die geistige Waffe der Arbeiterklasse und aller revolutionären Kräfte unserer Zeit bildet, im Mittelpunkt der ideologischen Auseinandersetzung steht. Die bürgerlichen Ideologen und die Theoretiker des Opportunismus sehen im Leninismus die größte Gefahr für ihre apologetischen Konzeptionen, dazu dienend, die Interessen der Reaktion zu wahren und die Menschheit von dem Weg abzubringen, den die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Entwicklung des Sozialismus eröffnet haben.

Die stursten unter ihnen behaupten entgegen der realen Geschichte, die Praxis hätte Lenins Ideen nicht bestätigt. Andere polemisieren nicht so grob. Einige versichern z. B., die Ausmaße der gegenwärtigen revolutionären Bewegung zwängen dazu, „über den Rahmen des Leninismus“ hinauszugehen. Es wird also gefordert, ihn durch andere Strömungen des sozialen Denkens zu „ergänzen“.

Aber was alle ideologischen Gegner des Leninismus vereint: Sie leugnen, daß er als Ideologie und Politik der Arbeiterklasse universal ist. Immer wieder hört man das alte Lied, der Leninismus sei Ausdruck nur der speziellen, einmaligen Verhältnisse des Rußland von Anfang des 20. Jahrhunderts. Man holt erneut die verstaubte „Doktrin der Rückständigkeit“ aus der Versenkung hervor, der zufolge Lenins Lehre die Ideologie der revolutionären Kräfte schwachentwickelter Länder, je-

doch nicht auf die Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzuwenden sei. Erneut wird dazu aufgerufen, „zu den Quellen“ zurückzukehren und die „westlichen Traditionen“ des Marxismus zu beleben.

Dem Leninismus wird die Lehre Marx' gegenübergestellt. Lenins Ideengut sei, hören wir, eine „voluntaristische Deutung“ des Marxismus, dessen Anpassung an die Randgebiete der kapitalistischen Welt.

Auf diese Weise wird die Dialektik von Kontinuität und Neuerertum in der Entwicklung des Marxismus-Leninismus verzerrt. Die Kritiker am Leninismus stellen seinen schöpferischen Charakter als den Bruch mit Marx' Lehre, als die Abkehr von deren wichtigsten Ideen hin. So behaupten die bürgerlichen und reformistischen Ideologen, der starke Akzent, den der Leninismus auf die Rolle der politischen Kräfte in der Revolution, auf die führende Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse setzt, sei nichts anderes als eine Revision der „marxistischen Theorie von der Wirtschaftsentwicklung“.

In Wirklichkeit betreffen die Unterschiede darin, wie Marx und Lenin das Verhältnis von Objektivem und Subjektivem im revolutionären Prozeß behandelten, nicht die Prinzipien der marxistisch-leninistischen Theorie; vielmehr sind diese Unterschiede ein Ausdruck für die Unterschiede in den Aufgaben, denen sich die Arbeiterbewegung auf ihren sukzessiven Entwicklungsetappen gegenüber sah. In seinen bekannten Briefen vom historischen Materialismus aus den 90er Jahren lehnte Friedrich Engels die vulgären Vorstellungen des „ökonomischen Materialismus“ ab und stellte fest, daß er und Marx im 19. Jahrhundert objektiv vor der Hauptaufgabe standen, die Richtigkeit der materialistischen Auffassung der Geschichte zu beweisen. Deshalb befaßten sich diese großen Denker vor allem damit, die bestimmende Rolle der objektiven historischen Notwendigkeit, der ökonomischen Basis aufzuzeigen.

Die Praxis der revolutionären Bewegung stellte Lenin eine etwas andere Aufgabe. Die objektiven wirtschaftlichen Voraussetzungen für die sozialistische Revolution waren in der Epoche des Imperialismus reif; das erforderte eine tiefe, allseitige Behandlung der Frage nach der politischen Bereitschaft der Massen zu dieser Revolution, nach der Rolle der marxistischen Partei im Kampf um den Sozialismus. Doch bei der Erläuterung des revolutionären Prozesses ging Lenin stets von der materialistischen Auffassung der Geschichte,

von Marx' ökonomischer Theorie aus. Entgegen den Behauptungen der Kritiker ist der Leninismus, wie die Praxis zeigt, unlöslich mit den Quellen, mit dem ideologischen Erbe von Marx und Engels verbunden. Das Neue, das Lenin in den Marxismus hineingetragen hat, ist nicht eine Abkehr von Marxschen Ideen, sondern deren schöpferische Entwicklung, ermöglicht durch das marxistische gedankliche Erfassen und die Verallgemeinerung der historischen Erfahrungen einer neuen Epoche: der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Objektiv untergräbt der Wunsch, zwischen Leninismus und Marxismus eine Scheidewand zu errichten, einen Eckstein der marxistischen Weltanschauung: deren organische Verbundenheit mit dem praktischen revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, mit der Geschichte der Befreiungsbewegung. Was wäre in der Tat der Marxismus ohne den Leninismus? Ein Marxismus, an dem eine ganze historische Epoche des revolutionären Ringens für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, eine Epoche der gigantischen Aufbauarbeit, als deren Ergebnis der reale Sozialismus entstanden ist, vorbeigegangen wäre.

Was bliebe dann vom Marxismus übrig? Er wäre dann nicht die geistige Waffe der Arbeiterklasse zur qualitativen Veränderung der Welt, sondern eine abstrakt philosophische Doktrin, höchstens für Stubengelehrte von Interesse. Der Leninismus ist nicht eine vom Marxismus unterschiedliche Lehre, sondern der Marxismus der jetzigen Epoche, der die Welt umgestaltet und sich auf der Grundlage der zusammengefaßten revolutionären Erfahrungen weiterentwickelt.

Der Slogan „Rückkehr zu den Quellen“ wird übrigens meist dazu mißbraucht, dem Marxismus-Leninismus sein revolutionäres Wesen zu nehmen. Die „Rückkehrer“ kümmern sich da wenig um die Logik. So wird die Idee der Diktatur des Proletariats an den Leninismus geknüpft und die Behauptung aufgestellt, sie widerspiegele nur die Bedingungen schwachentwickelter Länder. Dabei wurde die These von der politischen Herrschaft des Proletariats schon von den Begründern des Marxismus formuliert, und zwar vor allem im Hinblick auf die westeuropäischen Länder.

## Warum verkleiden sie sich als Marxisten!

Bisweilen bringt man die „westliche Tradition des Marxismus“ mit Rosa



Luxemburg und Antonio Gramsci in Zusammenhang. Den Anhängern dieses Standpunktes macht es nichts aus, daß weder Rosa Luxemburg noch Antonio Gramsci je den Anspruch darauf erhoben, eine besondere Richtung im Marxismus zu vertreten. Mehr noch, Gramsci betonte seine Treue zum Leninismus und verband seine Gedanken an die Besonderheiten des Klassenkampfes und der sozialen Revolution in Westeuropa mit dem Namen und den Ideen Lenins. Gramsci fragte: „Werden die italienischen Revolutionäre und Kommunisten die russischen Bolschewiki nachahmen?“ Seine Antwort lautete: „Ja, aber nur in der klassenmäßigen Unversöhnlichkeit, in der genauen, sachlichen Analyse der italienischen Ereignisse...“ Kein anderer als Lenin wiederholte auf den Kominternkongressen, daß man die Erfahrungen des Bolschewismus nicht unbesehen auf die Länder Westeuropas übertragen dürfe. Dort seien die Situation, die soziale Klassenstruktur und das Verhältnis der Klassenkräfte anders. Deshalb müsse sich auch die Strategie der kommunistischen Parteien in diesen Ländern von der Strategie der Bolschewiki in Rußland unterscheiden. Nennt man diese Spezifik die „westliche Tradition des Marxismus“, so muß man zugeben, daß diese auf Lenin zurückreicht.

Weit verbreitet ist unter den Kritikern des Leninismus die Konzeption eines „Pluralismus von Marxismen“. Auch damit wird das Ziel verfolgt, das Universale der Lehre Lenins abzustreifen. Im besten Fall wird der Leninismus als eine Variante des Marxismus unter anderen interpretiert, die mit Bernstein, Kautsky, Trotzki und Mao Zedong verbunden sind. Die Vertreter des „Pluralismus von Marxismen“ denken kaum an die historische Wahrheit und übersehen gern, daß Bernstein und Kautsky im Lager der Feinde der internationalen Arbeiterklasse landeten. Es stört sie auch nicht, daß die vulgär-subjektivistische Entstellung des Marxismus durch Trotzkiisten und Maoisten die theoretische Rechtfertigung für eine abenteuerliche Politik liefert, die dem wissenschaftlichen Kommunismus großen Schaden zugefügt hat.

Da der Marxismus heute einen enormen Einfluß hat, sind seine Gegner nicht abgeneigt, diesen Einfluß im eigenen Interesse zu benutzen. Schon 1913 schrieb Lenin: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden.“ Später, 1915, verwies er noch auf das internationale Bestreben der Theoretiker der Bourgeoisie, den Marxismus „durch Milde“ zu töten, ihn in der Umarmung zu ersticken. Sie deuten ihn auf eine Weise, die mit dem Marxismus nichts zu tun hat. Als Wissenschaft und revolutionäre Ideologie ist der

Marxismus-Leninismus eins und unteilbar, wenn er auch — je nach konkrethistorischen Bedingungen — schöpferisch angewandt werden muß.

In diesem Zusammenhang sei auf die Haltlosigkeit der Versuche hingewiesen, den Leninismus als ein starres ideologisches Schema darzustellen. So schrieb Bettino Craxi, politischer Sekretär der Italienischen Sozialistischen Partei: „Wie alle Formen des Kommunismus ist der Leninismus dem Ideal einer einheitlichen, ganzheitlichen, undifferenzierten Gesellschaft untergeordnet.“ Wir wollen nur daran erinnern, daß Lenin solcherart versimpelte Ansichten der linken Doktrinäre scharf kritisierte. Er verhöhnte ihre primitiven Schemata und sagte voraus, daß jede Nation in die sozialistische Umgestaltung der verschiedenen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens ihre Eigenart hineintragen werde. So schrieb er: „Nichts wäre theoretisch jämmerlicher und in der Praxis lächerlicher als sich ‚im Namen des historischen Materialismus‘ in dieser Hinsicht die Zukunft grau in grau vorzustellen.“ Bei der Charakteristik des geistigen Lebens der künftigen Gesellschaft hob Lenin hervor, daß der Sozialismus „die ‚Differenzierung‘ der Menschheit im Sinne von Reichtum und Mannigfaltigkeit des geistigen Lebens und der ideellen Strömungen, Bestrebungen und Schattierungen ... millionenfach steigern“ werde.

### Universalität des Leninismus

Die Kritiker des Leninismus machen vor nichts halt. Selbst die Tatsache, daß Lenin eine herausragende Persönlichkeit war, wird dazu benutzt, die universale Gültigkeit seiner Lehre abzustreiten. Henri Besançon, stellvertretender Direktor der Ecole Supérieure des Sciences politiques (Paris), erklärt, der Unterschied der Bolschewiki von allen politischen Strömungen könne „durch ein einziges Wort — Lenin — ausgedrückt werden“. Die Betonung liegt hier darauf, daß der Leninismus einmalig, nicht wiederholbar sei.

Solche Erwägungen sind Sophistiken, denn vor allem ist es unrechtmäßig, Lenin als Persönlichkeit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der gegenwärtigen Epoche, die in seiner Tätigkeit und seiner Lehre Niederschlag gefunden haben, gegenüberzustellen. Ja, Lenin ist ein Genie des theoretischen Denkens und des politischen Handelns des 20. Jahrhunderts. Seine ausgesprochene Individualität prägte alle Ereignisse, an denen er teilnahm, die gesamte revolutionäre Geschichte unseres Jahrhunderts. Doch zeigte sich Lenins Genie gerade darin, daß er in seiner Lehre und praktischen Tätigkeit ungewöhnlich tiefgründig die Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aufzeigte. Hierin liegt die unvergängliche internationale Bedeutung des Leninismus.

## 22. April — 110. Geburtstag W. I. Lenins

Eine weitere Tendenz besteht darin, den Leninismus in eine Methode zur Beurteilung der Wirklichkeit umzufunktionieren, eine Methode, die nicht Anspruch darauf erhebt, die Hauptzüge und -gesetzmäßigkeiten der Gegenwart theoretisch zu widerspiegeln. Ob die Anhänger solcher Ansichten es wollen oder nicht, aber auch sie berauben den Leninismus seines realen Inhalts. Man braucht sich nur die Frage zu stellen, was „reine“ Methode ohne Theorie bedeutet. Darauf gibt es nur eine einzige Antwort: Eine solche Methode wäre hohle Phrase. Die Stärke von Lenins Methode liegt darin, daß sie im Rahmen einer einheitlichen Lehre unlöslich mit einer Theorie zusammenhängt, die die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten einer Epoche zeigt, „in der sich der Übergang von der kapitalistischen sozialökonomischen Formation zur neuen, kommunistischen Zivilisation vollzieht. Ebendeshalb liefert diese Methode den Revolutionären Ausgangspunkte für die Analyse der Gegenwart, für die schöpferische Ausarbeitung und Anwendung von Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes.

Schließlich besteht ein Lieblingstrick der Gegner des Leninismus darin, ihn zu kanonisieren und Lenins Werk auf ein Zitatbüchlein zu reduzieren. Dann ist diese Lehre tot, denn aus ihr wird die lebendige Seele des Marxismus — die Dialektik — herausgeschält. Eine solche doktrinäre Entstellung steht im Gegensatz zum schöpferischen Geist des Leninismus.

Als wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse und aller Werktätigen darf der Leninismus heute nicht außerhalb der großen schöpferischen theoretischen Arbeit betrachtet werden, die die KPdSU und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien leisten. In den Dokumenten dieser Parteien wird der Leninismus — durch Zusammenfassung der Erfahrungen aus der revolutionären Umgestaltung der Welt unter den heutigen Verhältnissen — auf eine höhere historische Stufe gehoben.

Als eine Lehre, die sich weiterentwickelt, ist der Leninismus eine scharfe ideologische Waffe in den Händen der revolutionären Parteien der Arbeiterklasse. Ebendeshalb wollen die bürgerlichen Ideologen die kommunistische Bewegung um jeden Preis vom Leninismus trennen. Prof. Walter Laquer (USA) schreibt bekümmert: „Bisher kennt man keinen einzigen Fall des Übergangs einer leninistischen Partei auf die Positionen des demokratischen



Sozialismus.“ Dieser Theoretiker und seine Gesinnungsgenossen spekulieren auf die sogenannten eurokommunistischen Tendenzen und drängen die kommunistischen Parteien dazu, den Leninismus abzuschwören. Voller Hoffnung schreibt R. Tiersky, ein weiterer USA-Theoretiker: „Man darf nicht die Möglichkeit völlig ausschließen, daß eine kommunistische Partei neuen Typs — weder leninistisch noch sozialdemokratisch — entsteht.“ Zur Gründung von Parteien, die „die alte Leninsche Konzeption der ‚Leitung‘ der Massen durch die Partei überwinden“, ruft auch der Renegat F. Claudin auf, der aus der KP Spaniens ausgeschlossen wurde. Der Zweck der Übung ist klar: Das Aufgeben des Leninismus würde die kommunistische Bewegung an der Wurzel kappen. Ohne den Leninismus wäre eine kommunistische Partei nur noch eine Partei ohne die revolutionäre internationalistische Ideologie. Sie würde ihres Wesens als Avantgarde der Arbeiterklasse verlustig gehen und zu einer Partei reformistischen Typs herabsinken. Indessen liegen die von Lenin ausgearbeiteten ideologisch-theoretischen, politischen und organisatorischen Prinzipien auch heute dem Wirken der revolutionären Parteien der Arbeiterklasse zugrunde und helfen ihnen, zu kämpfen und zu siegen.

Ein Hauptprinzip der marxistischen Methodologie ist die Beurteilung ideologisch-politischer Strömungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Der Marxismus-Leninismus faßt theoretisch die revolutionären Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse zusammen. Dieses klassenmäßige Herangehen, das einigen Ideologen viel zu eng scheint, sichert gerade die Breite und Wissenschaftlichkeit der marxistisch-leninistischen Theorie, weil die Arbeiterklasse kraft ihrer Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion imstande ist, konsequent für den Sozialismus zu kämpfen: Ihre Grundinteressen entsprechen maximal dem Gang der Geschichte. Folglich bieten auch die revolutionären Erfahrungen der Arbeiterklasse die größten Möglichkeiten, den historischen Prozeß wissenschaftlich zu erklären.

Der Marxismus-Leninismus entwickelt sich im heftigen ideologischen Kampf gegen andere theoretische Konzeptionen: Das ist ein Entwicklungsgesetz der Ideologie in der Klassengesellschaft, in der alle sozialen Erscheinungen unweigerlich vom Klassenstandpunkt eingeschätzt werden. Doch ist den Marxisten eine negativistische und hochmütige Einstellung zu den nichtmarxistischen fortschrittlichen Strömungen des sozialen Denkens fremd. Die Marxisten polemisieren gegen sie, kritisieren an ihnen die eine oder andere enge Auffassung, sind jedoch bestrebt, Sinn und Logik dieser Strömungen zu erkennen.

In der Welt von heute kommt es zu komplizierten Prozessen der ideologischen Gärung, die die Probleme und Widersprüche der weltweiten Freiheitsbewegung widerspiegeln. Der Leninismus genießt einen zunehmenden Einfluß, aber auch nichtmarxistische Strömungen des demokratischen sozialen Denkens tauchen auf und gewinnen an Ansehen. Einige davon stehen dem Marxismus nahe bzw. fühlen sie sich von ihm angezogen. In hohem Maße ist das auf tiefe Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein nichtproletarischer Bevölkerungsschichten zurückzuführen, und diese Wandlungen treten unter den Einfluß der marxistisch-leninistischen Ideen und der Erfahrungen des realen Sozialismus ein. Es erstarkt die Tendenz zu einer spontanen, meist inkonsequenten marxistischen Weltanschauung bei vielen bedeutenden Wissenschaftlern und Politikern im nichtsozialistischen Teil der Welt.

Der universale Charakter des Marxismus-Leninismus als fortschrittliche wissenschaftliche Theorie, die die Interessen der progressivsten Klasse vertritt, liegt nicht darin, alle anderen Strömungen des sozialen Denkens einfach abzulehnen, sondern darin, die Überlegenheit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus bei der Lösung der auftretenden gesellschaftlichen Probleme real zu beweisen. Der universale Charakter des Marxismus-Leninismus liegt ferner darin, daß in seinem Rahmen der ganze Reichtum der gesellschaftlichen Praxis tieferschöpfend theoretisch erfaßt und folglich auch der positive Inhalt nichtmarxistischer fortschrittlicher Theorien und Vorstellungen, die den antiimperialistischen Kampf widerspiegeln, kritisch verarbeitet wird. Das ist eine der Methoden, im Leninismus die vielfältigen und widersprüchlichen Erfahrungen der Gegenwart zu verallgemeinern.

Heutzutage verbreiten sich im Westen unterschiedliche futurologische Theorien. In der soziologischen und gesellschaftlich-politischen Literatur der westlichen Länder mangelt es nicht an pessimistischen Voraussagen über den Niedergang der Zivilisation. Es gibt auch Theorien, die eine rosige Zukunft ausmalen. Doch hat die bürgerliche Futurologie insgesamt die Schwäche, von utopischem Charakter zu sein. Deshalb sind alle diese Theorien nichts als Einflugsfliegen; sie entstehen rasch, um ebenso rasch zu verschwinden, ohne merkbare Spuren zu hinterlassen. Nur der Leninismus als Ideologie der fortschrittlichen Klasse der Epoche — der internationalen Arbeiterklasse — stellt, da sie auf die vielfältigen und dynamischen Erfahrungen des realen Sozialismus gestützt ist, die Philosophie der Zukunft dar, die auf wissenschaftlicher Grundlage die Wege des menschlichen Fortschritts zeigt. Deshalb ist der Leninismus unvergänglich.

Fangen wir mit ein bißchen Statistik an. Offiziell wurden die USA 1970 von 435 000 Chinesen bevölkert. 1973 nannte UPI die Zahl 860 000. US-Vizepräsident Walter Mondale, der im August v. J. Peking aufgesucht hatte, meinte, in den Vereinigten Staaten lebten mehr als 2 Millionen Bürger chinesischer Abstammung.

## Liebabgeln mit der Bourgeoisie

In der chinesischen Minderheit in den USA ist die bourgeoise Schicht stark vertreten. Natürlich konnten weitaus nicht alle Gelbhäutigen aus den übevölkerten Gettos, den Chinatowns ausbrechen, die es praktisch in jeder amerikanischen Großstadt gibt. Zehntausende chinesische Arbeiter stehen neben anderen Nationalitäten an Werkbänken und Fließbändern. Ihr ganzes Kapital besteht aus fixen Händen und Fleiß. Sie werden genauso ausgebeutet wie weitere Einwanderer aus Asien und Afrika. Andererseits aber tauchen immer mehr chinesische Namen in den Listen der Geschäfts- und Industriefirmeninhaber des Landes auf. 1972 zählten die USA beispielsweise 13 000 derartige Firmen und Betriebe mit einem Gesamtjahres-einkommen von 1,2 Md. Dollar. Bis in jüngster Zeit waren sie besonders in solchen Bereichen aktiv wie Nahrungsmittel- und Leichtindustrie sowie Dienstleistungen. Jetzt jedoch vollzieht sich eine rasche Absonderung der chinesischen Großbourgeoisie, die ihre Hände in den Finanzen, im Bauwesen, im Maschinen- und Gerätebau und in der Elektronik hat. Noch vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen VR China—USA hatten viele dieser Unternehmer intensive Handels- und Wirtschaftskontakte zu China in Gang gebracht. Bis 1977 wurde ihre Tätigkeit vom Nationalrat für US-China-Handel (NCUCT) koordiniert. Bezeichnenderweise gehören von den rund 400 Firmen dieser Organisation über 100 gelben Emigranten, und unter den Leitern des NCUCT sind viele ethnische Chinesen. 1977 entstand in New York die Ostamerikanische China-Handelskammer, der so achtbare Geschäftsleute wie Lloyd Feng (Feng Jinfan) und Ye Nan vorstanden, die man durch ihre Verbindungen zu Peking kennt. 1979 vereinte die Organisation bereits über 100 Firmen. Gemeinsam drängten NCUCT und Ostamerikanische China-Handelskammer Washington dazu, der VR China einseitig die Meistbegünstigung im Handel einzuräumen.

Mitte 1979 wurde in San Franzisko die Vereinigte Chinesische Handels-



# VON CHINATOWN ZUR LOBBY?

Valentin ISTRIN

kammer gegründet. Mit ihrer Hilfe und über ihre Filialen in allen Großstädten mit chinesischer Bevölkerung wollen die pekingfreundlich gesinnten chinesischen Geschäftsleute alle Unternehmer zusammenschließen, von denen ein Teil bislang noch nach Taiwan äugt.

Pekingfreundliche Vereinigungen der chinesischen Bourgeoisie in den USA fördern bereits heute in nicht geringem Maße das anspruchsvolle „Programm der vier Modernisierungen“ (Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Militärtechnik), das bis Ende des Jahrhunderts ein starkes militärökonomisches Potential zur Intensivierung des Kampfes für die Welthegemonie Chinas bereitstellen soll. Die VR China ihrerseits hat unlängst eine China International Trust and Investment Corporation (CITIC) etabliert. Einer ihrer ersten Abschlüsse wurde mit der Eaton-Shen Pacific Corporation getätigt, die Amerikanern chinesischer Abstammung gehört. Diese Firma investierte 150 Mio Dollar in die chinesische Industrie. Höher wird auch die Decke der aus den USA als Überweisungen von den unzähligen Verwandten und Bekannten eingehenden Devisen. Makler beim Transfer millionenstarker Summen wurden Banken in Hongkong wie Kinchong Banking Corpo-

ration, Nanyang Commercial Bank und China and South Sea Bank.

## Emsige Bienen

Von Journalisten stammt der Vergleich, die chinesische Auslandsbourgeoisie sei wie ein emsiges Bienenvölkchen, das in der ganzen Welt Devisennektar für die Peking Finanzwaben sammle. Dieser Vergleich gilt auch für das wissenschaftlich-technische Personal der Amerikaner chinesischer Herkunft. Etliche Jahrzehnte schon fliegen diese „weisen Bienen“ eifrig Know-how nach China ein. Man denke nur an die Rolle jener Wissenschaftler bei der Entwicklung des Pekinger Kernraketenprogramms, die aus Amerika in die VR China zurückkehrten.

Besondere Hoffnungen setzt Peking heute auf seine „weisen Bienen“, da es die Modernisierung der Militärtechnik und der sie versorgenden Zweige der Industrie, Wissenschaft und Technik zu den vorrangigsten Aufgaben rechnet. Die Pragmatiker müssen einräumen, daß das politische Tauziehen der letzten zwei Jahrzehnte den Forschungsarbeiten einen ungeheuren Schaden zugefügt hat. Sie hoffen, den modernen Weltstand in Wissenschaft und Technik zu erreichen, indem sie

sich auf den Westen, vor allem auf die USA, stützen. Bereits auf dem XI. Parteitag der KP Chinas im August 1977 verlaubliche Außenminister Huang Hua: „...Wir müssen von den USA die Leistungen in der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technologie sowie auch die Kunst der Wirtschaftsleitung übernehmen.“

Ein Informationskanal sind natürlich offizielle Kontakte zwischen wissenschaftlichen Institutionen der VR China und der USA. Doch möchte man in Peking keineswegs, daß eine eventuelle politische Abkühlung in den amerikanisch-chi-

nesischen Beziehungen (und die ist durchaus nicht ausgeschlossen) auf Umfang und Bedeutung der aus Übersee eingehenden wissenschaftlichen und technischen Daten Einfluß nehme. Allem Anschein nach sollen Chinesen, die in praktisch allen Bereichen der amerikanischen Wissenschaft und Technik beschäftigt sind, zu solchen stets offenen Quellen werden.

Unter den ethnischen Chinesen in den USA besteht eine starke Schicht der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. 1970 gab es 1700 chinesische Fachleute für elektronische Datenverarbeitung. Von fast 9000 Ingenieuren waren 510 Fachleute für Luft- und Raumfahrt, 530 für Chemie, 2610 für Elektrogeräte und Elektronik, 2300 für Zivilbauten. Im gleichen Jahre übten 5064 Chinesen Lehrtätigkeit und wissenschaftliche Arbeit an Universitäten und Colleges aus. 1976 stieg ihre Zahl auf 7000.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre nahm die Zahl der hochqualifizierten chinesischen Fachkräfte rasch zu. Colleges und Universitäten nehmen mit jedem Jahr mehr bereits naturalisierte ethnische Chinesen auf. Außerdem hocken in den USA Studenten aus Taiwan, aus Hongkong und den Ländern Südostasiens, die nach Bildungsabschluß nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen. In den letzten 30 Jahren kamen jährlich durchschnittlich je 2000 hochbegabte Studenten aus Hongkong und Taiwan an die Hochschulen. Fast alle 60 000 blieben in den USA. Kaum jemand zweifelt daran, daß der Löwenanteil der vielen Taiwaner und Hongkonger Studenten, die heute an US-Hochschulen ausgebildet werden, ebenfalls nicht zurückkehren wird. Sie alle zu „weisen Bienen“ zu machen, ist die Aufgabe der Helfer Pekings unter amerikanischen Hochschuldozenten.

Sehr aktiv ist seit 1977 in den USA die National Association of Chinese-Americans, die vom Nobelpreisträger für Kernphysik Yang Zhenning ins Leben gerufen wurde. Der Verein will alle Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz chinesischer Abstammung erfassen. Viele seiner Mitglieder haben nach dem 1971 aufgehobenen Verbot von Besuchsreisen in die VR China ziemlich langfristigen Aufenthalt in ihrem Heimatland genommen, um ihm bei der Ausbildung von wissenschaftlich-technischem Personal und bei der gemeinsamen Forschungsarbeit zu helfen. Bis 1979 hatten ein paar hundert namhafte amerikanische Wissenschaftler China besucht. Yang Zhenning z. B. hielt sich seit 1971 Jahr für Jahr in China auf, wo er am Forschungs-

Der Nobelpreisträger für Physik, US-Staatsbürger Li Zhengdao (rechts außen) fühlt sich in der Mao-Kluft ausgezeichnet. Er ist wieder einmal in Peking, um die „vier Modernisierungen“ zu fördern.

Aus „China Reconstructs“ (VR China)





stitut für Hochleistungsphysik und an der Fudan-Universität in Shanghai arbeitete. Der gleichen Beschäftigung gehen in der VR China auch andere bekannte amerikanische Wissenschaftler chinesischer Abstammung nach: die Nobelpreisträger für Physik Li Zhengdao und Ding Zhaozhong sowie viele andere führende Spezialisten. Sie erarbeiten für die Peking Führung Empfehlungen zur Verbesserung der Struktur von Wissenschaft und Technik. Auf Betreiben Yang Zhenning beschloß die Akademie der Wissenschaften der VR China beispielsweise, der theoretischen und Grundlagenforschung in Mathematik und Kernphysik, ohne die es bei der Entwicklung von Kernwaffen und Weltraumraketen-technik nicht abgeht, stärkere Beachtung zu schenken.

Anfang 1979 wurde im US-Staat Virginia eine weitere pekingfreundliche Organisation amerikanischer Immigrantwissenschaftler gegründet, das „Amerikanisch-chinesische Komitee zur Förderung wissenschaftlich-technischer Kontakte“. Sein Leiter war ein ehemaliger Mitschüler Mao Zedongs, der Mediziner Li Zhengpian. Das Komitee beschäftigt sich mit dem Austausch von Informationen und Wissenschaftlern zwischen den USA und der VR China im Bereich der Mathematik, Physik, Astronomie, Chemie, Energiequellen, Datenverarbeitung, Ingenieurwissenschaft, Meeresforschung. Man kann sich leicht denken, daß dieser Austausch bei der

heutigen Entwicklung der chinesischen Wissenschaft recht einseitig verläuft.

In den USA erscheint seit kurzem die Zeitschrift „Aus Wissenschaft und Technik“ in chinesischer Sprache mit einer Auflage von 30 000. Sie wird nur in der VR China unter Führungskadern, Wissenschaftlern, Ingenieuren und Militärs verbreitet. Zu den Redaktionsmitgliedern gehören Yang Zhenning, Chen Shengshen, Mathematikprofessor an der Universität von Kalifornien in Berkeley, und Tian Changlin, Dekan der Ingenieurakultät der gleichen Hochschule, sowie andere namhafte US-Wissenschaftler. Die Zeitschrift referiert die wertvollsten Materialien von Forschungszentren und Lehranstalten der USA.

Die chinesische Führung, die den dringenden Bedarf an qualifiziertem wissenschaftlichem und technischem Personal empfindet, hat eine breit angelegte Kampagne eingeleitet, um Wissenschaftler aus anderen Ländern zur Rückkehr in die VR China zu bewegen. Im Vorjahr fand in Peking die zweite Gesamtchinesische Konferenz von Repatriantenvertretern statt. Anwesend waren viele aus den USA zurückgekehrte Fachleute, die heute an den Forschungszentren der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Gesellschaftswissenschaften, an der Pekinger Universität, am dortigen Polytechnischen Institut Qinghua und an anderen führenden Wissenschaftseinrichtungen arbeiten. Die

Konferenz rief zu intensiveren Anstrengungen auf, um Auslandschinesen zur Beteiligung am „Programm der vier Modernisierungen“ heranzuziehen und ihre Rückkehr nach China zu erreichen. In diesem Zusammenhang wurde ausführlich die Schaffung besonderer Bedingungen für Rückkehrer-Wissenschaftler erörtert.

## Die Lobby kommt

Die chinesische Gemeinde in den USA ist schon heute ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Washingtoner Administration widersetzt sich den „besonderen Beziehungen“ Pekings zu den ethnischen Chinesen keineswegs, sondern fördert sie sogar und verschließt die Augen davor, daß wertvolle wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Informationen, darunter von militärischer Bedeutung, „durchsickern“. Die mit Peking sympathisierenden Wissenschaftler chinesischer Abstammung und Firmen der chinesischen Bourgeoisie haben sich zu einem guten Kanal entwickelt, über den die VR China mit Technik und Technologien versorgt wird, zu deren offenem Verkauf man sich bislang nicht entschließen kann.

Angesichts der fortdauernden Annäherung zwischen Peking und Washington, der verstärkten Koordinierung ihrer internationalen Aktivitäten kann die Rolle der chinesischen Gemeinde in den USA sehr schnell zunehmen. Gefördert wird das von dem raschen natürlichen Zuwachs der ethnischen Chinesen sowie der legalen und illegalen Emigration aus der VR China. Zu verzeichnen ist auch eine verstärkte politische Aktivität der China-Amerikaner. Neue pekingfreundliche Organisationen werden gegründet, die enge Kontakte zu der unlängst eingerichteten Botschaft der VR China in Washington, zu den Konsulaten in San Francisco und Houston, zur ständigen UNO-Vertretung der VR China in New York unterhalten. Einige amerikansiche Chinesen sprechen bereits vom Entstehen einer „chinesischen Lobby“, die Druck auf den Kongreß und die Verwaltung ausüben und für Peking vorteilhafte Beschlüsse durchbringen soll. Immer mehr Fakten bezeugen das Bestreben der Pekinger Politiker, die chinesische Gemeinde in ein starkes Druckmittel auf die öffentliche Meinung und Regierungsämter der USA zu verwandeln. Entspricht das den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten? Diese Frage beantworten viele Amerikaner mit Nein.

## BIOGRAPHISCHES



Prem Tinsulanonda wurde am 26. August 1920 in der Provinz Songkhla (Südthailand) geboren. Nach Beendigung der Offizierschule Chulachomklao in Bangkok besuchte er das Stabskommandeurs-

### MINISTERPRÄSIDENT THAILANDS PREM TINSULANONDA

College des Heeres und das Nationale Verteidigungscollege Thailands sowie die Panzerschule des Heeres in Fort Knox (USA).

Von 1952 bis 1973 bekleidete er verschiedene Posten im Heer. 1974 wurde er zum Befehlshaber des 2. Wehrkreises (Nordosten) ernannt, 1977 zum Berater des Befehlshabers des Heeres. Er gehört dem am 20. Oktober 1977 an die Macht gelangten „Revolutionsrat“ an. In der später gebildeten Regierung war er stellvertre-

tender Innenminister.

Seit Oktober 1978 war General Tinsulanonda Befehlshaber des Heeres und Chef des Operativkommandos für innere Sicherheit. Im Mai 1979 wurde er zum Verteidigungsminister ernannt. Im Oktober 1980 sollte er mit Erreichen der Altersgrenze (60 Jahre) alle militärischen Funktionen abgeben.

Am 3. März wählte die Nationale Legislativversammlung (Parlament) Prem Tinsulanonda zum Ministerpräsidenten.





Leonid MEDWEDKO

Im Iran nimmt die antiimperialistische Revolution unter Islamlosungen ihren Fortgang: In Wirtschaft und Politik wird der amerikanische Neokolonialismus ausgerodet, eine Reihe fortschrittlicher Umgestaltungen wird vorgenommen. Zu gleicher Zeit versuchen im benachbarten Afghanistan Agenten des Imperialismus und konterrevolutionäre Kräfte, mit der gleichen Flagge getarnt vorzugehen. In engem Bündnis mit den Pekinger Hegemonisten und mit der Moslemreaktion wollen sie unter der grünen Fahne des Islams einen „heiligen Krieg“ gegen alles anzetteln, was den ehrlichen Moslems immer heilig und teuer war.

Durch einen reinen Zufall sind diese widersprüchlichen Geschehnisse zu einem bedeutsamen Zeitpunkt in der Geschichte des Islams eingetreten: zu seinem 1400jährigen Bestehen nach der Hedschra, dem mohammedanischen Mondkalender (1357 nach dem Sonnenkalender). Diese Zeitrechnung begann im Jahre 622, als der Begründer des Islams, Mohammed, aus Mekka nach Medina floh (Hedschra bedeutet Auswanderung, Flucht).

Viele Historiker meinen, Mohammeds Predigten hätten aus zwei Gründen so stark gewirkt: Erstens wurde mit dem Übertritt zu dem neuen Glauben die Feindseligkeit gegen die reiche, feudalisierte Stammesspitzen-schicht, gegen die Kaufherren und Wucherer ausgedrückt.

Zweitens entsprach dieser Glauben dem Einheitsstreben der Araberstämme und predigte Gleichheit und Brüderlichkeit. Später allerdings wurde das moslemische Glaubensbekenntnis in der orientalischen Feudalgesellschaft allmählich eine Stütze der Monarchie, der

sozialen Unterdrückung und des Obskurantismus.

Mit widersprechenden Ursachen wird auch die jetzige „Wiedergeburt des Islams“ erklärt. Einerseits ist sie ein Ausdruck der antiimperialistischen Solidarität der Moslemvölker in ihrem Kampf für die völlige nationale Befreiung und für soziale Gerechtigkeit. Dieser Vorgang widerspiegelt (wie wir schon in Heft 43/79 feststellten) letztlich nicht so sehr ein Interesse für die Religion als solche wie vielmehr ein Stärkerwerden dieser Tendenzen in der islamischen Bewegung. Andererseits sucht man ihn für den Neokolonialismus und Hegemonismus auszuschlachten, ihn in einen rein nationalistischen und religiösen Rahmen zu zwingen und den fortschrittlichen demokratischen Kräften entgegenzusetzen.

### Ein uraltes Dilemma

Seit der Islam besteht, ist er von Kämpfen zwischen zweien seiner Hauptrichtungen — den Sunniten und den Schiiten —, zwischen verschiedenen Schulen und zahlreichen Sekten zerrissen. Vom Standpunkt der Moslemgeistlichkeit bestand die Hauptursache der Zersplitterung und der Gegensätze in der verschiedenen Auslegung des Korans und des Schariats, des religiösen Gesetzbuches. Vom Standpunkt der Geschichte liegen der Zersplitterung, dem Bestehen verschiedener Strömungen des Islams wie bei allen anderen Religionen teils nationale, meistens aber soziale Gegensätze zugrunde. Da der Islam zur Zeit seiner stürmischen Verbreitung den qualvollen Übergang zum Feudalismus im Nahen Osten erleichterte, war er unter den geschichtlichen Verhältnissen der Gentil- und Stammesordnung positiv zu werten. In den

späteren Stadien aber suchten die Ausbeuter, ihn ihren eigennützigen Interessen dienstbar zu machen. Deshalb ist in den verschiedenen Auslegungen und Kommentaren zum Koran immer wieder betont, daß die Gläubigen sich der Macht fügen müssen und daß die soziale Ungleichheit vom Propheten gewollt sei.

Je heftiger aber der Klassenkampf wurde, desto öfter wurden dem Islam entlehnte Losungen zu dem Zweck ausgegeben, der Bewegung für soziale und nationale Befreiung ein religiöses Gepräge zu verleihen.

Diese Doppelrolle des Islams stellt eigentlich noch jetzt ein Dilemma dar, und der Kampf der verschiedenen Richtungen um die Entscheidung für den einen oder den anderen Weg nimmt erbitterte Formen an. Die Imperialisten, die Feudalherren und die rechtsstehenden Kreise der Bourgeoisie versuchten immer und oft nicht ohne Erfolg, den Islam gegen die nationale Freiheitsbewegung und den sozialen Fortschritt ins Feld zu führen. Auch heutzutage bemühen sich die Neokolonialisten und ihre Handlanger, den Islam in den Dienst der Reaktion zu stellen.

### Zukunftsglaube

Die reaktionären Kräfte, die sich durch ihre Kollaboration mit dem Imperialismus in Mißkredit gebracht haben, können den Islam nicht mehr ganz für sich mit Beschlag belegen. Unter seinen Fahnen kämpften breite Volksmassen wiederholt gegen Besatzer und die einheimischen Ausbeuter in ehemaligen Kolonien und Halbkolonien (Ägypten, Algerien, Syrien, Libyen) oder in freigeordneten Ländern mit abhängigem Kapitalismus (im Iran).

Ein großer Teil der Bevölkerung der Moslemländer faßt das Bekenntnis zum Islam noch jetzt nicht nur als eine Form auf, ihren Patriotismus zu äußern, sondern auch als Protest gegen nationale Unterdrückung und als Grundlage für den Glauben an eine bessere Zukunft.

Die revolutionären Demokraten in Algerien, in der VDR Jemen, in Syrien, Libyen und Afghanistan, wo bei einem großen Teil der Bevölkerung religiöse Vorstellungen noch tief verwurzelt sind, erläutern ihr die fortschrittlichen sozialen Wandlungen, namentlich die Verteilung von Gutsländereien unter die landlosen und landarmen Bauern, anhand des Islams. Das findet Verständnis und Unterstützung bei den werktätigen Massen und bei vielen Priestern, und so helfen sie denn, Propaganda für die sozialistische Orientierung zu machen und sie in die Tat umzusetzen.

Der verstorbene algerische Präsi-



dent Boumédiène z. B. wies die Übereinstimmung der Bodenreform mit den Grundsätzen des Islams nach und stellte fest, daß sich keine einzige religiöse Bestimmung gegen eine gerechte Bodenverteilung richtet. Im Gegenteil, im Koran heißt es: „Die Menschen besitzen gemeinsam das Feuer, d. h. die Energie, und die Weidelandereien, d. h. den Boden und das Wasser.“ Der neue Präsident der Algerischen VDR, Bendjedid, richtete folgende Worte an die reaktionären Kräfte: „Niemand hat ein Recht, Algerien den Islam zu lehren, der eine fortschrittliche, auf sozialer Gerechtigkeit fußende Religion ist.“

Der Kampf zwischen den entgegengesetzten Tendenzen in der islamischen Bewegung wird auf sozialer und auf politischer Ebene ausgetragen. Je heftiger er wird, desto klarer scheiden sich die Kräfte sowohl in den Moslemländern als auch international. Die Marxisten-Leninisten sind nicht nur für Solidarität und für ein Kampfbündnis mit den werktätigen Moslemmassen, sondern sie leisten den Ländern und Völkern, die für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen, eine tatkräftige Hilfe.

Die Ausbeuterklassen suchen ihre Privilegien mit Hilfe der Religion zu rechtfertigen und in Schutz zu nehmen. Sie vereinigen sich mit Kreisen der Geistlichkeit, um die Massen mit vereinten Kräften vom Kampf gegen die Unterdrückung abzubringen. Das liegt natürlich im Interesse der Neokolonialisten.

In Kolonialkriegen spielten die Imperialisten, um die Einnahme fremden Gebiets zu rechtfertigen, eine Religion gegen die andere aus. Unter den neuen Verhältnissen ändern sie ihre Taktik. Ohne die alten Methoden, z. B. das Anstiften religiöser Fehden, aufzugeben, schlagen die Neokolonialisten Brücken zwischen Religionen zur gemeinsamen „Verteidigung gegen die Atheisten“. Schlimmstenfalls drücken sie sogar ein Auge bei antiimperialistischen Losungen zu, wenn diese nur durch einen Antikommunismus und Antisowjetismus aufgewogen werden. Die Behauptung mancher religiöser Würdenträger und Politiker, der „Kommunismus des Ostens“ sei für die Moslemländer ebenso gefährlich wie der „Kapitalismus des Westens“, ist letztlich Wasser auf die Mühle der Neokolonialisten und steuert den Islam ins Fahrwasser der Reaktion und Konterrevolution. Der moderne Imperialismus plante ja gerade, die Moslemstaaten von der sozialistischen Welt zu trennen. Deshalb reichen die christlichen Imperialisten den mohammedanischen Reaktionären die Hand. Mit Hilfe des Islams

möchten sie die nationale Freiheitsbewegung unpolitisch machen, mit Hilfe der Religion möchten sie einen Keil zwischen die Entwicklungsländer und die sozialistischen Staaten treiben.

### „Schützer“

Die Imperialisten werfen mit Worten wie Religion, Glauben und Gott um sich und stellen die Klassengegensätze, namentlich den größten von ihnen — den zwischen Sozialismus und Kapitalismus —, als einen Kampf zwischen Glauben und Unglauben, zwischen Sittlichkeit und Unsittlichkeit hin.

Viele Ajaten und Suren des Korans, von denen eine „Die Heuchler“ überschrieben ist, enthalten die Warnung, sich Lügnern nicht anzuvertrauen, die sich für tugendhafte Freunde und Verbündete des Islams ausgeben. Diese Suren klingen besonders aktuell bei den jetzigen Beurteilungen westlicher Politiker, daß ihnen das Geschick der Moslems am Herzen liege.

Noch vor gar nicht langer Zeit ließ Washington Drohungen und Flüche gegen die Moslems los. Brzezinski und vor ihm Kissinger ziehen die Moslemvölker aller Todsünden, nannten sie Feinde der westlichen Zivilisation und gaben ihnen die ganze Schuld an den endlosen wirtschaftlichen Mißständen im Westen. Es ist symbolisch, daß Brzezinski, als er auf der Landkarte eigenhändig den „Instabilitätsbogen“ einzeichnete, ihn als Halbmond darstellte und die meisten Moslemländer einbezog. In diesen sieht Washington eine potentielle Gefahr für den Westen. Vielleicht deshalb versucht Präsident Carter jetzt, die Region in die „Verantwortlichkeitszone“ der NATO, in die Sphäre aufzunehmen, in der die USA und andere imperialistische Staaten „Lebensinteressen“ haben.

Man errät unschwer, was für Interessen gemeint sind. Die ausgedehnte Region mit größtenteils mohammedanischen Bewohnern ist für die Imperialisten vor allem als Ölreservoir und strategischer Bereitstellungsraum interessant.

Der Islam mit seiner grundlegenden Idee, daß sich der Mensch in sein Los schicken müsse, paßte den Kolonisatoren, solange sie ihnen half, Moslemvölker zu unterjochen und in Botmäßigkeit zu halten. Sie ändern ihr Verhalten zu einer Religion (auch zum Islam) aber völlig, wenn sie sich ihnen von einer neuen Seite zeigt. Wenn unter Islamlosung antiimperialistische und antizionistische Aktionen beginnen, wie das in Libyen und dann im Iran der Fall war, dann treten die Imperialisten einen Kreuzzug an und sehen

im Islam eine tödliche Gefahr für die westliche Zivilisation. Wenn aber Konterrevolutionäre das Banner des Islams, sei es in Ägypten unter Präsident Nasser oder im heutigen Syrien, zu entrollen suchen, dann werfen sich die Imperialisten sofort zu Verbündeten und sogar zu Schützern des Islams auf. So einen Versuch, das Volk irrezuführen, hat die neokolonialistische Allianz im Zusammenhang mit der iranisch-amerikanischen Krise und der Vernetzung eines konterrevolutionären Komplotts gegen Afghanistan gemacht.

### Neokolonialistische Allianz

In der jetzigen Situation im Iran und in Afghanistan wie auch im arabisch-israelischen Konflikt und in der Libanonkrise haben die imperialistischen Kreise und die einheimische Reaktion gezeigt, daß sie in Wirklichkeit Feinde der Moslems sind. Seit mehr als 30 Jahren inspirieren die USA Israels aggressive, rassistische und auf Völkermord ausgerichtete Politik gegen arabische Länder und sind dabei seine Komplizen. Schon monatelang führen mit Kernwaffen bestückte US-Flugzeugträger und -Flugzeuge an der Küste des Irans und der arabischen Ölländer am Persischen Golf eine Machtdemonstration durch.

Wie sich die internationale Juristenkommission, die in Teheran war, überzeugen konnte, haben amerikanische Fachleute und Berater dem Schah Hilfsdienste geleistet, als er Hunderttausende iranische Patrioten in Kerkern foltern und liquidieren ließ.

Gemeinsam mit den Pekingern Hegemonisten strengen sich die amerikanischen Imperialisten an, die Aprilrevolution in Afghanistan zu diskreditieren und schließlich abzuwürgen. Einen Minierstollen legte der blutrünstige CIA-Agent Hafisullah Amin, der Taraki, den ersten Präsidenten der DR Afghanistan, und Tausende Afghanen, darunter viele angesehene Moslempriester, auf dem Gewissen hat. Religiöse Fanatiker werden in Nachbarländern von amerikanischen, chinesischen und ägyptischen Instrukteuren bewaffnet und ausgebildet und dann in Afghanistan eingeschleust.

Nachdem die amerikanischen „Spezialisten“ aus dem Iran hinausgesetzt worden sind, haben sich viele von ihnen in Pakistan eingestellt und leiten von dort aus den Kampf gegen das demokratische Afghanistan. Das hat die Untersuchung wegen der Geschehnisse vom 21. bis zum 23. Februar in Kabul unumstößlich ergeben. Die Imperialisten, die chinesischen Hege-



monisten und die Moslemreaktion sind schuld daran, wenn jetzt in Afghanistan Lehrer ermordet werden, weil sie Mädchen unterrichtet haben; Frauen, weil sie sich des Schleiers entledigten; Bauern, weil sie einwilligten, frühere Gutsländereien zu übernehmen; Arbeiter, weil sie einen Sohn oder Bruder in der Regierungsarmee haben. Von der imperialistischen Propaganda werden die Mörder wirkliche Moslems und ihre Opfer Abtrünnige genannt.

Anfang Februar sprach Präsident Carter persönlich bei einem Treffen von Vertretern der Islam-Fakultäten und ließ durchblicken, worum es den Imperialisten zu tun ist. Er fiel

arabischen und der Islamländer durch die Kräfte des Imperialismus und Zionismus angenommen hat. Diese haben es ja auf die Ölschätze des Nahen und Mittleren Ostens abgesehen, drohen dem Iran eine Blockade an, tragen zum Fortdauern der Besetzung arabischer Lande durch Israel bei und verhindern, daß das Volk Palästinas in seine legitimen Rechte eingesetzt wird.

### Was fürchtet der Westen!

Die Völker der Moslemländer durchschauen immer mehr, was mit der geheutelten Besorgnis der Imperialisten und ihrer Handlanger um den Islam bezweckt wird. Sie

Wie die Außenminister der arabischen Länder, die der Nationalen Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes angehören, in einer kürzlichen Erklärung betont haben, durchschauen die arabischen und die Islamländer genau die Absicht der Neokolonisatoren, die „islamische Karte“ auszuspielen, um die Hetze gegen die UdSSR und die DR Afghanistan aufzuheizen.

„Die Entscheidung über den Schutz des Islams fällt nicht in Afghanistan, sondern in Palästina, in Jerusalem und im Libanon, wo Moslems mit amerikanischen Waffen und von amerikanischen Flugzeugen aus getötet werden“, sagte in einem Interview für „Al-Safir“ (Libanon) der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Syriens, Khaddam. „Die USA wollen die Islamländer im Interesse ihrer globalen Strategie zum Kampf gegen die UdSSR ausnutzen. Zugleich werfen sich die imperialistischen Kreise mit viel Geschrei zu Schützern des Islams auf, um die revolutionäre Bewegung der Moslems, die u. a. in der iranischen Revolution zutage getreten, ist abzuwürfen.“

Das Besondere an der jetzigen Phase der nationalen Freiheitsbewegung, die manchmal die Fahne des Islams entrollt, besteht darin, daß sie sich nicht nur gegen den Imperialismus, sondern allmählich auch gegen die eigentlichen Grundlagen des Kapitalismus richtet. Der in letzter Zeit heftiger gewordene Konflikt zwischen dem kapitalistischen Westen und dem mohammedanischen Osten ist ein deutliches Merkmal der ideologischen und moralischen Krise des Neokolonialismus, denn dem Kapitalismus, der noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit den Islam als seinen Verbündeten ansah, wird faktisch das Vertrauen entzogen. Und gerade das schreckt den Westen offenbar so sehr an dem Prozeß, der manchmal als Wiedergeburt des Islams bezeichnet wird.

Es ist also begreiflich, wie sehr die Versuche, die „Wiedergeburt des Islams“ der Vergangenheit zuzuwenden und ihn den fortschrittlichen Bewegungen von heute entgegenzusetzen, den Interessen der Moslemvölker zuwiderlaufen. Dieser Prozeß der Wiedergeburt ist im Grunde genommen eine Form der Ablehnung des Neokolonialismus, und deshalb ist er in seiner Fortschrittlichkeit nicht zu trennen von der Beteiligung der mohammedanischen Volksmassen am antikolonialen und antikapitalistischen Kampf und von der Festigung des Kampfbündnisses mit allen Teilen der antiimperialistischen Front.



Massendemonstration gegen die USA vor deren Teheraner Botschaft  
Foto: TASS

in die Klagelieder über Amin ein, für die neue afghanische Führung aber fand er, ebenso wie die anderen westlichen „Schützer“ des Islams, kein gutes Wort. Dabei hat doch gerade die Regierung Karmal die früheren Fehler wiedergutgemacht und knüpft Beziehungen zur Geistlichkeit an, ja sie beweist mit Taten, daß sie den Islam achtet. In Kabul und in den anderen Städten Afghanistans findet der Gottesdienst in den Moscheen ungehindert statt. Allen Ulema und Stammes-scheichen, die im Ausland sind, ist die Heimkehr gestattet, falls sie sich nicht am Volk vergangen haben. Unantastbarkeit der Person und das Recht religiöser Betätigung sind ihnen garantiert.

Mit massivem Druck haben die imperialistischen Kreise der Ende Januar in Islamabad abgehaltenen Sondertagung der Islamkonferenz bekanntlich eine Debatte über die „afghanische Frage“ aufnötigen können. Es sei aber daran erinnert, daß die Konferenz eine Resolution nicht nur zu dieser aus der Luft gegriffenen Frage, sondern auch eine über die wirkliche Bedrohung der

wissen aus eigener Erfahrung, daß die Imperialisten immer die Feinde der Moslemländer waren und es auch jetzt sind und daß ihnen die UdSSR und die anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft im antiimperialistischen Kampf zur Seite stehen.

Die Zeitung „Al-Mouwazzaf“, die in Libyen erscheint, wo der Islam als ein Ausdruck der staatlichen Ideologie gilt, erteilt den Verleumdern eine Abfuhr, die behaupten, die UdSSR trete gegen den Islam auf. Sie erinnert daran, daß in der UdSSR „Millionen Moslems leben, die alle Rechte genießen und sich frei zum Islam bekennen“. Und weiter: „Die für Freiheit und Unabhängigkeit, gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpfenden Völker finden bei der UdSSR immer Hilfe und Unterstützung, während Amerika sich immer gegen die Grundsätze des Islams wandte, seine Heiligtümer zerstörte und so gut wie in allen arabischen und mohammedanischen Ländern mit Waffengewalt den Glauben und die Erhabenheit des Islams zu erschüttern suchte.“



# AN DER DATUMGRENZE

Juri SPAKOW

Wer aus Australien oder aus Suva, der Hauptstadt von Fidschi, nach Samoa fliegt, der erlebt eine Überraschung. Nach der Landung auf dem Rasenflugplatz Faleolo bei Apia, der Hauptstadt von Westsamoa, ist er wieder am gestrigen Tag. Samoa ist nämlich von den meisten anderen Südseestaaten durch die internationale Datumgrenze getrennt. Wenn man z. B. Dienstag aus Sydney abfliegt, kommt man in Faleolo am Montag an.

## Das Kreuz des Südens

Die Beach Road ist die Hauptstraße von Apia, der Hauptstadt und wichtigsten Hafenstadt von West-



Das Parlament Westsamoa ist im Stil der samoanischen Behausungen gebaut

samoa. Sie zieht sich an der flachen grünen Küste hin und unterscheidet sich kaum von den Hauptstraßen vieler anderer Hauptstädte der Südseestaaten. Eine Unmenge kleiner Läden mit japanischen und Hongkonger Exportartikeln: Transistorradios, Fotokameras und Perlenschmuck. Straßenhändler, die ihre Waren — primitive Basteleien aus Kokosnußschalen, kleine Körbe und aus Muscheln geschliffene Perlen — auf der Erde oder auf Matten ausgelegt haben.

An den Rändern der fliegenden Basare werden nicht den Touristen, sondern den Samoanern Bataten, Papayas, Zuckerrohr, Ananas und manchmal auch in Matten gewickelte Hühner und Ferkel angeboten. „Exotischere“ Speisen wie Tomaten oder Mohrrüben bekommt man be-

stenfalls in einer der wenigen Gaststätten auf der Beach Road.

Am belebtesten ist aber wohl der Seehafen, der die Inseln verlässlicher als der mit Rasen bewachsene Flugplatz Faleolo mit der übrigen Welt verbindet. Den Kapitän des Hafens, den aus Australien stammenden Mr. Plouman, kennt in der Stadt jeder. Er kam nach dem zweiten Weltkrieg, nachdem er jahrelang Kapitän eines Minenräumfahrzeugs gewesen war, heiratete die Tochter eines Häuptlings und ist geblieben.

„Das kleine Volk ist seit unvorstellbaren Zeiten und wahrscheinlich für immer mit dem Meer verbunden“, sagte er zu mir. „Früher ankerten hier in Apia meistens Schiffe der Nachbarländer Neuseeland, Japan und Australien. In den letzten Jahren kommen aber auch Schiffe unter sowjetischer Flagge. Häufige Gäste sind die Fahrgastschiffe ‚Fjodor Schaljapin‘ und ‚Leonid Sobinow‘. Hin und wieder laufen Forschungsschiffe und Schüttgutfrachter Apia an.“

Dieser Hafen liegt am Nordufer von Upolu, einer der beiden großen Samoa-Inseln, und hat eine bequeme Lagune, einen ganz modernen Pier und große Speicher für Kopra, Kakao und Nutzholz, die wichtigsten Exportartikel Westsamoa.

Die Samoaner werden die Wikinger der Südsee genannt. Bei den Völkern Polynesiens gelten sie schon lange als die tüchtigsten Seefahrer und Schiffbauer. Bereits im Altertum konnten ihre reichlich mit Haifischtran geschmierten Boote bis zu 300 Personen aufnehmen und dabei eine Stundengeschwindigkeit von 15–16 km entwickeln. Die Seefahrer orientierten sich nach dem Kreuz des Südens. Jetzt zieren dessen fünf Sterne die Flagge des Landes, das den Weg der Unabhängigkeit eingeschlagen hat.

Hier nennt man neben dem Meer die Kokospalme den größten Reichtum der Inselgruppe. Die meisten Deviseneinkünfte bringt die Kopraausfuhr. Die Leute haben nicht vergessen, wie hier früher der multinationale Konzern Unilever hauste: Er kaufte für einen Pappentiel Tausende Tonnen erstklassiger Kopra auf, die ein wertvoller Rohstoff für die

moderne Parfüm-, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie ist. Jetzt verfügen die Samoaner selbst über ihren Reichtum. Samoa exportiert Kopra zu den Weltmarktpreisen. Der unabhängige Staat hat die Sorge für die Kopraproduzenten übernommen. Selbst wenn das Echo der westlichen Wirtschaftskrisen bis hierher dringt, bekommen die Pflanzler für ihre Erzeugnisse einen festen Preis.

Die nächstwichtigste Devisenquelle ist der Fremdenverkehr. Hier gibt es allerdings nicht so erstklassige Touristenkomplexe, wie sie geschäftstüchtige Amerikaner und Japaner in den letzten Jahren z. B. auf Tahiti und Hawaii gebaut haben. Dennoch wird die Republik Westsamoa jährlich von 30 000 bis 40 000 Touristen besucht.

## Beim Tusi-tala

„Wenn Sie nie in Vailima waren, können Sie die Samoaner nicht verstehen“, sagte Plouman zu mir und machte sich erbötig, mich hinzuführen. „Dort hat der berühmte Schriftsteller Robert Louis Stevenson seine letzten vier Lebensjahre zugebracht.“

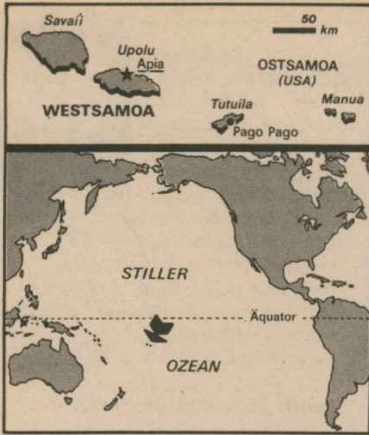
An dem strammen Polizisten am Tor vorbei gehen wir eine schattige Allee entlang und erreichen das hellblau gestrichene einstöckige Haus, das auf einer sonnigen Wiese steht.

„Sehen Sie, wie liebevoll es in Ordnung gehalten wird? Der Inhaber ist ja schon über 80 Jahre tot“, sagte Plouman und wies auf Leu-

## Ein Nationaltanz







te, die fleißig im Garten arbeiteten. Man nannte Stevenson hier ehrfürchtig den Tusi-tala, den Mann, der Geschichten schreibt. Der tapfere Kämpfer für die Rechte der Samoaner ist unvergessen. Diese sind gewöhnt, Gutes mit Gutem zu vergelten. Die Straße, die wir jetzt entlangfahren sind, heißt Straße der Dankbarkeit. Sie wurde von hiesigen Einwohnern aus Erkenntlichkeit dafür gebaut, daß sich Stevenson für das einfache Volk einsetzte. Nur sechs Wochen nach ihrer Fertigstellung mußten die Samoaner von seinem Haus den Weg der Trauer auf den Vaea-Berg legen, wo er zur letzten Ruhe gebettet ist“.

Stevenson und Fanny, seine Frau, ließen sich Ende 1889 bei Apia nieder, als ihn die Ärzte, die sein Lungenleiden behandelten, davon in Kenntnis setzten, daß er nur noch durch einen Aufenthalt auf einer Südseeinsel zu retten war. Als der Held seiner Erzählung „Die Falesa-Küste“, John Wiltshire, sagt, der Anblick der Berge und Wälder und die einzigartige Luft hätten sein Blut erneuert, hat ihm der Schriftsteller wohl die eigenen Worte in den Mund gelegt, denn das Klima Samoas hat sehr gut auf seinen Gesundheitszustand gewirkt.

Drei Jahre nach seiner Ankunft in Apia beendete er seine erste publizistische Schrift, „Eine Fußnote zur Geschichte, acht Jahre Unruhen in Samoa“. Sie beruht auf Dokumenten, Zeugenaussagen und eigenen Beobachtungen und handelt von der tragischen Lage der Bevölkerung, die durch die Ausbeutung und die Schikanen der weißen Eroberer zur Verzweiflung getrieben war. „Man kann hier nicht leben, ohne die Folgen des unerhörten Schaltens und Waltens der Weißen schmerzhaft zu empfinden. Ich habe mich bemüht, mich nicht einzumischen und alles als Außenseiter zu betrachten, aber das ging über mei-

ne Kräfte“, schrieb Stevenson nach Haus.

In Vailima hatte der 44jährige Stevenson am 3. Dezember 1894 einen Bluterguß im Gehirn und starb. Um ihn trauerten nicht nur seine Verwandten, sondern auch seine zahlreichen samoanischen Freunde. Vierzig von ihnen begannen am nächsten Tag im Morgengrauen, den Weg der Trauer ins Tropengrün zu hacken, hinauf auf den Berg, wo er begraben zu werden gewünscht hatte.

Plouman führte mich die Steinstufen der steil ansteigenden Straße hinauf, die von hohen Bäumen beschattet ist. Es wehte salzig vom Meer herauf, in den Bäumen zwitscherten in allen Tonarten Vögel.

„Hier ist es schon viele Jahre verboten, Jagd auf die Vögel zu machen, denn Stevenson hörte ihnen gern zu“, sagte mein Begleiter, als wir das Grabmal erreichten.

Von dort aus hat man einen weiten Ausblick über das Meer mit den schaumumrandeten Riffen, über die Lagune und die Stadt.

### Die Geschichte eines Raubes

Im Jahre 1787 landeten in Samoa Matrosen des Seefahrers Lapérouse. Zum erstenmal trafen da Weiße mit Eingeborenen zusammen, was für die ersten tragische Folgen hatte. Des-



Otsamoa. Ein Hilfesuchender

Fotos des Verfassers

halb nannte Lapérouse die Samoaner tückische Wilde, die „in einem der schönsten Länder der Welt leben“. Die Geschichte davon, wie zwölf französische Matrosen im Kampf mit den Eingeborenen den Tod fanden, verbreitete sich unter den damaligen Seefahrern, und Kapitäne, die Samoa anlaufen wollten, bereiteten sich auf eine Abwehr der „blutdürstigen Wilden“ vor. Wie es sich später herausstellte, hätten sie sich das ersparen können, denn Gäste wurden nie angegriffen, sie

durften nur nicht selbst dazu herausfordern.

Der australische Weltreisende George Bass, der 15 Jahre nach Lapérouse hinkam, fand die Bewohner von Tutuila freundlich und aufgeschlossen, und 22 Jahre nach ihm besuchte der berühmte Seefahrer Kotzebue die Inseln und nannte ihre Bewohner ein „liebenswürdiges, hochdiszipliniertes Volk“. Fast ein Jahrhundert lang waren die einzigen Repräsentanten der europäischen Zivilisation auf Samoa flüchtige Zuchthäuser und Matrosen. Die Eingeborenen nahmen sie freundlich auf und schätzten ihre technischen Kenntnisse, vor allem ihre Fähigkeiten im Umgang mit Feuerwaffen. Später siedelten sich auf Samoa Kaufherren und Missionare aus den USA, aus England und Deutschland an. Die Konsuln dieser Länder mischten sich skrupellos in das Leben der Insulaner ein und sondierten das Terrain für regelrechte Kolonialeroberungen. Eine besondere Aktivität entwickelten die USA. Amerikanische Geschäftsleute waren an der Einrichtung eines Postschiffsverkehrs zwischen San Franzisko und Australien interessiert. Die damaligen Schiffe konnten ohne Zwischenlandungen zur Aufnahme von Kohle solche weiten Strecken nicht zurücklegen.

Die 1871 gegründete Pazifik-Postschiffsgesellschaft wählte für solche Zwischenlandungen den Hafen Pago Pago. Ein Jahr danach konnte der Vertreter Amerikas mit Mauga, dem obersten Häuptling von Tutuila, ein Abkommen schließen, das den USA das Alleinrecht auf Anlegung einer Kohlestation in diesem Hafen gab. Dafür verpflichteten sich die Amerikaner, den Samoanern „die Freundschaft und den Schutz der großen Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika“ zu gewähren.

Anders die deutschen Kolonisatoren. Für hunderttausende Acres Land boten sie nicht „Freundschaft und Schutz“, sondern Feuerwaffen. Bis 1899 war die Inselgruppe zwischen Deutschland und den USA aufgeteilt worden. Die deutschen Kolonisatoren bekamen West-, die amerikanischen Ost-Samoa. Deutschland konnte sich aber nicht lange in diesem „Paradies am Rande der Welt“ halten. Die Armee Neuseelands benutzte den Ausbruch des ersten Weltkriegs, um die deutsche Kolonie auf Samoa zu besetzen. Laut



Völkerbundsmandat fiel Westsamoa 1920 offiziell an Neuseeland. Erst 1962 wurde in Apia die Fahne der Freiheit gehißt. Westsamoa wurde der erste unabhängige Staat der Pazifikinseln. Ostsamoa ist noch jetzt im Besitz der USA.

## Die Inselstrategie

Die etwas mehr als 100 km vom Flugplatz Faleolo zum amerikanischen Marinestützpunkt Tyfoona in Ostsamoa legt das einmotorige Flugzeug in etwa 40 Minuten zurück. Der Fremde, der zum erstenmal dorthin kommt, wird sofort aufgefordert, sich die wunderschönen Aussichten auf der Insel und den Hafen Pago Pago anzusehen. Eine stark mitgenommene und vom Seewind mit einem Salzbelag überzogene Drahtseilbahn bleibt einige Sekunden über der Bucht hängen, steigt dann immer höher und erreicht schließlich den Gipfel des 300 m hohen Berges Alava. Der ausgesucht höfliche amerikanische Fremdenführer weist einen auf die tatsächlich berückende Aussicht auf Tutuila hin und versäumt es auch nicht, auf den Funk- und Fernsehturm aufmerksam zu machen, der auf dem Berge steht („ein Geschenk des amerikanischen Gouverneurs an das Volk von Samoa“, sagt er).

Pago Pago erinnert etwas an ein amerikanisches Provinzstädtchen aus der Zeit der Eroberung des Wilden Westens. Ein Rathaus, die Luxusvilla des Gouverneurs, eine Bank, ein paar Kirchen... Und auf Schritt und Tritt nachdenkliche, harte Männer — Cowboys —, die den Passanten von Reklameschildern unverwandt ansehen. Und überall das Sternenbanner. Es zielt auch die Tafel am Anfang der betonierten Straße, die gleich hinter der Stadt von der Chaussee abzweigt. Darauf steht mit großen Lettern: „Tyfoona, Marinestützpunkt der USA“.

Wie ich später erfuhr, wurde die Drahtseilbahn auf den Alava keineswegs für die wenigen Touristen gebaut, die nach Tutuila verschlagen werden, sondern zur Beförderung von Geräten für die Fernsehstation, die der ehemalige US-Gouverneur Rex Lee bauen ließ. Er wollte die

Inseln mit ihren 30 000 Bewohnern in einen Schaukasten der amerikanischen Präsenz in dieser Region des Pazifiks umwandeln.

„Unsere Inseln sind Modelle der Fortentwicklung auch anderer Gebiete Polynesiens“, sagte mir ein hoher Verwaltungsbeamter. „Die Stammeinwohner von Pago Pago haben die gleichen Rechte wie die Amerikaner. Wir leben hier in Freundschaft und Eintracht.“

Kein Wort über die Abwanderung aus den Dörfern Ostsamoa, darüber, daß die Fälle von Aussatz, Cholera und Tbc zunehmen, und natürlich über die Pläne des Pentagons, in denen Ostsamoa im Zuge der Inselstrategie Washingtons die Rolle eines wichtigsten Stützpunktes angewiesen ist. Diese Strategie zielt bekanntlich darauf ab, die militärische und politische Präsenz der USA in verschiedenen Gebieten des Pazifik aufzustocken.

Um sich in Polynesien stärker festzusetzen, hat Washington auch folgende politische Farce inszeniert. Das Repräsentantenhaus des US-Kongresses bestätigte vor anderthalb Jahren eine Vorlage, laut der Ostsamoa einen Vertreter in den Kongreß entsenden darf, allerdings ohne Stimmrecht, wie eine Klausel der Vorlage besagt.

Die Politik der Kolonialmächte hat auf Samoa ein lastendes Erbe und eine Unmenge ungelöste Probleme zurückgelassen. Eins der wichtigsten für die Bewohner ist nach wie vor die nationale Wiedervereinigung West- und Ostsamoa, die Ende des vorigen Jahrhunderts auseinandergerissen wurden. Aber selbst wenn Ostsamoa unabhängig werden sollte (und nur dann könnte von einer Vereinigung die Rede sein), entstünde ein neues Hindernis. Die Häuptlinge Westsamoa haben einen besseren Stammbaum aufzuweisen, und nach uralter Tradition müßten sich ihnen diejenigen Ostsamoa unterwerfen. Damit schreckt Washington die Ostsamoaaner. Es ist an einer Vereinigung zu einem Einheitsstaat ganz und gar nicht interessiert, denn dann könnte der Einfluß der USA in diesem Raum abgeschwächt werden.

Apia—Pago Pago—Moskau

„Wann wird sie explodieren — in einem halben Jahr oder in anderthalb Jahren? Die Ansichten der Experten hierzu gehen auseinander. Doch sie alle“, konstatierte die französische Wochenschrift „Le Nouvel Observateur“, „stimmen darin überein, daß die pakistanische Atom-bombe fast fertig ist.“

Wie kommen sie dazu?

## Konstruktiv wie destruktiv

„Unsere Kernenergie dient ausschließlich friedlichen Zwecken... Wir entwickeln keine Bombe, wir sind nicht für Nuklearwaffen.“ — das erklärte kürzlich der pakistanische Präsident Zia ul-Haq.

Zweifelsohne hat jedes Land das Recht, die Atomenergie zu entwickeln. Davon spricht auch der Atomsperrvertrag, der vor zehn Jahren in Kraft getreten ist. Dieses Recht wird immer wichtiger in einer Zeit, da die Vorräte der in der Erde liegenden Brennstoffressourcen immer geringer werden und der Energiebedarf ständig zunimmt. Spart ja ein mittelgroßes Atomkraftwerk jährlich nicht weniger als 1,5 Mio t Öl ein.

Doch die Entwicklung der Atomenergie birgt auch eine potentielle Gefahr in sich. Die verbrauchten Reaktorstäbe enthalten Plutonium. Nach der Absonderung in speziellen Aufbereitungswerken kann es als Brennstoff für Atomkraftwerke oder als Sprengstoff für Atombomben verwandt werden — konstruktiv wie destruktiv. Bis zum Jahre 1990 werden die Atomergieanlagen allein der Entwicklungsländer an einem Tag so viel Plutonium erzeugen, daß damit 10 Bomben des Hiroshima-Typs hergestellt werden könnten. Die Gefahr ist groß, daß ein Teil des Plutoniums militärisch genutzt wird. Es ist also dringend erforderlich, den Atomsperrvertrag in jeder Hinsicht zu stärken.

Pakistan hat seine Atomforschungen bereits vor mehr als einem Vierteljahrhundert aufgenommen. 1953 wurde der Ausschuß für Atomenergie gebildet. Dann entstand das Institut für atomare Forschungen und Technologie, wo 1965 ein Forschungsreaktor aus den USA in Betrieb genommen wurde. 1972 nahm ein Energiereaktor aus Kanada seine Arbeit auf. Fachleute wurden in den USA, in der Bundesrepublik und in Kanada ausgebildet und waren dort als Praktikanten tätig. Bereits 1972





# Die Bombe für Pakistan

Wjatscheslaw BOIKOW

hatte Pakistan über 550 Atomenergiewissenschaftler und -ingenieure.

Zu Anfang der 70er Jahre wurde erstmals gemeldet, die pakistanische Führung wolle die gesammelten Erfahrungen und die Atomenergietechnologien für militärische Zwecke nutzen. Trotzdem erklärte sich Frankreich 1976 aus kommerziellen Erwägungen bereit, Pakistan ein Werk zur Aufbereitung atomarer Brennstoffe zu verkaufen.

Islamabad erklärte, es brauche diese Technologie zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Doch das überzeugte die Experten nicht, da die Aufbereitung atomarer Brennstoffe nur dort wirtschaftlich gerechtfertigt ist, wo es ein enges Netz von Atomkraftwerken gibt — Pakistan aber hat nur ein Atomkraftwerk. Auch die hartnäckige Weigerung Islamabads, sich dem Atomsperrvertrag anzuschließen, weckte Skepsis.

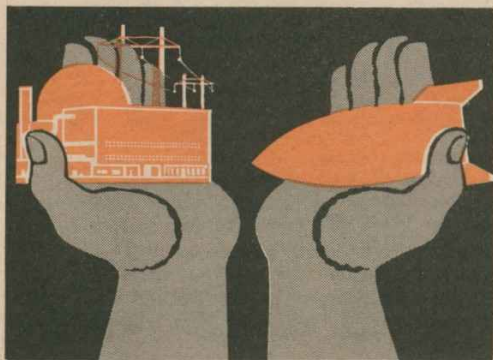
Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit stoppte Frankreich vorübergehend die Erfüllung des Kontrakts und schlug vor, bei der Aufbereitung atomarer Brennstoffe Veränderungen vorzunehmen, die die Produktion reinen Plutoniums unmöglich machen würden. Da sich die Pakistanis weigerten, diese Bedingung zu akzeptieren, wurde der Kontrakt annulliert. Erst später gestand der bereits abgesetzte Premierminister Zulfikar Ali Bhutto ein: Wenn es gelingen wäre, ein Aufbereitungswerk zu errichten, wäre Pakistan eine Atommacht geworden.

## Operation „Zentrifuge“

Im Juli 1978 erklärte der britische Labourabgeordnete Frank Allaun, daß von der Firma Emerson Electrical Controls hergestellte Hochfrequenzwechselrichter nach Pakistan gelangen. Das alarmierte die Fachwelt: Wechselrichter dieses Typs werden in Gaszentrifugen verwendet, mit deren Hilfe Uran angereichert werden kann. Und hochangereichertes Uran kann ebenso wie Plutonium als atomarer Sprengstoff dienen.

Islamabad hat derartige Vermutungen entschieden zurückgewiesen und erklärt, es brauche die Anlage für eine Textilfabrik. Doch wenn dem so ist, warum hat man dann die Wechselrichter insgeheim gekauft? Sie wurden, wie sich herausstellte, bei der Emerson Electrical Controls über die britische Firma Weargate besorgt, deren Aktien zu zwei Dritteln dem Ehepaar Abdus Salam aus Pakistan gehören.

Ähnliche „Liebesdienste“ wurden Islamabad auch von anderen westeuropäischen Firmen erwiesen. Viele Komponenten für die Gaszentrifuge kauften Shell-Niederlassungen in der Schweiz, in Holland, in der Bundesrepublik, in Frankreich und in den USA für Pakistan an. Eine bundesdeutsche Firma spezialisierte sich auf die Beschaffung von Martensit, einer Legierung, aus der superharte Einzelteile von Düsenflugzeugen, Turbinen und ... Zentrifugen hergestellt werden.



Aus einem Buch des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts

Die Experten kamen bei der Auswertung der Informationen über den pakistanischen Import der letzten Jahre zu dem Schluß, daß Islamabad fast alle Hauptelemente einer Urananreicherungsanlage gekauft hat.

Hauptempfänger der Anlage für die „Textilfabrik“ war, wie sich herausstellte, eine Organisation mit Hauptsitz in der Kitson Road 169 von Rawalpindi, geleitet von Brigadegeneral Anis Ali Sayed. Diese Organisation errichtet westlichen Pressemeldungen zufolge ein Geheimobjekt unweit von Rawalpindi. Das Objekt wird der britischen „Sunday Times“ zufolge von einer „Batterie

von Crotale-Luftabwehrraketen bewacht, die mit einem Frühwarnsystem verbunden sind. Mirage-Jäger auf einem nahegelegenen Stützpunkt, die ständig in Kampfbereitschaft sind, steigen sogar dann auf, wenn sich zufällig ein Ausbildungsflugzeug nähert.“

Die Presse wurde noch auf ein weiteres stark bewachtes Objekt in einem der vornehmsten Bezirke von Islamabad, Margalla Hills, aufmerksam. Hier soll sich der britischen Wochenzeitung „Observer“ zufolge in der 29. Straße des Viertels F-8 die Villa des Leiters des Geheimobjekts bei Rawalpindi, des Dr. Abdul Qadar Khan, befinden.

## Dr. Khan und Co.

Die URENCO wurde 1970 von den Regierungen Großbritanniens, der Bundesrepublik und Hollands gegründet. Ihre Aufgabe ist es, atomare Brennstoffe für Atomkraftwerke herzustellen. Das Konsortium verfügt über zwei Aufbereitungsanlagen — in Capenhurst (England) und in Almelo (Holland). Dort findet eine relativ einfache und billige Methode zur Aufbereitung von Urankonzentrat Anwendung.

Abdul Qadar Khan kam 1963 im Alter von 27 Jahren nach Europa. Khan ließ sich an der Technischen Universität von Delft (Holland) immatrikulieren. Dann promovierte er an Belgiens Katholischer Universität in Louvain. 1972 wurde er Mitarbeiter des FDO-Forschungslabors in Amsterdam, das für die URENCO Untersuchungen vornimmt.

Hier war Khan an die vier Jahre tätig. Er erhielt Zugang zu den geheimsten Dokumenten der Urananreicherung und sammelte Informationen über die Lieferfirmen. Ende 1975 wurde er direkt zur Almelo versetzt. Zwei Wochen lang studierte er die Praxis der Uranaufbereitung.

Bald erklärte Dr. Khan, seinen Vorgesetzten, er habe ein „verlockendes Angebot“ erhalten und wolle nach Pakistan zurückkehren. Als er Holland verließ, nahm er laut „Sunday Times“ „eine Beschreibung der Geheimtechnologie, das technische Projekt und eine Liste mit den Einzelteilen einer modernen Versuchszentrifuge“ mit. Nach seiner Rückkehr übernahm Dr. Khan die Leitung bei der Errichtung der Aufbereitungsanlage unweit von Rawalpindi.

Als all das publik wurde, begann die westliche Presse Abdul Qadar Khan als „einen der begabtesten Spione der Gegenwart“ zu preisen. Doch in Wirklichkeit hätte der pakistanische Wissenschaftler kaum



die Geheimnisse der Almelo ohne Hilfe anderer erfahren können.

Warum machte man für ihn eine Ausnahme von den in Holland geltenden Vorschriften, denen zufolge die Bewerber in sicherheitsempfindlichen Bereichen einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden? Hat ja Dr. Khan nur einen Fragebogen ausgefüllt, in dem er angab, er wolle die niederländische Staatsangehörigkeit erwerben und seine Frau, die in Rhodesien geboren ist und einen britischen Paß besitzt, sei holländischer Nationalität. Und auf Grund ausschließlich dieser Angaben wurde er angestellt.

Um die freie Stelle im Labor hatten sich einige westeuropäische Wissenschaftler beworben. Doch Dr. Khan bekam die Laborstelle. Vielleicht verfügte er über außerordentliche Fähigkeiten? Wie Abdul Qadar Khans Doktorvater, Prof. Delay, erklärte, war der pakistanische Wissenschaftler ein qualifizierter, doch „keineswegs exzellenter Fachmann“.

Zugleich gestand ein Vertreter des holländischen Nachrichtendienstes ein, Dr. Khan sei „aus unerklärlichen Gründen und entgegen allen Sicherheitsbestimmungen“ eingestellt worden.

Warum wurde gerade Dr. Khan in das Almelo-Werk geschickt? „Das war ein reiner Zufall“, behauptet ein Leiter des FDO-Labors, Anthony Kuys. Der pakistanische Wissenschaftler soll also rein „zufällig“ Zugang zum geheimen Know-how erhalten haben — obgleich solche Informationen für seine Arbeit als Metallurg nicht direkt notwendig waren. „Zufällig“ setzte das Labor nicht vorschriftsgemäß die URENCO-Chefs von der plötzlichen Ausreise eines Ausländers, der in die Geheimnisse des Atomkonsortiums eingeweiht war, in Kenntnis.

Neben dem Westen vermittelt auch China Pakistan Know-how für die Anreicherung von Uran. Einigen Angaben zufolge unterstützt Peking bereits an die 12 Jahre Islamabad bei Nuklearforschungen. Chinesen sind dem britischen „Daily Telegraph“ zufolge „häufige Gäste in pakistanischen Atomobjekten, einschließlich des Werkes bei Rawalpindi“. Offenbar hat VR China jene Details für die Anreicherungsanlage geliefert, die Dr. Khan und seine Gehilfen nicht auf dem westlichen Markt kaufen konnten.

In all diesen Aktionen sieht der Londoner „Sunday Telegraph“ einen unwiderleglichen Beweis dafür, daß „der Westen zusammen mit China Zia ul-Haq ‚grünes Licht‘ für die Explosion der Bombe gegeben hat“.

# 

## 

### 

обеспечивать (чем?) (кого?) (обеспечить)	gewährleisten
оказываться без дела (оказаться)	ohne Beschäftigung sein
рабочее место	Arbeitsplatz
диплом о высшем образовании	Hochschuldiplom (D. über Hochschulbildung)
ПОРП — Польская объединенная рабочая партия	PVAP — Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
вызывать интерес (вызвать)	Interesse erregen
органы массовой информации	Massenmedien
национальный доход	Nationaleinkommen
возрастать (возрасти)	anwachsen
объем промышленной продукции	Volumen der industriellen Produktion
объем сельскохозяйственной продукции	Volumen der Agrarproduktion
вселяться в квартиру (вселиться)	in eine Wohnung einziehen
преодолевать трудности (преодолеть)	Schwierigkeiten überwinden
на основе (чего?) определять курс (на что?) (определишь)	auf der Grundlage den Kurs bestimmen
вносить предложение (внести)	einen Vorschlag (Antrag) einbringen
созвать конференцию	eine Konferenz einberufen

### 

По свидетельству демографов, Польша — одна из самых молодых стран мира: больше половины ее населения родилось после войны. В 70-х годах в стране возникла сложнейшая социально-экономическая проблема: как обеспечить работой молодое население страны. Случись это в капиталистической стране, миллионы людей оказались бы без дела. Народная власть в Польше успешно решила эту проблему. В стране было создано свыше 2,5 миллиона новых рабочих мест, построено около 450 крупных предприятий. За это же время более 600 тысяч поляков получили дипломы о высшем образовании.

Эти цифры привел в своем докладе на VIII съезде Польской объединенной рабочей партии Первый секретарь ее Центрального комитета Эдвард Герек. Съезд, проходивший недавно в Варшаве, вызвал большой интерес во всем мире. Подводя итоги последнего десятилетия, съезд отметил большие успехи страны в деле строительства социализма. Национальный доход возрос на 85 процентов, объем промышленной продукции увеличился почти в 2,5 раза, а сельскохозяйственной — примерно на 30 процентов. Более четверти всех жителей страны вселились за этот период в новые квартиры. Конечно, были и трудности. Однако, преодолевая их, страна неуклонно шла вперед и VIII съезд ПОРП на основе достигнутых результатов принял новую социально-экономическую программу, в которой был определен курс на новое десятилетие.

С трибуны съезда прозвучал призыв ко всем государствам мира активно бороться за разрядку и было внесено предложение — созвать в Варшаве международную конференцию по вопросу военной разрядки и разоружения в Европе. Созыв такой конференции отвечает интересам всех, кто сознает свою ответственность перед народами.

### 

Случись это в капиталистической стране, миллионы людей оказались бы без дела. Если бы это случилось в капиталистической стране, миллионы людей оказались бы без дела. 1) Знай я об этом раньше, ничего бы не произошло. 2) Приди ты вовремя, мы бы сделали всю работу. 3) Напиши он статью неделю назад, ее бы уже опубликовали. 4) Будь это незначительное событие, его бы не обсуждали так долго в печати.

### 

По свидетельству демографов: возникла сложная обстановка; обеспечить работой население; вызывать интерес; внести предложение.



# DISKUSSION MIT DEM LESER

Präsident Jimmy Carter hat in einer kürzlichen Botschaft an den Kongreß erklärt, er werde den Senat bitten, sich wieder mit SALT II zu befassen. Wenn ich Ihre Presse richtig verstehe, läßt deren Reaktion nicht sehr hoffen. Ist Moskaus Verhältnis zu SALT II etwa abgekühlt?

Joseph WILSON  
Detroit (USA)



Es diskutiert  
Mitglied des  
NZ-Redaktions-  
kollegiums  
Wladlen  
KUSNEZOW

Ich möchte Ihnen versichern, Mr. Wilson, daß sich die Einstellung der Sowjetunion zu SALT II nicht abgekühlt hat, dessen Inkrafttreten nicht nur der UdSSR und den USA, sondern auch der gesamten Menschheit sehr nützlich sein würde durch die Eindämmung der Gefahr eines Nuklearkriegs, des Rüstungswettlaufs in Todeswaffen, durch die Minderung der internationalen Spannungen und die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

Ich verberge jedoch nicht, daß die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß zwiespältige Gefühle auslöst. Die Gründe:

Der Chef des Weißen Hauses hat die Vertragsratifizierung eingefroren, obwohl der Auswärtige Ausschuß des Senats diesem eine positive Analyse übergab. Der Beschluß der Administration wurde als „Bestrafung“ Moskaus interpretiert. Der Präsident sah in der sowjetischen militärischen Hilfe für Afghanistan, die auf Bitten der dortigen legitimen Regierung erwiesen wurde, eine Bedrohung.

Bestraft fühlt Moskau sich nicht, doch die Blockierung des Inkrafttretens des wichtigen Dokuments ist für Moskau bedauerlich. Sollte es nicht ebenso bedauerlich auch für Washington sein? Schließlich ist SALT II kein Geschenk, das ein verärgelter Partner zurückverlangen könnte. An SALT II sind beide Seiten gleichermaßen interessiert. Und wenn die eine die andere „bestraft“ will, so bestraft sie sich doch auch selbst. Washington hat jedoch außerdem noch Millionen Menschen auf der ganzen Welt „bestraft“, die ein Recht haben, darauf zu hoffen, daß die beiden stärksten Nuklearmächte ein Beispiel an Zurückhaltung und gegenseitiger Beschränkung in den Rüstungen geben.

Daß der Vertrag nicht in Kraft tritt, überschattet die ganze internationale Lage und die Verhandlungen zu vielen Abrüstungsthemen. Wenn gegenwärtig bei den Debatten in Wien und Genf auf der Stelle getreten und nicht der gewünschte Effekt erzielt wird, könnte sich das nicht auch aus der Verzögerung der SALT II-Ratifizierung erklären?

Der Vertrag ist von einer solchen Bedeutung, daß sein Nichtinkrafttreten auch unter den günstigen internationalen Voraussetzungen als Verlust empfunden würde. In der jetzigen gespannten Situation aber? Je mehr Besorgnis diese auslöst, desto brennender verspüren wir die Notwendigkeit von Maßnahmen, die die Situation stabilisieren, die allgemeine Sicherheit festigen könnten.

Der US-Präsident erklärt jetzt, die Reduzierung der strategischen Rüstungen habe einen zentralen Raum in den Bemühungen der Administration eingenommen. Weshalb dann, fragt man sich, mußte man sie auf den Hinterhof der Politik verbannen? Der US-Präsident nennt SALT II jetzt einen weisen und weitsichtigen Schritt. Weshalb dann, fragt man sich, wurde ein Schritt weg von dieser Weisheit und Weitsicht getan?

Jetzt zu den Motiven, die die Administration veranlassen, an den Vertrag zu erinnern. Im Weißen Haus kann man es sich nicht leisten, die Stimmung der Öffentlichkeit unbeachtet zu lassen, dazu noch in einem Wahljahr. Meinungsumfragen beweisen unverändert, daß die Steuerzahler keineswegs den Wunsch hegen, den wachsenden

Nuklearkrieg des Pentagon zu bezahlen. Man muß in Washington auch den NATO-Verbündeten Rechnung tragen, die schon einmal mit dem Versprechen einer raschen Ratifizierung betrogen wurden, sofern sie nur der Stationierung neuer US-Nuklearraketensysteme in Westeuropa zustimmen.

Man würde gern glauben, daß Washington sein Versprechen hält. Vieles jedoch veranlaßt, daran zu zweifeln. Das Hin und Her mit der Ratifizierung wird vom Weißen Haus und dem Kongreß dazu benutzt, neue Nuklearwaffenprogramme durchzubringen. Die Wiederaufnahme des Ratifizierungsprozesses wird durch viele Für und Wider, durch die Notwendigkeit, eine „entsprechende militärpolitische Atmosphäre“ zu schaffen und „dringlichere Probleme“ zu lösen, verbaut. Gibt es aber etwas Dringlicheres als die Verhütung einer gegenseitigen Ausrottung durch Kernwaffen?

Skeptisch macht auch die Versicherung Washingtons, man könne ja die Vertragsbedingungen so erfüllen, als sei der Vertrag bereits ratifiziert. Washington wäre wohl dazu bereit, nun solle auch Moskau das seine tun. Die bloße Unterzeichnung eines Dokuments aber genügt nicht. Moskau steht zu den von ihm eingegangenen Verpflichtungen und ist bereit, sie einzuhalten. Ein zwischenstaatlicher Vertrag, ein völkerrechtliches Dokument ist nicht einfach ein Gentleman's Agreement. Es muß alle in solchen Fällen vorgesehenen Verfahren durchlaufen, bis hin zur Ratifizierung.



Ich las von einer internationalen Umweltschutzkonferenz in Moskau, deren Mitorganisator die internationale Handelskammer war. Was ist das für eine Organisation?

J. BIRJUKOW  
Kalinin, RSFSR

Die Internationale Handelskammer (IHK) wurde 1919 auf einer Konferenz in Atlantic City (USA) gegründet. Ihrem Statut nach soll sie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern, Kontakte und Verständigung zwischen Geschäftskreisen fördern. Zur IHK gehören 55 Landeskomitees. Bis 1980 hatten sich jedoch 96 Staaten in der einen oder anderen Form an ihrer Arbeit beteiligt.

1969 wurde ein Kontaktschuß der IHK zu den Handelskammern der sozialistischen Länder gegründet, der 1979 in Ausschuß der IHK und der Handels-

kammern sozialistischer Länder zur Entwicklung der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit Ost-West umbenannt wurde. Ihm gehören Landesausschüsse der Staaten Westeuropas sowie Nordamerikas und Japans an, dazu die Handelskammern der sozialistischen RGW-Mitgliedsländer Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn.

Die internationale Umweltschutzkonferenz war ein weiteres Beispiel für die nützlichen Kontakte zwischen den Ländern des Ostens und des Westens.



# PS

## Frisch von der Leber weg

Jonas Savimbi, der Chef der in Angola aufgeriebenen Gruppierung UNITA, wurde vor kurzem nach Washington eingeladen. Bei der Zentrale für strategische und internationale Studien beteuerte er, daß er den USA noch nützlich sein könne. Ein Zuhörer fragte ihn unverblümt: „Stehen Sie mit der CIA in Verbindung?“ Savimbi antwortete offen: „Ich bat die US-Regierung 1975 um Hilfe, auf welchem Wege ich sie bekäme, ginge mich nichts an. Sogar Stockwell hat mir nie gesagt, daß er bei der CIA ist, es hieß immer nur, er sei eine von Washington geschickte Amtsperson.“ (Stockwell war Verbindungsmann der CIA und machte unlängst Enthüllungen über deren Wühlakte in Afrika, u. a. auch über die Verbindungen der CIA mit Savimbi.)

## Zur allgemeinen Zufriedenheit

Der „Stern“ brachte unlängst ein originelles Foto: Eine Fußball-Elf im Dress und daneben ein Leichenwagen mit dem Vorsitzenden des Sportvereins auf dem Bock. Das ist ein Werbefoto der Bestattungsfirma Pax, und die Abgebildeten sind die „Sportfreunde Oberhausen.“ Auf ihren Fußballhemden sind der Name und die Marke der

Firma — ein Kreuz und zwei Täubchen — zu sehen. Es heißt, das Foto habe sowohl der Firma als auch den Fußballern etwas eingebracht.

## Ravenna in Gefahr!



Ravenna an der Adria war einst die Hauptstadt des westlichen Römischen Reiches und ist jetzt eine vergessene arme Verwandte Roms. Es ist schwer gefährdet: Seit 30 Jahren senkt es sich um 5–10 cm, schon stehen die Keller vieler Häuser unter Wasser, berühmte Baudenkmäler können zugrunde gehen. Schuld ist wahrscheinlich die intensive Erdgasgewinnung — aus Ravenna kommen 70% der Gasausbeute ganz Italiens. Für die Rettung der Stadt hat die Regierung aber kein Geld. Auch der kürzliche Generalstreik mit einer entsprechenden Forderung hat bisher nichts gefruchtet.

## Seit Sherlock Holmes heruntergekommen

„Scotland Yard: Raub, Betrug, Bestechung“ — so

charakterisiert der „Spiegel“ die britische Kriminalpolizei. Er hätte auch Mord und Totschlag hinzufügen können. Nach einer Schilderung, wie der Liverpools Arbeiter James Kelly von Polizisten derart mißhandelt wurde, daß er auf dem Weg ins Krankenhaus starb, fährt der „Spiegel“ fort: „Der Fall Kelly ist kein Einzelfall: Von 1970 bis 1979 sind 245 Engländer und Waliser in Polizeigewalt gestorben, 143 von ihnen eines unnatürlichen Todes und weit über die Hälfte in den Revierwachen und Zellen von Londons legendärem Scotland Yard. Dennoch kam es in keinem dieser Fälle zu einem Gerichtsverfahren gegen Polizisten, noch nicht einmal zu einem Ermittlungsverfahren.“ Und da hat der Londoner „Economist“ die britische Polizei vor kurzem stolz „die beste der Welt“ genannt!

## Verdienste um die Kultur



Den Jahrespreis des Amerikanischen Tonaufzeichnungsverbandes, der gewöhnlich an Sänger geht, hat dieses Jahr der FBI-Direktor William Webster bekommen. Seine Verdienste um die Kultur werden darin erblickt, daß er die illegale Herstellung von Schallplatten und Tonbandaufzeichnungen, die einen Wert von 400 Mio Dollar erreicht, energisch bekämpft. Voriges Jahr beschlagnahmte die Polizei illegal benutzte Aufzeichnungsgeräte, Platten und Bänder für 50 Mio Dollar.

## Unendlich?

In Frankreich wurde mehrmals zur Sprache gebracht, daß Frauen das

Recht haben sollen, nach der Heirat ihren Mädchennamen weiter zu führen. Eine kürzliche Umfrage des Justizministeriums hat ergeben, daß kaum ein Drittel der Befragten dafür ist. Auch Doppelnamen werden abgelehnt. Wenn nämlich ein Sohn oder eine Tochter diesen übernehmen und dann einen Ehepartner ebenfalls mit einem Doppelnamen finden, dann müßten sie einen vierteiligen Nachnamen führen, und wie wäre es dann mit deren Kindern und gar mit den Kindeskindern?

## Hähne verhaftet



Im Landkreis Magwe in Burma sind 46 Kampfhähne mitsamt ihren Besitzern in Haft genommen worden, weil sie gegen das gesetzliche Verbot der Hahnenkämpfe verstoßen haben. Diese sind wegen der Tierquälerei und wegen der ungesunden Aufregung bei den Zuschauern und der hohen Wetten untersagt worden.

## Kleider machen immer noch Leute

Der herkömmliche dunkle Anzug mit Nadelstreifen ist in der Londoner City noch immer der beste Helfer beim Karrieremachen — bei Damen dementsprechend Hemdbluse, Rock und strenge Weste. Das hat eine Umfrage der Zeitschrift des britischen Konsumentenverbandes ergeben. Drei Viertel der Befragten haben geantwortet, eine ausgefallene Kleidung mache bei Kunden und Klienten einen schlechten Eindruck, und 84% haben gesagt, der Stil der Kleidung habe Einfluß auf die Laufbahn ihres Trägers.

Zeichnungen: V. Rosanzew



**NEUE ZEIT**  
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“

prompt in jedes Land

**АЭРОФЛОТ**  
ВНЕШНЕЭКОНОМИЧЕСКИЕ ОТНОШЕНИЯ



Mit technischer Unterstützung von  
V/O PROMMASHEXPORT

sind in zwei Jahrzehnten  
über 500 Objekte in 30 Ländern errichtet worden



Das Exportprogramm der Vereinigung führt die Projektierung, den Bau und komplexe Anlagenlieferungen durch für:

- Maschinenbau-, Werkzeugmaschinenbau-, Werkzeugbetriebe;
- Gießereien und metallverarbeitende Betriebe, Werke für Metallkonstruktionen;
- Auto- und Traktorenwerke sowie Betriebe zur Produktion landwirtschaftlicher Ausrüstungen;
- elektro- und radiotechnische Fabriken;
- Gerätebau- und Uhrenfabriken;
- Rundfunk- und Fernsehsender; Fernsehzentren; Funkrelais und Drahtfernmeldelinien; kosmische und troposphärische Fernmeldestationen;
- automatische Steuerungssysteme für ganze Industriebranchen, Betriebe, technologische Prozesse und Anlagen;
- automatische Steuerungssysteme für den Luftverkehr;
- Schiffbau- und Schiffsreparaturbetriebe; Werften, Schiffsreparaturwerkstätten;
- Fischverarbeitungs- und Fischzuchtbetriebe;
- Industriekühlhäuser;
- Zuckerfabriken;
- Filmstudios und Lichtspielhäuser;
- Druckereien;
- Flugplätze und Flughäfen.

Wir bieten komplette Leistungen an — von der Standortwahl für den Bau bis zur Inbetriebnahme der Objekte.

Unsere Anschrift: UdSSR  
113324, Moskau,

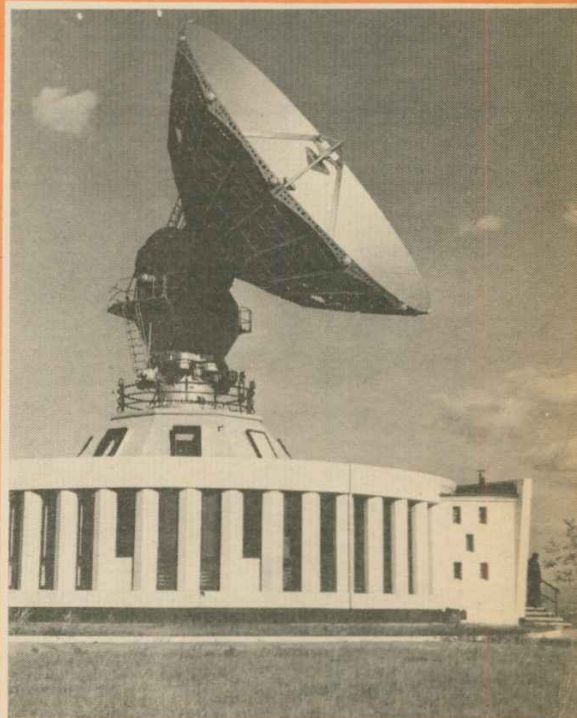
Owtschinnikowskaja nab. 18 1,  
V/O Prommashelexport

Telegrammanschrift:

Moskau, Prommashelexport

Telex: 7532

Telefon: 295-51-14, 220-15-05



# Prommashelexport





14159-13 123 678 19  
BIBLIOTHEK-BEZ  
7500=3308 BELS-13-1



Pest,  
der Teil  
Budapests,  
der am  
linksseitigen  
Ufer der  
Donau liegt



Handelszentrum  
und Hotel „Alba Regia“  
in Szekesfehervar

Während  
die Eltern einkaufen



Im alten  
Veszprém

Szekesfehervar  
alt und neu



Im Budapester  
Warenhaus Corvin

Ins Museum

Im zweiten Weltkrieg wurde Szekesfehervar besonders in Mitleidenschaft gezogen. Gegen Kriegsende schlug die Sowjetarmee hier einen Gegenangriff von Truppen der Wehrmacht Hitlers ab, die der bei Budapest eingekesselten Wehrmachtgruppe zu Hilfe kommen wollten. Jetzt sind die Kriegswunden der Stadt lange verheilt, sie ist auch größer geworden. Viele Gäste besichtigen die Denkwürdigkeiten von Alba Regia, wie die Stadt bis Mitte des 16. Jahrhunderts hieß. Sie fühlen sich auch von dem regen Leben und Treiben angezogen.

Jetzt herrscht in den Städten und Dörfern Ungarns eine gehobene Stimmung. Am 24. März trat in Budapest das höchste Gremium der ungarischen Kommunisten, der XII. Parteitag der USAP, zusammen. Am 4. April feiert das Land den 35. Jahrestag seiner Befreiung von den faschistischen Okkupanten.

Fotos von Albert Pin, NZ-Sonderbericht'erstatter



Der Balaton,  
das ungarische Meer